

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 1.20 M. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.20 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zwei bis 2 Zeilen gedruckt), jedes weitere Wort 10 Pf. Kleinanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (zwei bis 10 Buchstaben zählen für zwei Worte). Interzess für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 9. Juni 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schluss im Reichstage.

Im Reichstage wurde gestern die Schlussitzung des diesmaligen Tagungsabschnittes abgehalten. Die Frage der Volksernährung und Rohstoffversorgung, die tags vorher angeschnitten worden war, wurde zu Ende beraten.

Der erste Redner war der Führer des liberalen Bauernbundes, Herr Dr. Böhm. Er witterte zwar gegen den Wucher, bezeichnete Preußen als den Stein des Anstoßes in der planmäßigen Regelung der Ernährungsfrage und forderte ein „energisch eingreifendes in die Produktion“, warnte aber im selben Atemzuge vor allzu durchgreifenden Mitteln, wie der allgemeinen Beschlagnahme der Lebensmittel und legte in langen Partien seiner fast zweistündigen Ausführungen stark im agrarischen Fahrwasser. Der folgende Redner, Herr Dr. Koesike, der Direktor des Bundes der Landwirte, hielt natürlich eine von Anfang bis zum Ende überagrarische Rede. Er polemisierte heftig gegen die ausgezeichnete Rede des Genossen Hoffmann vom Tage vorher, die er in wenig verblümter Weise eine „Gehrebe“ nannte. Er glaubte, die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer vor dem Vorwurf der Ausbeutung in Schutz nehmen zu sollen. Er bedauerte, daß vor dem Kriege die Schutzzölner nicht auch auf Futtermittel ausgedehnt war und suchte die Erhöhung der Kartoffelpreise im Frühjahr zu rechtfertigen. Zum Schlusse ritt er auf dem Umwege über England eine Attacke gegen den Reichskanzler. Nachdem darauf Unterstaatssekretär Dr. Stein die Werteverwertungsgesellschaft gegenüber dem Genossen Hoffmann in Schutz genommen hatte, hielt auch noch der Antisemit Rupp eine agrarische Rede.

Genosse Bumm als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ging darauf scharf ins Gericht mit der ganzen Lebensmittelpolitik der Regierung. Er ergänzte und unterstrich in nachdrücklicher Weise die tags vorher vom Genossen Hoffmann geäußerte Generalkritik, indem er zu den einzelnen Fragen der Volksernährung eine Fülle beweiskräftiger Anklagematerialien vorbrachte. So zur Brotversorgung, zur Kartoffelversorgung, zur Fleisch- und Fettversorgung, zur Höchstpreispolitik usw. In den Worten der Begeisterung für den neuen Präsidenten des Kriegsernährungsamtes goß Genosse Bumm das Wasser der Ernüchterung durch die Feststellung, daß Herr v. Batocki als Oberpräsident der Provinz Ostpreußen den Bauern die Zurückhaltung der Speisekartoffeln mit einem Binde auf zu erwartende höhere Preise empfohlen hat. Er kennzeichnete weiter das gleichgerichtete Wirken des Herrn von Oldenburg-Januschau, der die Landwirte gegenüber der Drohung mit der Kartoffelbeschlagnahme mit Gemütsstärke an die Tatsachen erinnert hat, daß Papier geduldig, der preussische Landwirtschaftsminister ein Agrarier und die Landratskassen als Ausführungsorgan durchaus vertrauenswürdig sei.

Besonders angelegen sein ließ sich Genosse Bumm die Verteidigung der Gemeindeverwaltungen gegen die vielen Vorwürfe, daß sie in der Lebensmittelversorgung versagt hätten, während in Wirklichkeit die unter agrarischem Einfluß stehenden Regierungsorgane die Verantwortlichen seien; diese Kreise möchten den Unwillen der Bevölkerung auf die Gemeindeverwaltungen ablenken. Sehr treffend hob Genosse Bumm hervor, daß der Krieg der Frauenwelt mit furchtbarer Eindringlichkeit gelehrt habe, wie eng Kochtopf und Politik miteinander in Beziehung stehen, woraus sich hoffentlich nach dem Kriege eine regere Anteilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ergeben werde. Er schloß mit dem Wunsche, daß das Volk selber bald Gelegenheit bekommen möge, mit dieser ganzen Politik abzurechnen, die so wie bisher unmöglich weitergehen könne.

Ein Schlusstrang schnitt nunmehr der gemeldeten zweiten Rednerriehe das Wort ab. Genosse Haase verwies dann zur Geschäftsordnung darauf, daß nach einer Neuherung des Berichterstatters, des Grafen Westarp, noch eine besondere Debatte über die Lederfrage stattfinden müsse, zu der Genosse Simon, der Vorsitzende des Deutschen Schuhmacherverbandes, zu reden beabsichtigt hatte. Auch Genosse Scheidemann sprach im selben Sinne und Genosse Ledebour stellte einen entsprechenden Antrag. Nach anfänglichem Sträuben der bürgerlichen Parteien wurde diesem Verlangen schließlich stattgegeben. Vorher mußte das Haus aber noch ein halbständiges, wenig burgfriedliches persönliches Gezänk zwischen den fortschrittlichen Agrariern Dr. Wendorf und Hegter auf der einen und Herrn Dr. Koesike auf der anderen Seite anhören. Genosse Hoffmann machte sodann einige persönliche Bemerkungen, wobei er besonders gegenüber den ihm persönlich gemachten Vorwürfen feststellte, daß er im Einverständnis mit seiner Fraktion gesprochen habe.

Sodann hielt Genosse Simon eine scharfe Rede gegen den unerhörten Lederwucher, bei dem eine Handvoll Großkapitalisten Millionen Gewinne eingeheimst hat, während der Zivilbevölkerung geradezu unerhörlich hohe Schuhe und Lederpreise abgedrückt worden sind. Genosse Simon übte auch an der Kriegsernährungsgesellschaft herbe Kritik, die völlig kapitalistischen Interessenten beherrscht werde. Er zeigte, wie

auch beim Lederwucher letzten Endes das privatkapitalistische Profitsystem die Ursache ist und er schloß mit der Versicherung, daß unser Kampf auch fernerhin der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelten werde.

Für einen Schlusstrang sprach Spahn brachten die bürgerlichen Parteien bei der schwachen Befragung des Hauses nicht mehr die nötigen 30 Mann zur Unterstützung auf, und so kam noch der Antisemit Werner-Giesen zum Wort, der eine längere Rede über allerlei Wucherpraktiken in der Lederbranche hielt. Es sprachen schließlich noch zwei Vertreter des Kriegskabinetts kurz zu diesen Dingen, die im Prinzip ebenfalls die Wucherei verurteilten und in mancherlei Punkten Abhilfe zusagten. Damit war die Debatte geschlossen. Die Anträge der Budgetkommission zur Ernährungsfrage wurden sämtlich angenommen, darunter auch gegen die Stimmen der Fortschrittler und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen ein agrarischer Liebesgabenantrag auf Zahlung erhöhter Gafelpreise mit rückwirkender Kraft. Der Rest der Tagesordnung, Resolutionen und Petitionen wurde abgelehnt.

Damit war das Ende der Sitzung gekommen. Nachdem der Bizekanzler Dr. Helfferich die Order über die Vertagung des Reichstages bis zum 26. September verlesen, hielt Präsident Kaempf die übliche Schlusrede, bei der nur etwa zwanzig Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Saale blieben. Um 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und der Reichstag in die Sommerferien entlassen.

Abgeordnetenhaus und Lebensmittelfragen.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag den Bericht seiner verstärkten Haushaltskommission über die Lebensmittelfragen entgegen. Ursprünglich bestand die Absicht, nur die beiden Berichterstatter, die Abgg. Dr. Hoesch (L.) und Lippmann (Sp.), die von uns bereits mitgeteilten Kommissionsanträge begründen zu lassen und dann ohne jede Erörterung zur Abstimmung zu schreiten. Diesen Plan, der den berechtigten Interessen und Wünschen der Bevölkerung widerspricht, durchkreuzte Genosse Hoyer, der in groß angelegter, von Sachkunde getragener Rede die ganze Lebensmittelpolitik im Reiche und in Preußen einer vernichtenden Kritik unterzog und schlagend nachwies, daß die maßgebenden Stellen dadurch, daß sie die Vorschläge der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nicht beachtet haben, die heute unhaltbar gewordenen Zustände verschuldet haben. Wenn Hoyer auch zugab, daß die landwirtschaftlichen Produktionskosten gestiegen sind, so bestritt er doch, daß die Steigerung zu so hohen Preissteigerungen berechtigt, wie wir sie heute vor uns sehen, um so weniger, da die ländlichen Arbeitskräfte im Kriege sogar billiger geworden sind. Unser Genosse begnügte sich natürlich nicht mit bloßen Behauptungen, sondern er war auch imstande, schlüssige Beweise für jedes seiner Worte zu erbringen. Scharfe und schwere Anklagen erhob er gegen den Wucher, ohne jedoch auf der anderen Seite zu verkennen, daß die Landwirtschaft jetzt den Wucher als Prügelknaben benutzt, um das Volk darüber hinwegzutäuschen, daß es 40 Jahre lang umsonst die Agrarzölle gezahlt hat. Der Friedensappell, mit dem unser Genosse seine Rede schloß, gab den beiden Berichtstattern, die, da sonstige Redner nicht das Wort ergriffen, sofort nach ihm zu Worte kamen, Veranlassung, sich in hochtönenden Reden und Angriffen gegen die Sozialdemokratie zu ergehen — ein Versuch, den Genosse Pirsch als mißbräuchliche Ueberschreitung der Befugnisse der Referenten kennzeichnete. Die Abstimmung ergab die einmütige Annahme der Ausschussanträge.

Debattelos erledigte das Haus sodann noch durch Kenntnisnahme die Denkschrift über Ostpreußen und genehmigte einige auf Grund des Artikels 63 der Verfassungsurkunde erlassenen Verordnungen. Zu Beginn der Sitzung hatte es dem Antrage der Regierung auf Vertagung des Landtags vom 9. Juni bis zum 14. November zugestimmt, doch wird die Vertagung infolge des zu der Steuervorlage gefaßten Beschlusses des Herrenhauses erst Ende d. M. eintreten können.

Heute Freitag findet die letzte Sitzung vor Pfingsten statt.

Im preussischen Herrenhaus,

das am Donnerstag wieder zusammentrat, erklärte der Präsident Graf Arnim zunächst, daß der Antrag der Regierung auf Vertagung vom 9. Juni bis 14. November nur den frühesten Termin für die Vertagung bestimme, aber das Herrenhaus nicht in seiner Freiheit hindern könne, auch nach Pfingsten zusammenzutreten. Das Haus werde auch von dieser Freiheit Gebrauch machen. So wird es in der Tat auch sein, denn am Schluß der Donnerstagssitzung vertagte sich das Herrenhaus auf den 20. Juni, um dann die vom Abgeordnetenhaus bereits angenommene Vorlage über die Erhöhung der Steuerzuschläge zu beraten, die vom Herrenhaus abgeändert werden sollen.

Aus der Donnerstagssitzung selbst ist mitzuteilen, daß Freiherr v. Wisting seinen Antrag auf planmäßige Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, insbesondere durch Aufklärung der Jugend, begründete. Der Kultusminister hatte jedoch Bedenken gegen die Mitwirkung der Schule; er will diese Aufgabe in erster Linie dem Elternhaus und den Kräften der Moral und Religion zuweisen. Schließlich wurde

der Antrag mit einer vom Fürstbischof Dr. Vertram begründeten Aenderung angenommen. — Es folgte dann ein Antrag des Prof. Gillebrandi-Breslau, der verlangt, daß das Studium ausländischer Sprachen und Verhältnisse auf den höheren Schulen verbessert werde. Oberbürgermeister Dr. Rißmüller-Dönnabrid benutzte diese Gelegenheit, um für die Friedenszeit eine gründliche Schulreform zu verlangen. Der Kultusminister erklärte, daß für grundrührende Aenderungen unseres „ausgezeichnet bewährten Schulwesens“ ein Anlaß nicht vorliege, und daß der Antrag selbst zwar wohlwollend geprüft werden solle, daß aber im Kriege eine Aenderung nicht stattfinden werde. Darauf wurde auch dieser Antrag angenommen.

Stürmische Kammer Sitzung in Frankreich.

Bern, 7. Juni. (B. Z. V.) „Zeit Journal“ berichtet über die gestrige Sitzung der französischen Kammer: Zu Beginn der Sitzung brachte Albert Fabre unter allgemeiner Bezeugung eine Interpellation über die Verantwortlichkeiten ein, die sich aus der gegenwärtigen militärischen Lage ergeben. Ministerpräsident Briand forderte vom Redner Verzicht auf die Erörterung seiner Interpellation unter Hinweis auf die im Heeresauschuss möglichen Aufklärungen. Fabre lehnte dies ab und erklärte, es müsse endlich einmal frei herausgesprochen werden. Es handle sich hier nicht nur um eine spekulative Erörterung der Vorgänge bei Verdun. Wir wollen vielmehr, fuhr der Redner fort, aus gewissen Feststellungen gewisse Schlüsse ziehen, die gewisse Entscheidungen mit sich bringen. (Wiederholter Beifall links.) Den Verhandlungen im Heeresauschuss vermag ich keinen ernsthaften Hintergrund zuzuerkennen; was gefordert wird, wird nie gewährt, so daß z. B. der Berichterstatter des Ausschusses Abel Ferry sein Amt lieber niederlegte, als sich zu einem solchen Wechselspiel herzugeben. (Bezeugung.) Solche Verschleppungsmanöver sind weder Briands noch unserer selbst würdig. (Beifall auch rechts.) Jede Stunde ist für das Heil des Landes wichtig. Wir haben genug von dieser verderblichen Atmosphäre, diesem drückenden Alb. Wir wollen Wahrheit, die Kammer hat ein Recht darauf. (Andauernde Bezeugung.) Briands Verschleppungsmanöver würden uns dahin führen, über den Krieg zu reden, wenn er zu Ende ist. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Interpellation Favres in der Kammer bringt „Matin“ noch folgende Einzelheiten: Als der Redner davon sprach, daß es sich für ihn um keine strategische Erörterung der Lage bei Verdun handle, sondern einfach um eine Besprechung, welche Methoden den Deutschen entgegenzusetzen seien, sagte er u. a.: Weil wir wissen, daß dem ersten Kanonenschuß vor Verdun eine lange Vorbereitung seitens der Deutschen vorherging, beabsichtigen wir zu prüfen, was unsererseits dagegen getan wurde. (Beifall auf einigen Bänken.) Die Gerüchte werden immer stärker, daß die schweren Verluste, die wir erlitten, gewissen Nachlässigkeiten und mangelnder Voraussicht zur Last fallen. (Beifall.) Bei diesen Worten beugte sich der Kammerpräsident Deschanel zum Redner, anscheinend um ihm Mäßigung anzuraten, was zahlreiche Abgeordnete zu heftigen Rufjahren veranlaßte: Sie haben kein Recht, Favre das Wort abzuschneiden! Der Redner fuhr fort: Es handelt sich um gewisse Methoden im Kommando, die in dieser Debatte ein für allemal verurteilt werden müssen, ebenso wie die Führer, die sich ihrer bedienen. Der Redner geißelte schließlich die Haltung Briands zu dem Antrag auf Abhaltung einer Geheim Sitzung. — Dem „Matin“ zufolge war der Zwischenfall nach einem nochmaligen Eingreifen Briands erledigt, worauf die Kammer eine Geheim Sitzung für den 16. Juni beschloß.

Die Anträge Turatis abgelehnt.

Rom, 8. Juni. (B. Z. V.) Meldung der Agenzia Stejani. Die Kammer hat nach zweitägiger Debatte über die Anträge Turatis und Gen. betreffend die Internierung verdächtiger Bürger und nach einer mit Beifall aufgenommenen Rede Salandras gemäß seinem Wunsche den Antrag Turatis in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Bern, 8. Juni. (B. Z. V.) Italienischen Blättern zufolge wird der Senat am Dienstag zu einer öffentlichen Sitzung zusammenzutreten.

Bei der Abstimmung der Kammer über den Antrag Turati betreffend die Internierten enthielten sich „Corriere della Sera“ zufolge sämtliche Katholiken der Abstimmung. Ungefähr 20 Abgeordnete, darunter auch Republikaner, verließen bei Beginn der Abstimmung die Kammer.

Zur Haltung der serbischen Sozialisten.

Einem Belgrader Bericht des Kriegsberichterstatters der Wudapester „Volksstimme“, Franz Söndör, entnehmen wir einige weitere Einzelheiten über den Kampf und die jetzige Haltung der serbischen Sozialdemokratie.

Das Verhalten der Sozialdemokratie Serbiens, schreibt er, war bis zum letzten Augenblicke friedensfreundlich. Die „Arbeiter-Zeitung“, die später nach dem Verbote der Regierung unter dem Titel „Zukunft“ erschien, fand trotz der Zensur noch immer den Weg gegen den Krieg Stimmung zu machen und ihr Wort wurde bis in die Schützengräben hinein gehört. Die nach Riisch verlegte Redaktion der serbischen Partei-

Stattes war der Sammelpfad der von der Front zurückkommenden und dahin abgehenden Genossen, die dort sagten, was ihnen auf dem Herzen lag. Zur Zeit der schrecklichen Epidemien, als die Soldaten scharenweise über Niš zurückzogen, war die Redaktion des Parteiblattes täglich stark besucht, so daß es ein wahres Wunder zu nennen ist, daß Genosse Dusan Popowitsch, der Redakteur des Blattes und Genosse Dragisch Lapschewitsch, die mit Parteigenossen den Verkehr aufrechterhielten, nicht erkrankten und Opfer der furchtbaren Epidemie wurden. Genosse Triska Kahlertowitsch, Mitglied der Stupitschyna, erkrankte an Pleurisyphus. Sein kräftiger Körper überwand die Krankheit. . .

Die letzte Nummer des Parteiorgans erschien noch einige Tage vor der Einnahme von Niš durch den Bulgaren. Das Blatt betont in seinem Leitartikel, daß Serbien nun wohl vernichtet werde, man möge aber das Vertrauen und den Mut nicht verlieren. Serbien und das serbische Volk wird durch den Sozialismus befreit werden. Hoch der Sozialismus! Das war der letzte Ruf der serbischen Sozialdemokratie, das letzte Lebenszeichen der serbischen Partei. Dann kamen die Bulgaren und die tragischen Ereignisse folgten einander. Das Blatt wurde weggeführt, die Partei verschwand und in dem blutigen Durcheinander zerstoben die Genossen wie Spreu im Winde. Die Genossen Lapschewitsch und Popowitsch, die das Blatt bis zum letzten Augenblick fertigstellten, konnten sich irgendwie bis nach Belgrad zurück durchschlagen.

Der Genosse Kahlertowitsch war inzwischen nach dem Ausland verschlagen worden, wo er, wie wir bereits wissen, seine Wirksamkeit als Abgeordneter und Vertreter der serbischen Partei energisch fortsetzte. Die in Serbien gebliebenen Genossen hatten aber jede Verbindung mit ihr verloren. Erst am 15. Mai langte beim Genossen Lapschewitsch ein Brief an, den Kahlertowitsch am 8. Mai aus Bern an ihn richtete. Interessant ist folgende Stelle aus diesem Briefe:

„Schon früher habe ich Sie davon verständigt, daß ich im vorigen Jahre, am 5. Dezember, in Skutari ein Memorandum an die Regierung richtete, in dem ich Sie aufforderte, sofort Frieden zu schließen. Den offiziellen Kreisen Serbiens, den Scheinpatrioten und den Chauvinisten hat das freilich nicht gefallen. Sie griffen mich heftig an und erklärten wieder und abermals, daß wir deutsche und österreichisch-ungarische Agenten wären. Die nichtern denkenden Abgeordneten haben das Memorandum für am Platze und richtig befunden.“

Genosse Lapschewitsch, der zusammen mit Kahlertowitsch die Partei in der Stupitschyna vertritt, fügte zu diesen Worten hinzu: „Was Kahlertowitsch getan hat, ist die Fortsetzung unseres Verhaltens vom ersten Tage des Krieges an. Er konnte gar nicht anders handeln.“ (z)

Der Nachfolger Kitcheners.

Paris, 8. Juni. (W. Z. V.) Die Blätter erfahren aus London: Die Wahl der Regierung für die Nachfolgerschaft Kitcheners wird auf French fallen.

London, 7. Juni. (W. Z. V.) „Manchester Guardian“ glaubt bestimmt, daß Lloyd George der Nachfolger Kitcheners sein wird.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Bei Fontenoy westlich von Soissons wurden zwei deutsche Patrouillen, welche die Röhre zu überschreiten versuchten, zerstört. Die französische Artillerie zerstörte mehrere deutsche Beobachtungsposten bei Roudron. In den Argonnen liehen die Franzosen bei Hille Morde mit Erfolg drei Minen springen. Auf dem linken Ufer der Maas dauerte der Artilleriekampf in den Abständen der Höhe 804 und des Cauretteswalbes an. Auf dem rechten Ufer wurde gegen acht Uhr abends ein mächtiger deutscher Angriff gegen das Fort Baum durch unsere Maschinengewehre gebrochen. Die Stürmenden wichen unter Zurück-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Juni 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf beiderseits der Maas dauert mit unerminderter Heftigkeit an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Smorgon drangen deutsche Erkundungsabteilungen über mehrere feindliche Linien hinweg bis in das Dorf Kuuawa vor, zerstörten die dortigen Kampfanlagen und lehrten mit 40 Gefangenen und einem erbeuteten Maschinengewehr zurück.

Auf der übrigen Front bei den deutschen Truppen keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Ortschaften am Dojran-See wurden von feindlichen Fliegern ohne jedes Ergebnis mit Bomben beworfen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In Wolhynien haben unsere Truppen unter Nachhutkämpfen ihre neuen Stellungen am Stryp erreicht.

An der Strypa wurden mehrere russische Angriffe abgewiesen. An der unteren Strypa greift der Feind abermals mit starken Kräften an. Die Kämpfe sind dort noch nicht abgeschlossen.

Am Dnjepr und an der bekarabischen Front herrschte gestern verhältnismäßig Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago gewann unser Angriff an der ganzen Front südöstlich Cesuna-Gallio weiter Raum. Unsere Truppen setzten sich auf dem Monte Cemerle (südöstlich von Cesuna) fest und drangen östlich von Gasko über Ronchi vor.

Abends erkämpften Abteilungen des bosnisch-herzegowinischen Infanterieregiments Nr. 2 und des Grazer Infanterieregiments Nr. 27 den Monte Meletta.

Die Zahl der seit Beginn dieses Monats gefangen genommenen Italiener hat sich auf 12 400, darunter 215 Offiziere, erhöht.

An der Dolomitenfront wurde ein Angriff mehrerer feindlicher Bataillone auf die Croda del Ancona abgewiesen.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, v. Dörfner, Feldmarschallleutnant.

lassung zahlreicher Toten zurück. Die deutsche Artillerie setzte die ununterbrochene Beschließung des Forts und der benachbarten Gegend fort. Die französische Artillerie bekämpfte sie energisch. Aus den Vogesen wird nur kräftige Beschließung seitens der Deutschen gegen die ersten französischen Linien am Hartmannswalderkopf gemeldet.

Paris, 8. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Auf dem linken Maasufer herrschte große Tätigkeit der Artillerie in der Gegend der Höhe 804. Auf dem rechten Ufer geht das Bombardement auf unsere erste und zweite Linie von der Gegend von Douaumont bis Damloup in sehr

heftiger Weise weiter. Die Deutschen melden heute, daß die Panzerfeste Baum am Abend des 6. Juni in ihre Hände gefallen sei. Am 7. Juni um 7 Uhr 50 Min. morgens war sie immer noch in unserer Hand. Von dieser Zeit an konnte wegen der Heftigkeit der Beschließung keine Verbindung mit der Feste hergestellt werden. In den Vogesen wurden deutsche Erkundungsabteilungen, die gegen unsere Stellungen südlich von Gelles vorgedrungen, durch unser Feuer zurückgetrieben. Auf dem Rest der Front zeitweise unterbrochene Beschließung.

Belgischer Bericht: An der Front der belgischen Armee herrschte Ruhe.

Die englische Meldung.

London, 7. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Gestern abend und heute schwere beiderseitige Beschließung östlich von Hjern. Der Feind eroberte gestern unsere vordersten Gräben bei den Trümmern des Dorfes Hooge. Seine Angriffe auf andere Teile der Linie mißglückten. Ein anderer kleiner Angriff westlich von Hooge heute morgen wurde abgesehen. Australier drangen in der Nacht in deutsche Gräben östlich von Bois Grenier ein, fügten dem Feinde Verluste zu und brachten Gefangene ein. Auch wir unternahmen eine erfolgreiche Streife östlich von Guinchy.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 8. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 7. Juni. — Westfront: Die Erfolge unserer Truppen in Wolhynien, Galizien und der Sulowina werden weiter ausgebaut. Die Zahl der Gefangenen und der seit der Vertreibung des Feindes aus seinen stark ausgebauten Stellungen gemachten Beute wächst noch immer. Seit dem Beginn der letzten Kämpfe bis zum 6. Juni mittags haben die Armeen des Generals Brussilow an Gefangenen eingebracht neunhundert Offiziere und mehr als vierzigtausend Soldaten. Ferner sind 77 Geschütze, 40 Minenwerfer, ebenso Scheinwerfer, Fernsprengerät, Feldküchen, eine Menge anderer Kriegsgüter und beträchtliche Munitionsvorräte in unsere Hände gefallen. Einige Batterien wurden von unserer Infanterie vollständig mit allen Geschützen und Munitionswagen genommen. Die letzten Kämpfe zeigen dem Feinde tatsächlich ein Anwachsen unseres Kriegsmaterials. Die Kämpfe haben dazu beigetragen, das Vertrauen zu stärken, daß mit dem weiteren Anwachsen des Materials die Verstärkung der feindlichen Anlagen eine bedeutend wirkungsvollere sein wird. Die in den letzten drei Kampftagen erreichten Erfolge beweisen die Tapferkeit und die Angriffsfreudigkeit unserer Truppen.

Seine Majestät der oberste Kriegsherr sandte noch gestern abend um 10 Uhr aus dem Hauptquartier folgende Depesche, in der er die Truppen des Generals Brussilow zu den erzielten Erfolgen beglückwünscht: „Übermitteln Sie meinen heißgeliebten Truppen an der Ihrem Oberbefehl anvertrauten Front, daß ich mit Befriedigung ihre Heldentaten verfolge, daß ich ihren Vorwärtstreiben lobend anerkenne und ihnen meine herzlichste Dankbarkeit ausspreche. Möge Gott der Herr uns seine gnädige Hilfe leihen, den Feind aus unserem Lande hinauszutreiben. Ich bin überzeugt, daß alle einmütig den Kampf bis zum glorreichen Ende für die russischen Waffen durchkämpfen werden.“

Nikolaus. Die Vorsicht verbietet gegenwärtig, die Namen der tapferen Regimenter zu nennen, die zum Teil mit dem Verlust sämtlicher Offiziere gekämpft haben, ebenso ist es unmöglich, die Namen unserer heldenmütigen Generale und Offiziere zu veröffentlichen, welche den Heldentod starben oder verwundet wurden, ebenso wie die Gegend anzugeben, wo die Kämpfe sich abspielten.

Kaukasusfront: Aus der Richtung von Erzingjan brach ein mit stärkeren türkischen Kräften angelegter Angriff in unserem Artilleriefeuer zusammen. Unsere auf Bagdad angelegten Truppen eroberten nach Kampf die bei Khani-Kin stark besetzten türkischen Stellungen. Unsere Kavallerie attackierte die türkischen Gräben und machte mehrere feindliche Bataillone nieder.

Nach den Schlachten.

Erinnerungen aus Polen und Rußland.

Die Sechsten und die Vertriebenen.

Unsere Truppe befand sich auf dem Transport. Bei einer Station mit einem jener Namen, deren Aussprache die deutsche Junge lebhaften Widerstand entgegensetzte und die im Hirt darum nur schwer oder gar nicht Wurzeln fassen, war die Bahnfahrt damals zu Ende. Ein Tagesmarsch sollte uns zum Bestimmungsort, Via Ia, bringen. Es war im September. Regengraun wölbte sich der Himmel über den Schlachtfeldern Polens, als sich die Truppe am frühen Morgen in Paris setzte. Wir waren an jener unermesslichen Bahnstation mit Marschbefehligung versehen worden und konnten den kommenden Dingen bezüglich der leiblichen Nahrung mit gutem Vertrauen entgegensehen. Des Himmels gleichmäßiges, trübliches Grau machte uns jedoch erhebliche Sorgen, und die Stimmung wäre von vornherein so trüb wie der Himmel gewesen, wenn nicht verlassene gute Tage einen matten Glanz von Hoffen auf unseren Gemütern zurückgelassen hätten. So gelang uns denn zu Anfang mancher gute Soldatenstreich, und Vieh auf Vieh konnte weithin über das verwüstete Land. Dann begann der Regen, dessen Unabwendbarkeit uns längst klar geworden war. Er führte sich auf jene äußerlich feine, in Wahrheit jedoch heimtückische Art ein, von der man weiß, daß sie auf die Dauer mit Sicherheit die Kleidung bis auf den verborgensten Faden durchdringt: ganz allmählich, heimlich und vorsichtig begann es in wunderwol seinen Tropfen zu sprühen.

Wir marschierten auf schmurgerader Chaussee. Rechts und links dehnten sich Acker und Wäldchen. Dörfer lagen an der Straße oder waren in der Ferne im grauen Gewimmel der Regentropfen unbestimmt sichtbar. Still zogen wir unseres Weges, des Verostehenden sicher. Das Scherzen hatten wir wohl noch nicht aufgegeben — das tut der Soldat nur selten —, aber die Scherze hatten ihren Charakter geändert: der muntere leichtfertige Frohsinn war galligem Galgenhumor gewichen.

Als gegen Mittag waren wir marschiert. Ein Dorf war erreicht. Und da es Zeit zum Mittagessen war, an ein Abkochen im Freien aber nicht gedacht werden konnte, luden wir uns bei den polnischen Landweibern zu Gaste. In kleinen Gruppen drangen wir in die einzelnen Hütten, nachdem unsere Vorgesetzten uns das Verprechen abgenommen hatten, nach einer Stunde, ohne ernstliche Ermahnung abzuwarten, wieder daraus hervorzukriechen.

Zu vier Mann hatten wir in einem Bauernhause Unterschlupf gesucht. In einer kleinen Stube trafen wir einen jungen Mann und ein junges Mädchen.

Ein Viertel des bescheidenen Raumes nahm der Herd ein, an den Wänden entlang standen Bänke und in der Ecke erhob sich ein Tisch. Das war alles. Aber der Raum war peinlich sauber und sah in seiner Keamschheit doch freundlich aus. Auch das Keuschere der beiden jungen Menschen zeigte von Ordnungsliebe und Keamschheitssinn. Da Betten in der Stube fehlten, zogen wir den Schlaf, daß wir in ein verhältnismäßig wohlhabendes Haus geraten waren. Die Mehrheit der gedrüdten polnischen Landbevölkerung ist in der Wohnkultur noch nicht zur Trennung von Schlaf- und Wohnräumen fortgeschritten.

Wir legten unsere Vorräte an Fleischkonserven bereit und be-

deuteten den Hausbewohnern, daß sie uns gegen Bezahlung Kartoffeln liefern möchten. Ein des Polnischen mächtiger Kamerad leistete Ueberseherdienste.

Das junge Mädchen benahm sich auffallend scheu. Am liebsten hätte es sich wohl entfernt, wenn es nicht Bedenken getragen hätte, ihr Heim den fremden Soldaten schutzlos zu überlassen. Wir verstanden diese Scheu, denn wir wußten, daß die Frauen im Kriegsgebiet reich an bösen Erfahrungen sind. Wir bemühten uns daher, möglichst vertrauensverweckende Manieren an den Tag zu legen. Trotzdem gaben sich die beiden jungen Menschen die größte Mühe, uns nicht zu verfehlen, und es dauerte eine Weile, bis der junge Mann sich unter dem Vorwande, Kartoffeln holen zu wollen, mit einem Korbe entfernte.

Die Situation wurde noch etwas unklarer durch das plötzliche Auftreten eines älteren Mannes, der uns mit lebhafter, allzu lebhafter Liebenswürdigkeit begrüßte. Er drückte uns allen der Reihe nach die Hände und stimmte sofort ohne jeden Anlaß ein großes Loblied auf die Deutschen und einen Ruhmeslied über die deutschen Siege in Polen an. Wir lächelten zwar dankbar, waren uns aber sofort über die Unehrlichkeit des Benehmens des Alten einig. Im Augenblick interessierten uns die polnischen Kartoffeln mehr als alle russischen Niederlagen. Darum suchten wir, den Vorwurf des Polen bändigend, zur Sache zu kommen. Nachdem auch er uns einige Zeit mißverstand, gelang es uns doch, ihm klar zu machen, warum wir eigentlich gekommen wären. Und der Erfolg war überraschend: der Alte wies das junge Mädchen an, sofort ein Feuer im Herd zu machen, welcher Aufforderung sie nun unverzüglich nachkam.

Schließlich kam der Polenjüngling zurück und brachte wirklich Kartoffeln in seinem Korbe, so daß den Zurüstungen zu unserem Mahle nichts mehr im Wege stand. Sie machten mit Unterstützung des Mädchens bald die hurtigsten Fortschritte. Es war auch die höchste Zeit geworden.

Wir waren schon damit beschäftigt, unseren Gulash mit Pellkartoffeln nebst vorausgegangenem Erbsensuppe zu versehen, als noch ein Glied der Polenfamilie die Szene betrat: eine ältere Bäuerin, anscheinend die Ehefrau des „begeisterten“ Alten und die Mutter der beiden jungen Leute. Ohne Gruß betrat sie den Raum. In der Nähe der Tür blieb sie stehen. Sie war durch unsere Anwesenheit absolut nicht überrascht, sondern läugnete von allem uninteressiert. In dem zwar ungeschöner, aber ausdrucksvollen Gesicht der Frau regte sich nichts, nur ihre grauen Augen richteten vorwurfsvolle, Strafe verübende Blicke auf die noch immer emsig tätige Tochter und auf den Alten, der erst jetzt sein Geschwäh endgültig einstellte. In begütigendem Tone sprach er sie an. Ueber die Lippen der Alten kam jedoch keine Silbe. Unbeweglich blieb sie in der halbdunklen Ecke an der Tür stehen, wie um den Augenblick zum Handeln abzuwarten. Das junge Mädchen arbeitete am Herd, um die Spuren unseres Kochens zu entfernen, und wagte nicht, den Blick zur Mutter zu erheben. Den Soldaten ging sie ängstlich aus dem Wege.

Wir aßen aus und gingen, nachdem wir dem inzwischen völlig verkrüppelten Senior des Hauses einige Kopfenstücke in die Hand gedrückt hatten.

Wir fühlten uns als ungelobene und recht ungerne gesehene Gäste. Wir kamen zu den Polen als Vertreter des Krieges, der Elend und Grauen in ihr Leben getragen hat. Wir brachten ihnen

keine Freude und durften keine Güte von ihnen erwarten. Ihre Unfreundlichkeit deuteten wir als den Widerstreben des Schmerzes, den der Krieg in ihre Seelen gegraben.

Und dröhen war es nicht freundlicher als drinnen. Der Regen war ohne Unterlaß, die Chaussee, auf der wir unseren Marsch fortsetzten, war mit einer dicken Schlammhülle überzogen, die unseren Schritt bandte. Automobile sausten an uns vorüber, den Schmutz oft meterweit umherzurend.

Da kam uns ein Zug von Menschen, Tieren und Gefährten entgegen, der unsere Aufmerksamkeit, die bis dahin ganz auf den Schutz unserer Leiber vor dem durchdringenden Regen gerichtet war, völlig auf sich lenkte; ein Zug von Flüchtlingen, die der Krieg vom Heimatort und vom dürftigen Eigentum vertrieben hatte. Den Zug eröffnete ein alter Bauer mit steinharten Gesichtszügen. Er leitete einen belagerten Gau auf Bügel, der einen leichten, hoch mit allerlei Hausrat beladenen Wagen durch den Schmutz der Straße zog. Neben dem Wagen, sich auf ihn stützend, mähnten sich die Frauen vorwärts. Andere, anscheinend ärmere Familien folgten. In Körben, Säcken oder Bettdecken schleppten sie die getretete Habe auf Kopf und Rücken. Frauen trugen in einem Arm ein Kind, in der anderen Hand noch ein Bündel, vielleicht mit einem letzten Rest von Nahrungsmitteln. Größere Kinder hingen am Hals der Mutter; und diese Frauen durften von Glück reden, denn sie konnten somit ein größeres Bündel auf dem von Rot geschwächten Rücken tragen. Ihre nackten Füße sanken tief in den Straßenschlamm. Ein Knabe trieb ein abgemagertes Kalb. Bei unserer Annäherung drängte er sich näher an das Tier, wie um ihm Schutz zu bieten. Er streichelte zärtlich den dünnen Hals des Kalbes, als wollte er es beruhigen. Dann folgte wieder einmal eine Gruppe, die noch Wagen und Pferd gerettet, und darauf wieder Familien mit Bündeln und Boden. Und so fort ein langer Zug müder menschlicher Gestalten.

Wie lange mochten sie schon so gewandert sein, und wie ferne lag wohl noch ihr Ziel? Und was werden sie vorgefunden haben, nachdem sie den Ort ihrer Sehnsucht erreicht? Vielleicht einen Trümmerhaufen, vielleicht eine Brandstätte, ein Nichts!

Die Kleidung der Sequalen, vor allem die dünnen Füßen am Leibe der Frauen und Kinder, waren völlig durchnäßt und klebten am Körper.

Von uns nahmen die Flüchtlinge wenig Notiz. Sie hasten nicht mehr, in ihrem Gesichtsausdruck lag dumpfe Verzweiflung, stilles Ergeben. Waren diese Wesen überhaupt noch einer menschlichen Regelung fähig?

Die Kinder zitterten vor Frost, viele weinten laut, andere winkten mit matter Stimme. Doch den Müttern fehlte wohl die Kraft zu einem beruhigenden Wort.

Diese Menschen haben den Krieg mit allen seinen Schrecken erlebt. Und sie sehen in ihm niemals den Freund, der ihnen Freiheit und Förderung bringt. Sie erschrecken den Frieden am stillen, wenn auch lang bestellten Herd. — Wir dachten lange an den Zug der Traurigen. Was wir dachten, machten wir verschweigen. Nur daß wir für diesen Zug doch das Scherzen verlernt, sei noch gesagt.

Es begann schon zu dunkeln, als wir Viala erreichten, und spät in der Nacht sahen wir noch am Feuer, um unsere Kleider zu trocknen. Wir hatten ja noch ein Dach und ein Feuer. R. S. (z)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. Juni. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Wittwisch. Der Feind unternahm weitere heftige Angriffe, die durch kräftige Artilleriefeuer unterstützt wurden, gegen unsere Stellungen im oberen Brindal (Etsch), den Monte Spin, im Vofinal (Klatsch) und längs des Tales von Campomulo, nordöstlich von Asiago. Der Feind wurde überall unter sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen. Auf den Höhen östlich von Campomulo unternahm unsere Truppen einen kräftigen Gegenangriff auf die feindliche Infanterie und verfolgte sie mit dem Bajonett bis zum Grunde des Tales. Weiter fanden längs der ganzen Front zwischen Etsch und Brenta Unternehmungen besonders der Artillerie statt. Feindliche Angriffserfolge gegen den Monte Jugna, im Etschtal und gegen unsere Stellungen südöstlich von Asiago wurden durch unsere Feuer schnell abgewehrt. Im Drautal setzten wir die Beschießung der Stationen Toblach und Sillian fort. In Carnien und am Isonzo lebhafter Kampf mit Bomben und Minensprengungen sowie Tätigkeit unserer Abteilungen.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. Juni. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front ist die Lage unverändert. An der Kaukasusfront Schirmkämpfe gegen Erkundungsabteilungen. Im Zentrum versuchte der Feind eine Höhe zu nehmen, die sich in unseren Händen befand. Unsere Reserven und unsere Kavallerie verjagten ihn durch einen mit Bajonett und Säbel unternommenen Angriff gegen die feindliche Flanke und trieben ihn in die alten Stellungen zurück. Die Russen, die sich unseren Stellungen auf dieser Höhe auf 400 Meter genähert hatten, erlitten große Verluste an Toten und Verwundeten und ließen 25 Gefangene in unseren Händen zurück. Auf dem linken Flügel und im Küstengebiet zerstreute unsere Artillerie feindliche Truppen, die mit Befestigungsarbeiten beschäftigt waren.

Eins unserer Wasserflugzeuge griff ein feindliches Flugzeug an, das Sebduh Vahr überflog und verjagte es in der Richtung auf Imbros. Wir verjagten noch ein anderes feindliches Flugzeug durch das Feuer unserer Artillerie und zerstörten ein feindliches Lager auf der Insel Keusten, in dem große Verwirrung hervorgerufen wurde, durch Artilleriefeuer.

Sonst nichts Neues.

Arbeitsverhältnisse in England im April.

Dem „Economist“ vom 20. Mai zufolge ist der Prozentfuß der Arbeitslosen auf 1/2 Proz. sieben geblieben. Sowohl vom Lande wie aus allen Industriezweigen ist über Arbeitermangel geklagt worden. Die Handelskammer in Bradford hat sogar dem Ministerium des Innern Vorschläge, Schulkinder mit dreizehn statt mit vierzehn Jahren für Fabrikarbeit freizugeben. Dazu ist es aber nicht gekommen, weil sich ergab, daß in den Spinnereien statt Frauen viele Jungen verwendet wurden bei einem Lohn von nur 13 Schilling für 5 1/2 Stunden Wochenarbeit, der für Frauen zu niedrig ist.

Politische Uebersicht.

Wundratsbeschlüsse.

Amtlich. Berlin, 8. Juni. (W. L. W.) In der heutigen Sitzung des Wundrats gelangten zur Annahme: Die Vorlage betreffend Aenderung des Militärtarifs für Eisenbahnen und die Entwürfe von Befanntmachungen

1. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden,
2. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer,
3. betreffend Aenderungen der Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung.

Zur Kreditabstimmung.

Gnoffe Krähig schreibt uns: Ich habe mich nicht aus dem Sitzungssaal entfernt, um mich der Abstimmung zu enthalten, sondern ich war zur Zeit der Abstimmung in Sachen einer wichtigen Petition, die auf der Tagesordnung stand, anderweitig im Reichstage beschäftigt. Ich würde, wenn ich zur Abstimmung hätte anwesend sein können, mich ebenso, wie Genosse Stubbe, den demokratischen Grundfragen gefügt und, entsprechend dem Beschlusse der Fraktion, im Plenum des Reichstages für die Kriegskredite gestimmt haben.

Lenß abgeschüttelt.

Vom Vorstand der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

In einem Bericht in der „Nordb. Allg. Ztg.“ wird die in der Berliner Philharmonie stattgefundenen Veranstaltung der Deutschen Kolonialgesellschaft, in der auch der sozialdemokratische Abg. Dr. Lenß das Wort nahm, als eine „Aundgebung der Reichstagsparteien für Deutschlands Kolonialpolitik“ bezeichnet. Zur Vermeidung von Mißverständnissen erklären wir hierdurch, daß der Genosse Lenß nicht im Auftrag der Fraktion oder einer anderen Parteikörperchaft, sondern nur für seine Person an der Veranstaltung teilgenommen und gesprochen hat.

Keine „Neuorientierung“ und kein „Umlernen“.

Die rechtslebende Presse ist durch den Angriff des Reichslanzlers auf seine Kritiker keineswegs entmutigt worden. Sie benutzt vielmehr die Ausführungen des Kanzlers, um nachzuweisen, daß der Kanzler ihnen Zugeständnisse (insbesondere in Fragen der Zensur) angekündigt habe. Im übrigen wendet sie sich fortgesetzt mit aller Schärfe gegen diejenigen Ausführungen, die ihren eigenen politischen Anschauungen widersprechen. So widmet die „Deutsche Tageszeitung“ der Auseinandersetzung im Reichstage von neuem zwei große Artikel, in der sie die innerpolitischen Auffassungen des Kanzlers zerstückelt. Wenn der Kanzler die Frage aufgeworfen habe, ob er sich in diesem Kriege an die Parteien halten solle, so wolle das konservative Blatt mit der Gegenfrage antworten: Hat die Regierung sich etwa nicht an Parteien gehalten, als sie die preussische Wahlrechtsvorlage „vorgelegt“ aufstellte und in der Frage der Vereinigungsgesetze die Linien nachgegeben habe? Dann fährt das konservative Blatt fort:

Schließlich aber können wir dem Kanzler auch in seinem grundsätzlichen Optimismus gegenüber der Sozialdemokratie schlechterdings nicht folgen. Der Abgeordnete Graf Westarp hat dargelegt, daß es für die Konservativen unmöglich sei, den tiefen Gegensatz zur Sozialdemokratie „zum alten Eisen zu werfen“, nachdem auch der Führer der alten sozialdemokratischen Fraktion noch am 6. April im Reichstage erklärt hat, daß die Sozialdemokratie von ihren republikanischen

Grundsätzen nichts preisgegeben habe und nichts preisgeben wolle. Dieser furchtbare Weltkrieg kann die Konservativen nur in der Ueberzeugung bestärken, daß allein in einer starken monarchischen Gewalt auch für die Zukunft Deutschlands das Heil liegt. Dieser starken monarchischen Gewalt, die allein uns auch das unbedingt laizistische Heer unangestoßen erhalten konnte, haben wir es doch in erster Linie zu danken, daß wir auch der größten, bis an die Zähne zum Ueberfall gerüsteten Uebermacht voll Zuredet entgegengetreten und Sieg auf Sieg an unsere Fahnen heften konnten. Die starke Monarchie der Hohenzollern wird deshalb für die Konservativen der unerlöschliche Grundstein ihrer politischen Ueberzeugungen sein und bleiben.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kriege sich denn doch sehr scharf von der unserer anderen Parteien unterscheidet. Die gesamte sozialdemokratische Partei hat wieder den Reichshaushalt abgelehnt. Noch schwerer aber wiegt, daß der Abgeordnete Scheidemann am 6. April nicht nur das Bekenntnis zum Klassenkampf, republikanischen Sozialismus wiederholte, sondern dem Reichskanzler auch die unverhüllte Drohung entgegenhielt:

„Wenn der Herr Reichskanzler sich nachträglich zu den Zielen des Grafen Westarp bekennen sollte, dann — das kann ich mit Bestimmtheit sagen — wird der Herr Reichskanzler mit Herrn Dr. Spaß und dem Grafen Westarp den Krieg allein fortsetzen müssen.“

Auch deshalb kann es für die Konservativen in dieser Frage keine „Neuorientierung“ und kein „Umlernen“ geben.

Man sieht daraus, daß die Konservativen nicht nur Umfang und Art ihrer Kriegsziele aufrecht erhalten, sondern auch ihre innerpolitischen Auffassungen keineswegs aufzugeben gewillt sind. Wenn das gegenwärtig zu gewissen Reibungen zwischen den rechtsstehenden Parteien und dem Kanzler führt, so darf das doch keineswegs überschätzt werden. Die Haltung des Kanzlers ist wesentlich bestimmt durch die besondere Situation, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet. Schon in Friedenszeiten hat sich der Kanzler gelegentlich gegen die Konservativen gewandt, so gegen die Kritik seiner Paradoxie-Politik, ohne daß deshalb der Kurs der Reichsregierung sich wesentlich von den von der konservativen Partei vorgeschriebenen Richtlinien entfernt hätte.

Dr. Rapps politische Vergangenheit.

Bei seiner „Flucht in die Öffentlichkeit“ hat der Reichskanzler vor einigen Tagen auch gegen den Inhalt einer Broschüre des Generallandschaftsdirektors Dr. Rapp protestiert. Die „Südbayer Zeitung“ teilt nun mit, Dr. Rapp habe schon einmal im politischen Leben eine wenig rühmliche Rolle gespielt. Das war in der Zeit, als er 1891 bis 1900 Landrat in Gaben war. Der Südbayer Wahlkreis wurde schon damals durch den Prinzen zu Schönau-Carolath vertreten. Infolge des Eingreifens des neuernannten Landrats Dr. Rapp in den Wahlkampf gegen seinen Amtsvorgänger, den Prinzen Carolath, wurden die Wahlkämpfe äußerst heftig. Dr. Rapp suchte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederwahl des Prinzen zu hintertreiben. Bemerkenswert war, so schreibt die „Südbayer Zeitung“, die selbst für einen heftigen Wahlkampf ungewöhnlich schmähende Tonart und vergiftende Tendenz zahlreicher Flugblätter, von denen damals im Wahlkampf, wohl nicht mit Unrecht, angenommen wurde, daß sie nicht von den untergeordneten Gemeindevorstehern, sondern von dem geheimen Kampfleiter der Wahl herrührten. Die damals aufsehenerregende amtliche Wahlbeeinflussung hatte zur Folge, daß der damalige Reichskanzler Fürst Hohenlohe sich veranlaßt sah, dagegen Stellung zu nehmen.

Interessant ist dabei, daß Rapp damals seine Wahlbeeinflussung damit rechtfertigte, daß „im Falle eines nochmaligen Eintretens der hiesigen Freikonserverativen für den Prinzen Carolath den im Landkreise bisher vorherrschenden gemäßigten konservativen Anschauungen der Wähler entzogen worden wäre und an ihrer Stelle rechtskonservative Elemente einen Einfluß gewonnen hätten, der für das politische Leben des Kreises hätte verhängnisvoll werden können.“

Rapp ist der Gründer der Lebensversicherungsgesellschaften, die durch eine Verbindung von Lebensversicherung und Bodenkredit die Entschuldung der Landwirte zu fördern suchen. Als Leiter einer solchen Gesellschaft, die auch die Volksversicherung gewerksmäßig betreibt, bekämpfte Rapp in außerordentlich heftiger Weise die Arbeiter-Volkspflege, was bekanntlich zu einem Prozesse führte.

In der gleichen Eigenschaft geriet Rapp in eine ebenfalls sehr lebhaft, in vertraulichen Denkschriften ausgefochtene Fehde mit dem früheren Präsidenten des Aufsichtsamtes für Privatversicherung, der schließlich von seinem Amte zurücktreten mußte.

Das „Berliner Tageblatt“ erörtert die Frage, ob die Position Dr. Rapps als Beamter nicht unhaltbar geworden sei. Das Blatt bemerkt, Dr. Rapp sei kein unmittelbarer Staatsbeamter; als Generallandschaftsdirektor sei er vom Direktorium der General-Landschaft Ostpreußens gewählt und seinerzeit nur vom Landwirtschaftsministerium, das lediglich Aufsichtorgan sei, beauftragt worden. Einen direkten Einfluß auf seine Position habe also die Staatsregierung nicht.

Die Schrift des Generallandschaftsdirektors Rapp gegen die Politik des Reichskanzlers ist, wie der Duisburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, sehr wenig umfangreich und nur in einer ganz kleinen Anzahl von Exemplaren verbreitet worden. Sie umfaßt etwa 80 Seiten auf einer Schreibmaschine und ist vor ganz kurzer Zeit erschienen.

Gegen das Steuerkompromiß.

Bürgerliche Blätter melden: Als ein sozialdemokratischer Gegenantrag gegen den grundlegenden Paragrafen der Kriegsteuer zur Abstimmung kam, konnte sich Herr Werner „Gleichen nicht entschließen, nein zu sagen, sondern er enthielt sich der Stimme; und als ein sozialdemokratischer Antrag die Erbschaftsteuer heranziehen wollte, da enthielt sich Herr Werner wieder der Abstimmung, und mit ihm Herr Wumm. Beide Abgeordnete, die als Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung der neuen „Deutschen Fraktion“ angehören, haben also bei diesen Fragen das Kompromiß im Stich gelassen.

Keine Reichseisenbahngemeinschaft.

Bei der Beratung des Eisenbahnetats in der bayerischen Kammer der Abgeordneten erklärte Verkehrsminister v. Seidel bezüglich der Frage einer Reichseisenbahngemeinschaft, die Frage sei zurzeit erledigt. Preußen habe erklärt, daß es seine Bahnen in der Hand behalten müsse. Er könne für Bayern die gleiche Erklärung abgeben. Die getrennte Verwaltung der Staatseisenbahnen habe sich in Frieden und Krieg bewährt, es könne nicht die Rede davon sein, daß dabei Sonderinteressen über Reichsinteressen gestellt würden.

Der Zweihundertmillionsfonds.

Ueber die Verteilung der Beträge aus den vom Reiche zu Wohlfahrtszwecken bereitgestellten beiden Zweihundertmillions-

fonds auf die Bundesstaaten wird der freikonserverativen „Post“ geschrieben:

Aus dem ersten Zweihundertmillionsfonds, der Zuschüssen zur allgemeinen Wohlfahrtszwecke dient, werden speziell zum Zwecke der Familienunterstützung monatliche bestimmte Beträge entnommen und unter den Bundesstaaten nach dem Matrikularfuß aufgeteilt. Jedoch bekommt auf seinen matrikularmächtigen Anteil kein Bundesstaat mehr als ein Drittel der Gesamtaufwendungen. Man ist dabei zur Verteilung der Kosten auf das Reich, die Bundesstaaten und die Kommunen ausgegangen. Es ist hierbei zu bemerken, daß auch die Einzelstaaten und Kommunen zum großen Teil über die Grenzen ihrer Verpflichtungen hinausgegangen sind. So hat Preußen erheblich mehr als das Dreifache des matrikularmächtigen Reichsbeitrages aufgewendet. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für Sachsen, wo die Industrie sich so stark zusammenhängt, und für die Hansestädte. Auch andere Einzelstaaten haben erheblich mehr geleistet als das Dreifache des Reichsbeitrages. — Mit dem zweiten Fonds, der zur Abhilfe der Not in der Textilindustrie bestimmt ist, wird anders verfahren. Hier zählt das Reich, ohne Rücksicht auf den Matrikularmaßstab, im Normalfall mindestens ebensoviel wie die anderen dabei interessierten Parteien, d. h. das Reich übernimmt die Hälfte des Aufwandes. Es ist weiter vorgesehen, daß in den Gebieten, wo die Textilindustrie das Hauptgewerbe bildet, das Reich nicht nur ebensoviel gibt wie die anderen Parteien, sondern doppelt soviel. Schließlich hat sich der Bundesstaat vorbehalten, in einzelnen ganz besonders schwer liegenden Fällen bis zum Dreifachen des Aufwandes der anderen Beteiligten zuzulegen.

Reform des Strafrechts.

Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben den Reichskanzler in einer Eingabe gebeten, schleunigst eine Verordnung zu erlassen, wonach der Irrtum über das Strafrecht ebenso behandelt wird, wie jeder andere Irrtum, wenn er entschuldigbar ist. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß seit Ausbruch des Krieges allein im Reichsgesetzblatt 800 Gesetze und Verordnungen veröffentlicht wurden. Dazu kommen noch die Anordnungen der General-Commandos, der Polizeibehörden und Kommunen. Kein Verständiger könne daher verlangen, daß jedermann diese Tausende von Verordnungen kenne; die Rechtsprechung tue dies aber insofern, als sie im Falle einer Anklage dem Angeklagten nicht die Verurteilung darauf gestatte, daß er das Strafrecht nicht gekannt habe.

Sparzwang für jugendliche Personen.

Die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz“ berichtet: Zur Erörterung und Regelung der Frage über die Durchführung eines einheitlichen Sparzwanges für jugendliche Personen werden in nächster Zeit zwischen den obersten Reichs- und Landesbehörden Beratungen stattfinden.

Der Reichstag hat zwar eine Resolution, den Sparzwang überhaupt aufzuheben, abgelehnt, trotzdem hoffen wir, daß die Regierung soviel Einsicht besitzt, die ganze ungewandte Maßnahme aufzuheben.

Staatliche Beihilfe für die Arbeiterjugend.

Auf eine Eingabe der Arbeiterjugendorganisation Freiburgt. W. ist jetzt der Leitung derselben vom Bezirksamt Freiburg mitgeteilt worden, daß das bayerische Kultusministerium bereit ist, zur Bestreitung der Lokalanteile für das Jahr 1916 eine Beihilfe von 50 R. zu gewähren. Vor kurzem sind bekanntlich dem Arbeiter-Turnerbund, Sektion Baden, 1000 R. als Staatsbeihilfe bewilligt worden.

Keine Ausdehnung des Kalibergbaues.

Amtlich. Berlin, 8. Juni. (W. L. W.) Eine Verordnung des Wundrats vom 6. Juni verbietet bis auf weiteres das Abteufen neuer Schächte und die Ausführung örtlicher Vorarbeiten hierzu in Kalibergbaugebieten, soweit diese Arbeiten nicht auf Anordnung einer Landesbergpolizeibehörde erfolgen. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Fortsetzung des Abteufens von Schächten, die nach dem 1. August 1914 in Angriff genommen worden sind, sofern nicht bereits vor diesem Termin an Ort und Stelle ernsthafte Vorbereitungen für das Abteufen getroffen waren. Zuwiderhandlungen sind mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht. Der Reichskanzler kann Ausnahmen bewilligen.

Ursache des Verbots ist der Arbeitermangel im Kalibergbau und das Fehlen einer wirtschaftlichen Notwendigkeit für Erstellung neuer Schächte. Wo die Einstellung der Arbeiten einschneidende technische oder wirtschaftliche Schädigungen des Betriebs zur Folge hätte, läßt sich durch Ausnahmegenehmigung Abhilfe schaffen. Desgleichen wird die Befugnis des Reichskanzlers die Möglichkeit bieten, Schachtanlagen im Gebiete solcher Bundesstaaten zuzulassen, die bisher Kalibergbau nicht niedergebracht haben.

Die hohen Eisenpreise.

Amtlich. Wegen der neuerdings erfolgten starken Heraufsetzung der Eisenpreise fand im preussischen Handelsministerium unter Vorsitz des Staatsministers Sydow eine Aussprache mit Vertretern der Eisenindustrie statt. Hieran werden sich alsbald weitere Erörterungen im Kriegsministerium (Kriegsdrohstoffabteilung) anschließen, die eine Nachprüfung der gegenwärtigen Preise der Walzwerkzeugnisse zum Gegenstand haben werden.

Letzte Nachrichten.

Die Nachfolgerfrage Kitcheners.

Rotterdam, 8. Juni. (Z. U.) Der Korrespondent des „N. A. C.“ berichtet aus London: Die „Times“ sagt in einem Artikel, daß man sich mit der Ernennung von Kitcheners Nachfolger nicht zu übereilen brauche. Der erste Minister hatte bereits Kitcheners Gesandtschaft im Kriegsministerium übernommen, als die Nachricht von Kitcheners Tode eingetroffen war. Alle Maßnahmen waren getroffen, um die Arbeiten fortzusetzen, solange Kitchener in Ausland weilte. Diese Arbeiten waren vollständig administrativ geworden. Die strategische Leitung des Krieges ist schon seit langem in die Hände des Generalstabschefs übergegangen. Dem Aufbruch von Kitchener, wobei Kitcheners Macht und Antriebskraft unerschöpfbar waren, ist durch die definitive Annahme der allgemeinen Wehrpflicht ein Ende gemacht worden. Zur Aufgabe des Kriegsministers gehört es heute nur, die Aufsicht über die Unterhaltung der Armees im Felde mit Lebensmitteln zu führen, für Reservearmeen und die Auffüllung von Lebensmitteln zu sorgen, die nötige Ausrüstung für die Truppen zu beschaffen und gegenüber dem Volke die Verantwortung hierfür zu tragen.

Beschlagnahme Paketpost.

Kopenhagen, 8. Juni. (Z. U.) Die ganze Paketpost des dänischen Inselampfers „Vesta“ wurde auf der Rückfahrt von Island nach Kopenhagen in Reich beschlagnahmt.

Bücher für unsere Gefangenen in Rußland.

Kopenhagen, 8. Juni. (Z. U.) 100 000 Bücher für die deutschen Gefangenen in Rußland sind hier angekommen. Die russischen Behörden sicherten dem dänischen Vertreter des Roten Kreuzes verschiedene Uebersetzungen beim Bücherhandel und in der Uebersetzungsverteilung zu. Eine größere Uebersetzung geht demnächst wieder für die deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen ab.

Gewerkschaftliches.

Die Tabaksteuererhöhung und die Tabakarbeiter.

In einer Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes, die am Mittwoch stattfand, besprach der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Deichmann, die Wirkungen, welche die neuerdings vom Reichstage beschlossene Erhöhung der Tabaksteuer auf die Tabakindustrie und ihre Arbeiter ausübt. Der Redner wies an der Hand eines ausführlichen Zahlenmaterials nach, daß die neue Belastung der Zigarren, besonders aber der Zigarettenindustrie eine erhebliche Preissteigerung der Fabrikate zur Folge haben muß. Deshalb wird der Konsum und infolgedessen die Produktion in hohem Maße zurückgehen. Also nimmt die Arbeitslosigkeit ab. Ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen werden entlassen, die übrigen in beschränktem Maße beschäftigt werden. Solche Folgen hat in früheren Jahren schon jede Erhöhung der Tabaksteuer nach sich gezogen. So war es nach der im Jahre 1879 beschlossenen Tabaksteuererhöhung. Damals trat nicht nur ein bedeutender Rückgang des Konsums, der Produktion und der Arbeitslosigkeit ein, sondern die Zigarrenfabrikation wurde in vielen Fällen aus den Großstädten in Provinzstädte verlegt, wo sie Arbeitskräfte zu wesentlich niedrigeren Löhnen fand. Ein allgemeiner Rückgang der Löhne trat ein. Später hat ja die Produktion und der Konsum wieder zugenommen, aber nur deshalb, weil die Bevölkerungszahl zunahm und die reduzierten Löhne der Tabakarbeiter die Produktionskosten herabsetzten. Die Einnahmen, die infolge der Tabaksteuererhöhung von 1879 dem Steuerfiskus zufließen, bestanden also zum großen Teil aus den den Arbeitern vorenthaltenen Löhnen. Die gleichen Wirkungen hatte die Tabaksteuererhöhung vom Jahre 1909: Rückgang der Zahl der in der Tabakindustrie Beschäftigten und der Löhne. Auch die jetzt beschlossene Erhöhung der Tabaksteuer wird dieselben Folgen haben. Diesmal wird aber nicht nur die Zigarren-, sondern auch die Zigarettenindustrie schwer geschädigt. Die Zigarettenfabrikanten werden versuchen, die noch besser bezahlten Arbeitskräfte durch billigere zu ersetzen. Der soziale Aufstieg der Tabakarbeiter wird durch die Folgen der Steuererhöhung unterbunden. Die Löhne der Tabakarbeiter stehen weit zurück hinter den Löhnen in anderen Industrien und wenn die durchschnittlichen Löhne in der Tabakindustrie im Laufe der letzten Jahre etwas gestiegen sind, so hat die Steigerung bei weitem nicht Schritt gehalten mit den Lohnsteigerungen, die in derselben Zeit in allen anderen Berufen eingetreten sind.

Infolge der neuen Steuerbelastung der Tabakindustrie werden viele Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Beruf hinausgedrängt oder doch auf Wochen und Monate arbeitslos werden. Das wird ja auch im Gesetz berücksichtigt, indem denen, die nachweislich durch die Wirkung der Steuererhöhung arbeitslos werden, Unterstützungen zuteil werden sollen. Allerdings nicht in dem Maße und für die Dauer, die von unserer Seite im Reichstage verlangt wurde. Die Unterstützungen bieten also den Arbeitern bei weitem keinen vollen Ersatz für den Schaden, den sie durch die Tabaksteuererhöhung erleiden.

Es wird auch jetzt wieder versucht werden, die Steuerbelastung zum Teil wieder durch Lohnkürzungen auf die Arbeiter abzuwälzen. Dagegen müssen sich die Tabakarbeiter natürlich wehren. Nicht Lohnabzüge, sondern Lohnaufbesserungen sind in der gegenwärtigen Zeit gerechtfertigt. Eine am letzten Sonntag abgehaltene Konferenz der drei Tabakarbeiterorganisationen (freie, christliche und Dirsch-Dundersche) hat deshalb beschlossen, an die Unternehmer der Tabakindustrie die Forderung zu stellen, die Löhne um 25 Proz. zu erhöhen, unter Anrechnung der während des Krieges gewährten Zulagen. — Es liegt nun an den Arbeitern und Arbeiterinnen, mit Hilfe ihrer Organisationen dahin zu wirken, daß diese Forderung allgemeine Anerkennung findet.

Berlin und Umgegend.

Der Lehrling als Konkurrent des Lehrmeisters.

Die Schlichtungskommission der Schneider hatte sich mit einem Fall zu beschäftigen, der bis jetzt wohl einzig in seiner Art war. Ein Schneidermeister aus Berlin fertigte für einen Innungsschneidermeister in Steglitz Militärhosen an. Nach einiger Zeit trat der Innungsmeister mit dem Lehrling des Berliner Meisters in Geschäftsverbindung, indem er jenem ebenfalls Militärhosen der gleichen Art in Auftrag gab, die der Lehrling in der elterlichen Wohnung herstellte. Sein Meister wußte jedoch nichts davon, vielmehr hat ihn der Lehrling erst nachträglich von seinen Geschäftspraktiken unterrichtet. Er hatte die Hosen zum Preise von 2,90 M. pro Stück übernommen, der Tarif schreibt jedoch 3,20 M. vor. Nachdem das erste Duzend geliefert worden war, gab es Differenzen, indem der Innungsmeister erklärte, er zahle nichts für die Hosen, denn sie seien total verpufft. Der Lehrling bestritt dies vor Gericht ganz entschieden und betonte, daß er die gleichen Hosen bisher bei seinem Meister für denselben Innungsmeister selbständig hergestellt habe und sie seien immer anstandslos abgenommen worden.

Das Gericht billigte das ganze Geschäftsgebaren des Innungsmeisters nicht, sondern entschied, daß er die zwölf Hosen restlos zu bezahlen habe und zwar zum Tarifpreis. Er habe gewußt, daß er es mit einem Lehrling zu tun habe und wenn er sich mit diesem einließ, so müsse er auch die Folgen tragen. Er sei somit kostenpflichtig verurteilt.

Unter anderem muß noch ein Unternehmer 618,50 M. nachzahlen an drei Arbeiterinnen. Er hat für Militärhosen statt 1,05 M. 60 Pf. gezahlt.

Die Jalousiearbeiter haben zurzeit gute Konjunktur, die daraus resultiert, daß die meisten Berufsangehörigen eingezogen sind. Eingearbeitete Kräfte sind darum gesucht, obgleich neue Arbeit fast gar nicht vorhanden ist. Die Tätigkeit beschränkt sich meist auf Reparaturen. Die gekerkerten Arbeiter haben teilweise eine Lohnserhöhung erwirkt, einen Kriegszulag dagegen gibt es nicht. Auch gleich die Lohnserhöhung nicht annähernd die jetzigen Lebens- und Bedarfsartikelpreise aus. In einzelnen Betrieben wird sogar noch unter dem Tarif gearbeitet, doch liegt dies an den betreffenden Arbeitern selbst. Richtig hätten sie es nicht, da geliebte Arbeiter jetzt ihre Arbeitskraft nicht zu verschleudern brauchen und gesucht sind.

Deutsches Reich.

Weitragsermäßigung für berufsfremde Tapezierer.

Mitglieder des Tapeziererverbandes wurden im Verlaufe des Weltkrieges verschiedentlich genötigt, in anderen Berufen: bei der Post, Eisenbahn u. dgl., Beschäftigung zu suchen. Da diese Mitglieder in ihrer neuen Beschäftigung vielfach zu wesentlich niedrigeren Löhnen als in ihrem erlernten Berufe arbeiten müssen, fällt es ihnen bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen schwer, die

ordentlichen Verdandbeiträge zu leisten. Diese Klagen sind wiederholt laut geworden und haben sich in letzter Zeit zu Anträgen verdichtet: den obgenannten zu niedrigeren Löhnen in fremden Berufen beschäftigten Mitgliedern besondere Erleichterungen in der Zahlung ihrer Verbandsbeiträge zu gewähren, die es ihnen ermöglichen, die Mitgliedschaft im Verband fortzusetzen. Hauptvorstand und Ausschuß des Tapeziererverbandes haben hierzu Stellung genommen und folgende Regelung beschlossen: Mitgliedern, die nachweislich genötigt sind, zu niedrigeren Löhnen, als im Tapeziererberufe üblich sind, in fremden Berufen zu arbeiten, kann auf ihren Antrag gestattet werden, statt wöchentlich, nur alle vierzehn Tage eine Beitragsmarke zu Heben unter Wahrung ihrer alten Rechte. Der Antrag auf Gewährung dieser Erleichterung muß alle Vierteljahre erneut gestellt werden. Der Anspruch auf diese Vergünstigung erhebt, hat bei seiner Fiktalverwaltung einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Versicherungsbank.

Vor kurzem wurde auf Anregung und unter Mitwirkung des Reichs ein Versicherungsunternehmen mit größerem Kapital errichtet, das der deutschen Reederei die Möglichkeit bietet, für ihre in den Dienst der kaiserlichen Marine übernommenen Fahrzeuge eine Mehrwert- (sog. Interesse-) Versicherung abzuschließen. Die Firma des Unternehmens, das seinen Sitz in Berlin hat, lautet: „Deutsche Versicherungsbank, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“.

Kriegsgewinne einer Schuhfabrik.

Die Firma T. a. u. Co., die in zahlreichen Städten Deutschlands Verkaufsstellen hat, verbiente im Geschäftsjahr 1915/16 2 061 962 M. gegen 941 348 M. im Vorjahr. Den unverhältnismäßig hohen Mehrerwerb von reichlich zwei Millionen Mark führt die Firma auf rechtzeitige reichliche Eindeckung von Rohmaterialien zurück. Sie hielt es also für selbstverständlich, „Preis zu halten“, obgleich sie es nicht nötig hatte, auch ihrerseits die Schuhpreise zu erhöhen. Die Dividende steigt von 12 auf 20 Proz., der Rest verschwindet in Reserdefonds.

Die Kohlenpreise.

In der Besenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels wurde beschlossen, die Richtpreise auf der ganzen Linie unverändert zu lassen. Diese Preisfestsetzung gilt bis zum Ende des laufenden Jahres. Die bisherigen Verteilungsanteile sollen auch im Juli unverändert bleiben. Zu „Geschäftliches“ wurde einstimmig genehmigt, daß dem Roten Kreuz in Berlin eine weitere Spende von 100 000 M. überwiesen werden soll. Da in Friedenszeiten die Kohlenpreise zum Sommer ermäßigt wurden, bedeutet die Aufrechterhaltung der jetzigen hohen Preise eine wahre Schädigung der Konsumenten.

Soziales.

Unterschlagung oder unverschuldeter Verlust?

Die Bank für Handel und Industrie übergab einem ihrer Kassenboten 5000 M. in verschiedenen Papiergeldsorten mit dem Auftrage, diese Summe einer Dame, die zu den Kunden der Bank gehört, zu überbringen. Der Bote traf die Dame nicht an, aber ihre Wirtschaftlerin nahm das Geld in Empfang. Der Bote zahlte der Wirtschaftlerin die 5000 M. vor. Diese schloß das Geld sofort in einen Schreibtisch, verschloß auch das Zimmer, in dem der Schreibtisch steht, und ging dann ihrer Arbeit nach. Als die Dame mit ihrer Wirtschaftlerin einige Stunden später das Geld nachzählte, fehlten 480 M., obgleich die Zimmertür und der Schreibtisch bis dahin verschlossen waren und kein Fremder inzwischen die Wohnung betreten hatte. Als die Bank diesen Vorgang erfuhr, entließ sie den Boten, bezahlte ihm die Kündigungzeit und gab ihm ein Zeugnis, welches nur Art und Dauer der Beschäftigung angibt. Der Bote klagte beim Gewerbegericht auf Ausstellung eines Zeugnisses, worin ihm Ehrlichkeit und befriedigende Leistungen bescheinigt werden. Außerdem forderte der Kläger — da die Bank sich weigerte, ein solches Zeugnis auszustellen — 600 M. Schadenersatz, weil er ohne Zeugnis keine Beschäftigung finden konnte und deshalb seit drei Monaten ohne Stellung ist.

Der Vertreter der beklagten Bank vertrat vor Gericht den Standpunkt, der fehlende Betrag müsse von dem Kläger veruntreut worden sein. Anders lasse sich das Konto nicht erklären. Die Bank sei deshalb nicht in der Lage, den Kläger als ehrlich zu bezeichnen. — Die als Zeugin vernommene Wirtschaftlerin schilderte den Vorgang so, wie vorstehend angegeben und sagte, der Bote habe das Geld so eilig hingebracht, daß sie nicht habe folgen können, sie habe sich deshalb von der Richtigkeit der vorgezählten Summe nicht überzeugen können und das Geld, ohne es selbst nachgezählt zu haben, verschlossen.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, dem Kläger ein Zeugnis auszustellen des Inhalts, daß er als Kassenbote bei der Beklagten beschäftigt und seine Führung und Leistung zufriedenstellend war. Wegen der Schadenersatzforderung soll Beweis darüber erhoben werden, ob sich der Kläger um Arbeit bemüht hat, aber ohne das geforderte Zeugnis keine Beschäftigung finden konnte. — Zur Begründung des Urteils wurde unter anderem ausgeführt: Die Möglichkeit, daß der Kläger das fehlende Geld verloren oder veruntreut hat, liegt zwar vor, es ist aber nicht erwiesen. Zur Verweigerung des Zeugnisses wäre die Beklagte nur dann berechtigt gewesen, wenn sich eine Untreue des Klägers hätte nachweisen lassen. Da das nicht der Fall ist, muß ein Zeugnis des angegebenen Inhalts ausgestellt werden.

Genossenschaftliches.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Anlässlich der bevorstehenden Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erlittet der geschäftsführende Vorstand einen sehr umfangreichen Jahresbericht.

Zunächst werden die Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Kriege eingehend dargestellt und besprochen. Der Zentralverband hat die in den Preisprüfungsstellen tätigen Genossenschaftler zum Austausch ihrer Erfahrungen bei voller Respektierung der pflichtmäßigen Geheimhaltung von Tatsachen geschäftlicher Art aufgefordert, sehr große Erfolge sind jedoch damit nicht erzielt worden. Ein abschließendes Urteil über den Einfluß der Preisprüfungsstellen auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise und auf die Befriedigung des Lebensmitteldarfs kann noch nicht abgegeben werden, die Möglichkeit einer späteren günstigen Einwirkung wird jedoch nicht ausgeschlossen. Bedauert wird, daß der Preispreis nicht einheitlich für das ganze Deutsche Reich festgesetzt ist; es wird anerkannt, daß die Preisverfolgung sich bewährt hat. Dagegen fühlen sich die Konsumvereine durch die Verteilung ungenügend. Es wird dann auf die großen Schwierigkeiten der Futtermittelversorgung hingewiesen und die Kartoffelversorgung besprochen.

Der Bericht geht dann ausführlich und mit reichem Zahlenmaterial auf die Fleischversorgung und Viehhaltung ein. Interessant ist die Berechnung, daß wir im Frieden pro Kopf und Tag mit einem Wutierverbrauch von 25 Gramm zu rechnen haben, wovon nicht ganz 10 Proz. aus dem Auslande stam-

men. Die Woche würden also 175 Gramm Butter verzehrt werden. Die Butterknappheit dürfte wohl erst einigermaßen überwunden sein, wenn das Vieh wieder auf die Weide getrieben wird. Von der rund 55 Millionen Zentner Zucker betragenden Ernte von 1914 waren ungefähr 27 Millionen Zentner ausgeführt worden, wenn dies der Krieg nicht unmöglich gemacht hätte. Die vom Bundesrat genehmigte Erhöhung des Rohzuckerpreises für die Ernte 1916 auf 15 M. pro Zentner hat ihre Wirkung auf den Preis für Verbrauchszucker noch nicht zeigen können.

Aus der Betrachtung der gesamten Ernährungsfragen zieht der Bericht den Schluß, daß die erhebliche Teuerung im Kriege bis zu einem gewissen Grade nicht zu verhindern ist. Neben der Vorratssicherung muß das Reich die Preissteigerung in so engen Grenzen halten, als dies möglich ist. Ob das gelungen ist, sei eine Frage, die so lange unbeantwortet bleiben werde, als der Kriegszustand fortdauert.

Der Bericht meint, daß nach Wiederherstellung des Friedens den Konsumvereinen ihre alten Gegner wieder gegenüber stehen werden. Er lehnt es ab, für alle Teuerungserscheinungen den Begriff der Schuld im ethischen Sinne anzuwenden. Gewisse Personen und Berufsgruppen könnten sich mit Recht darauf berufen, daß ihr Verhalten den Grundbesitz nicht widerspreche, die in normalen Zeiten als die unser Wirtschaftsleben beherrschenden anerkannt werden. Der Krieg habe aber die Notwendigkeit einer Organisation der Warenverteilung gelehrt, die ähnliche unerfreuliche Erfahrungen für kommende Zeiten verhindert. Das Kapitel der Surrogatwirtschaft und übersteuerten Nahrungsmittel wird besonders besprochen und eine Schilderung der Umgehungen der Höchstpreise für die Friedenszeit in Aussicht gestellt; dann werde auch der Kriegswucher noch gründlich zu besprechen sein. Bei der Warenvermittlung allein könne nicht die alleinige Ursache der Preissteigerungen gesucht werden, über die Rolle der Produzenten dabei könne jedoch jetzt noch nichts Endgültiges gesagt werden.

Zu Ende 1915 bestanden 2400 Konsumvereine (um 18 weniger als ein Jahr zuvor). Die Konzentration der Vereine ist weiter fort. Die dem Zentralverband und dem Allgemeinen Verband angeschlossenen Vereine hatten Anfang 1915 2 400 000 Mitglieder, wovon im Jahre 1914 100 000 hinzugeworfen waren; auf den Zentralverband entfielen Anfang 1915 (soweit Berichte eingingen) 1,7 Millionen Mitglieder, Anfang 1916 1,85 Millionen Mitglieder. Der Gesamtbestand der Deutschen Konsumvereinsbewegung kann Anfang 1916 auf 2,8 Millionen Mitglieder veranschlagt werden, der Umlauf auf 742,5 Millionen Mark, davon Eigenproduktion 142,8 Millionen Mark, der Warenbestand auf 83,6 Millionen Mark, die zinsbar angelegten Kapitalien auf 86,2 Millionen Mark, das Inventar auf 22,7 Millionen Mark, der Grundbesitz auf 139,2 Millionen Mark, die Geschäftsguthaben der Mitglieder 50,3 Millionen Mark, Reserven 38,5 Millionen Mark, Anleihen und Spareinlagen 105 Millionen Mark, Hypothekenschulden 80 Millionen Mark, Rabattsparguthaben und Erübrigung 65,6 Millionen Mark. Besonders stark sind die Spareinlagen gestiegen.

Berichtszeitung.

Kettenhandel.

Auf den „Kettenhandel“ und die in seinem Gefolge entstehenden Preistreiberien warf eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Berlin-Mitte gegen die Handelsfrauen Weidemann und Brühl stattfand, ein bezeichnendes Schlaglicht.

Die beiden Frauen hatten sich wegen Kriegswuchers beim Verkauf von Margarine zu verantworten. Das Quantum Margarine, um das es sich hier handelte, war im Wege des sogenannten Kettenhandels an die Angeklagte Weidemann schließlich gelangt. Diese nämlich, die das Pfund mit 3,40 M. im Kleinverkauf weiterverkauft, hatte die Margarine von einer Frau Lindner für 2,85 M. gekauft, die sie ihrerseits für 2,75 M. von der weitangeklagten Brühl erworben und sich also mit einem Gewinn von 10 Pf. pro Pfund begnügt hatte. Die Brühl dagegen hatte wiederum einen höheren Verdienst erzielt, denn sie hatte bei dem Erwerb nur 2,08 Mark pro Pfund bezahlt. So war in ganz kurzer Zeit der Preis für die Margarine von 2,08 auf 3,40 M. gestiegen, was dann Veranlassung gab, das gegen das Anfangs- und Schlusglied dieser Kette Anklage wegen übermäßigen Gewinnes erhoben wurde. Der Staatsanwalt bezeichne auch das ganze Verfahren im vorliegenden Falle als einen außerordentlichen Wucher und beantragte gegen jede der Angeklagten wegen Vergehens gegen die Preissteigerungsverordnung eine Geldstrafe von 300 M. Rechtsanwalt Dr. Alsbach als Verteidiger wandte dagegen ein, daß es für die Anwendung dieser Strafbestimmung gar nicht darauf ankomme, ob der geforderte Preis an sich ein übermäßiger sei, sondern daß ausschließlich entscheidend wäre, ob die Täter einen übermäßigen Gewinn erzielt haben. Hierüber konnte im vorliegenden Falle keine Rede sein, da insbesondere unter Berücksichtigung der Geschäftskosten kein allzu hoher Gewinn übrig bleibe. Für die Angeklagte Weidemann komme, ganz abgesehen von ihren Geschäftskosten, nur ein Verdienst von 18 Proz. in Frage, während die Berliner Preisprüfungsstelle beim Kleinverkauf einen solchen von 20 Proz. für gerechtfertigt halte. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte demzufolge auf Freisprechung und beider Angeklagter.

Ueberschreitung der Höchstpreise.

Zu einer Geldstrafe von 4000 Mark hatte das Landgericht III in Berlin Dettr Engler verurteilt, weil er in einer ganzen Anzahl von Fällen beim Verkauf einer Benzinmischung die Höchstpreise überschritten und zugleich die Anordnung des Oberkommandos vom 25. April und 15. August 1915 verstößt habe. Diese Anordnung betrifft die Verwendung von Benzol und Solpseudonaphtha. Der verurteilte Stoff war eine Mischung von Benzol und Schwendenzin, die nur mit besonderer Genehmigung der Inspektion für das Kraftfahrzeugwesen abgegeben werden durfte. Eine solche Genehmigung hatte der Angeklagte nicht. Das Landgericht nahm zugunsten des Angeklagten eine fortgesetzte Handlung an.

Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte legten Revision ein. Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten und hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Vorentscheidung auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt, die Revision der Staatsanwaltschaft müsse Erfolg haben, weil der Begriff der einseitigen fortgesetzten Handlung verkannt sei. Es sei irrig, wenn das Landgericht annehme, daß der Angeklagte alle nach und nach von ihm vorgenommenen Verkäufe in seinem Vorjah, die geschlichen Bestimmungen zu übertreten, so habe aufnehmen können, daß die verschiedenen Veräußerungen nur eine fortgesetzte Handlung darstellten. Er habe bei der Vornahme des ersten Verkaufs gar nicht wissen können, ob er später noch in der Lage sein werde, seinen Vorjah zu betätigen. Die Sache müsse deshalb zu anderweiter Entscheidung in die Vorinstanz zurückverwiesen werden.

Schmiergelder.

Die Strafkammer Brandenburg a. S. verhandelte am 6. Juni auf Antrag des Reichs gegen das Bestechungsumwesen, Sitz Berlin, gegen den Einfäufer Wilhelm Busse und gegen die Werkmeister Paul Grünberg und Otto Weber wegen Bestechung. Sämtliche Angeklagte waren bei den Brennabor-Werken in Brandenburg a. S. angestellt und haben gegen beträchtliche Schmiergelder einen dieserhalb bereits bestrafte Ladefabrikanten begünstigt und bezogen. Das Gericht erkannte gegen Busse auf 300 Mark Geldstrafe, gegen Grünberg und Weber auf je 150 Mark. Ferner wurden die Angeklagten zur Auszahlung von insgesamt 4000 Mark als Wert der empfangenen Schmiergelder an den Staat verurteilt.

Ernährungsfragen im Reichstage und im Abgeordnetenhaus

Reichstag.

62. Sitzung. Donnerstag, den 8. Juni 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich.
Die Erörterung über die

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Böhme (nall.):

Was der Kollege Hoffmann gestern über den Wucher und die milden Strafen gegen Wucherer gesagt hat, trifft in der Tat etwas, was in den weitesten Kreisen Aergernis erregt hat. Gegen diese Preisbeule am Körper unserer Volkswirtschaft hätte auch der Staatssekretär kräftige Worte finden sollen. Gewiß sind an unseren Missetatenden in erster Linie die schlechten Ernten schuld, aber doch auch Mängel der Organisation. Leider war die Gesundheit des Staatssekretärs Dr. Delbrück schon erschüttert, so daß er den Einflüssen, die von Preußen aus eine sachgemäße Regelung der Ernährung hinderten, nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen konnte. Tatsächlich ist die Regelung in Süddeutschland eine bessere als in Preußen. Wäre der Winter nicht so milde gewesen, daß der Verkauf von Kartoffeln auch im Januar und Februar möglich war, so hätten wir im Winter vor einer Katastrophe gestanden. Auch mit der Einschränkung des Fleischgenusses ist viel zu spät vorgegangen worden. Der Ernährungsbeirat ist fast gar nicht gehört worden, manches ist gegen seinen ausgesprochenen Rat angeordnet worden. Sehr bedauerlich ist, daß der verdiente Vertreter und Vertrauensmann der bayerischen Bauernschaft, Dr. Heim, nicht in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes berufen ist. Unergründlich muß von Staatswegen in die Produktion eingegriffen werden, man darf dann aber auch nicht zurückreden vor einem Eingreifen bei den großen Viehlosen Wirtschaften, auch bei vielen großen preussischen Domänen, auf denen kein Vieh gehalten wird. Allerdings werden wir die Produktion an Vieh nicht plötzlich so fördern können, daß wir nicht auf ein Jahr hinaus um sehr sparsam einrichten müssen. Die allgemeine Verbilligung aller Vorräte, auch in den Haushaltungen, erscheint als eine gerechte Maßregel, ist aber überaus gefährlich für die Produktion selbst, und ich möchte davor warnen. Herr Hoffmann hat gestern mit vollem Recht die Frage des Abschusses des Wildes moniert. Ein verstärkter Abschuss ist nötig, nicht nur im Interesse der Fleischversorgung, sondern vor allem im Interesse unserer Wälder. Die Preise für die Kartoffeln dürfen nicht übermäßig sein.

Abg. Dr. Köstke (l.):

Entscheidende Vertretung muß ich gegen die von sozialdemokratischer Seite gefällene Äußerung einlegen, daß die amerikanischen Kapitalisten die fremden Böller ausbeuten, die Deutschen aber das eigene Volk. Wie kann man derartige Aussagen angesichts der Tatsache, daß die Vorräte in gleicher Weise verteilt werden, Butter hat der Arme, nicht aber der Reiche. (Zustimmung und Widerspruch.) Schade, daß der Reichskanzler nicht die Heyrede des Herrn Hoffmann gehört hat, er hätte seine helle Freude an seinen Freunden gehabt. (Sehr gut! rechts.) Die Herren verhalten sich hier ganz anders als in der Kommission. Dort ist doch ein sachliches Verhandeln mit ihnen möglich, hier aber denken sie wohl:

„Ich bin des trockenen Tons nun satt,
Ruh wieder recht den Teufel spielen.“

Ausbeutung ist nicht deutsche Art. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: kapitalistische.) Die kapitalistische Ausbeutung, die Sie meinen, ist... (Zuruf bei den Sozialdemokraten: international, Zuruf rechts: also nicht deutsch.) Herr Hoffmann bemängelte den Gewinn der Vereinigten Pommerischen Meiereien von 200 000 M. bei 100 000 M. Kapital. Als ob es hier auf das Kapital nicht auf den Umsatz ankäme, der 25 Millionen betrug. (Hört! hört! rechts.) Ähnlich liegt es bei der Gerstenwertungs-Gesellschaft, bei deren Bilanz 11 Millionen nur ein Durchgangsposten waren. Wenn Herr Hoffmann weiter solche Reden hält, wird sein Ansehen in den Kreisen der Bauern nicht steigen. — Nach fast zwei Jahren Krieg ist der englische Ausnahmegesetzplan gescheitert, und das, trotzdem wir sieben Millionen Tonnen Körner weniger geerntet haben als bei einer Durchschnittsernte. Wie kann man angesichts solcher Tatsachen sagen, die deutsche Landwirtschaft hat verlagert, wie es Herr Wendorf in der Kommission getan hat. (Erregter Widerspruch bei der Volkspartei. Vizepräsident Dove bittet um Ruhe.) Herr Wendorf sagte ausdrücklich, die deutsche Landwirtschaft hat verlagert. (Abg. Fegter (Wpt.): Das ist nicht wahr.) Sie waren ja gar nicht zugegen. (Abg. Fegter (Wpt.): Ich war da.)

Vizepräsident Dove

rufft den Abg. Fegter wegen fortgesetzter Zwischenrufe zur Ordnung.

Abg. Dr. Köstke (fortfahrend):

Die Sozialdemokraten sprechen immer von den teuren Preisen. An die Verteuerung der Produktionskosten denken sie nicht. Ein junger sechzehnähriger Bursche verlangt bei mir für sechs Monate bei voller Verpflegung 800 M. (Hört! hört! rechts.) Der wahre Wucherer steckt im Kettenhandel. Eine Konterbandbühse, die in Berlin für 0,65 M. gekauft wurde, wurde in Dresden für 2,70 M. verkauft. (Hört! hört! rechts.) — Das neue Kriegsernährungsamt wird nicht von einem Zentralpunkt aus das ganze Reichsgebiet versorgen können, ein solcher Versuch müßte zu einem Rückgang des Nahrungsmittels führen. Das preussische Landwirtschaftsministerium und die der anderen Einzelstaaten kann nicht ausgeschaltet werden. Nützlich ist vor allem eine Organisation des Einzelhandels. Ob die Kartoffelbeschlagnahme eine gute Maßnahme ist, beweise ich außerordentlich. Nützlich ist vor allem die Sicherung und Förderung der Produktion, nur dann ist die Volksernährung sicher zu stellen, wie auch der Sozialdemokrat Kalkisch in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausgeführt hat. Man darf den Bauern nicht den guten Willen zum Arbeiten nehmen, vielmehr muß man sein patriotisches Empfinden wach halten. Ein Hauptfehler war, daß man nicht, wie wir stets verlangten, schon lange vor dem Kriege

durch genügenden Vorkauf

für verstärkten Anbau von Futtermitteln gesorgt hätte. — Bei der Kartoffelversorgung hat man zwei Jahre lang alle Erfahrungen einfach in den Wind geschlagen. (Sehr richtig! rechts.) Wäre man im Frühjahr nicht zur Erhöhung der Preise geschritten, so wäre eine Katastrophe bereingebrochen. Herr Areth hat die Preiserrhöhung im allgemeinen Interesse empfohlen; die gegenteilige Behauptung des Herrn Hoffmann kann ich hier nur als Irrtum bezeichnen, außerhalb des Hauses würde ich sie anders bezeichnen. (Sehr gut! rechts.) — Wo das Wild überhand nimmt, soll man für Abschuss sorgen; aber man läßt sich, zu eifrig damit vorzugehen. — Bei der Getreideaufnahme lagen häufig sehr verzeihliche und natürliche Schätzungsfehler vor, und trotzdem wurde mit Strafen vorgegangen. — Bei allen Angriffen des Abg. Hoffmann finde ich, daß angeklagt wird die Landwirtschaft, die gesamten Landwirte, dagegen nicht angeklagt wird England, das uns den Krieg gebracht hat und ihn durch unsere Auszehrung durchzuführen will. Von England

können wir keinen Frieden erbetteln, sondern zum Frieden kommen wir nur, wenn wir unsere Macht entfalten. Auch neutrale Staaten fangen an zu begreifen, daß wir Englands Brutalität und teuflischen Plan gegenüber alle unsere Machtmittel anwenden müssen. Den Sieg können wir nur erringen, wenn wir Englands Lebensnerv treffen. Das tun wir nicht, wenn wir unsere Machtmittel auf die Kammer legen. (Weisfall rechts.) Wer demgegenüber von Kriegshebern spricht, versteht die Sorgen ernstlicher vaterländischer gesinnter Männer nicht. Wer hier von Kriegswucherer und schändlicher Gewinnjagd spricht, dem müßte man außerhalb dieses Hauses niedrige Bestimmung vorwerfen. Wie der Reichskanzler sich gegen anonyme Schmähschriften verteidigt, so müssen wir es gegen diese niedrigen hinterhältigen Angriffe tun. (Lebhafte Weisfall rechts.) Nicht eine zwecklose Verlängerung des Krieges wünschen wir, sondern die Not des Volkes durch die englische Auszehrung zu beseitigen. Daß dieser brutale teuflische Plan gescheitert ist, verdanken wir der deutschen Landwirtschaft. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Unterstaatssekretär Stein

nimmt die Gerstenwertungs-Gesellschaft gegen die Angriffe des Abg. Hoffmann in Schutz. Offenbar haben Herrn Hoffmann die zutreffenden Unterlagen gefehlt. Nachdem er sie erhalten, müßte man von seinem Gerechtigkeitsstimm die Zurücknahme der Angriffe erwarten.

Abg. Napp (Deutsche Fraktion):

Den letzten Worten des Abg. Köstke stimme ich aus vollem Herzen zu. — Die Hauptschuld an der Not, soweit sie vermeidbar war, trägt der Zwischenhandel mit seinen Miefengewinnen, den unsauberen Elementen, die sich da hineindrängen, muß man gründlich das Handwerk legen. (Zuruf rechts: Das ist der Segen der Freizügigkeit.) Schuld am Fleischmangel haben auch die zum Teil riesenhaften Aniamlungen der großen Städte. Man darf auch nicht an den Miefengewinnen der Großmühlen achtlos vorbeigehen, wenn man die Ursachen der Nahrungsmittelverknappung erkennen will. Angesichts der starken Wildschäden muß Abhilfe geschaffen, es muß zum Abschuss des Wildes in geeigneter Weise den Förstern Urlaub erteilt werden. — Die Tätigkeit unserer Frauen im Abwehrkampf gegen den englischen Ausnahmegesetzplan verdient alle Anerkennung. (Weisfall.)

Abg. Wurm (Soz. Arb.):

Der Staatssekretär Helfferich nannte die Organisation unserer Ernährung eine Großtat. Ich werde nachweisen, daß ein Mehr von grundlegenden Fehlern als bei dieser Regelung oder vielmehr Nichtregelung gar nicht vorstellbar ist, und auch die Bezeichnung des Herrn Köstke, daß wir hier den Teufel spielen, soll mich daran nicht hindern. Die Agrarier sind ja die schlechtesten Unzulänglichkeiten und halten den Burgfrieden. Im Volke sagt man freilich: Burgfriede ernährt — die Agrarier. (Weiterkeit und Weisfall bei der Soz. Arb.)

1000 Gramm Brot werden pro Kopf der Bevölkerung gegeben, das macht 7 Millionen Tonnen Getreide. Wo sind die anderen 6 Millionen geblieben? Man hat eben neben der Reichsgetreidestelle den Selbstversorgungsverbänden mit Rücksicht auf die Interessenten die Versorgung von zwei Drittel der Bevölkerung überlassen, und zwar ohne jede Kontrolle, und daher ist so außerordentlich viel Getreide als Viehfutter verwendet. Das hat der Staatssekretär im vorigen Jahre selbst zugegeben. Es wurde Brotgetreide verfüttert, weil der Viehpreis im Verhältnis zum Preise des Roggens und Brotes in die Höhe getrieben war. Wenn das Geld im Kasten klingelt, so helfen alle ethischen Ermahnungen und alles patriotische Getöse nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommen ja auch die niedrigen Beiträge gegen den Wucher sowohl im Handel wie bei den Agrariern hinzu. Schuldig ist auch der Bundesrat, der Verordnungen erläßt, die zum Uebertreten geradezu anreizen.

Uniere Kartoffelernte war besser wie seit 20 Jahren. Trotzdem bekommt die Bevölkerung keine Kartoffeln. (Zuruf rechts: Der Frost!) Bei diesem Wetter spricht man von Frost! (Große Heiterkeit.) Hochgerechnet reichen 18 Millionen Tonnen zum Verbrauch aus, also ein Drittel der Ernte. Wo sind die anderen zwei Drittel? Wer das erkennen will, muß sich durch das Wirrwarr von Verordnungen durcharbeiten. Der verlassene Staatssekretär des Innern sagte sehr richtig: Typisch für alle Schwierigkeiten, die sich bei halben Maßregeln ergeben, ist die Kartoffelfrage. Die Reichsartoffelstelle war bei ihrer Gründung ohne jede Macht. Sie hatte nur die sogenannte Vertretung, die Landwirte unter 10 Hektar Weitz sollten 10 Proz. zurückhalten, das wären 4 Proz. der Ernte gewesen. Aber den Landwirten genügte diese Vertretung nicht, man ging bis zu den Bauern mit 1 Hektar herunter und verstrickte dann 20 Proz. Aber die Herren, die gewöhnt sind, robust vorzugehen, wußten, daß diese Stride nur Zwirnschäden waren. Man hatte ja keinen Enteignungszwang, und schließlich wurde denn auch diese Vertretung aufgehoben, denn — sie hatte Zustimmung in den landwirtschaftlichen Kreisen hervorgerufen. Sofort kam die neue Verordnung — die statt der Vertretung fast eine

Verdoppelung der Höchstpreise

brachte. (Hört! hört! links.) Außerdem war die Geeresverwaltung an die Höchstpreise nicht gebunden, und da soll der Bauer nach der Stadt zu niedrigeren Preisen liefern! Ein Oberpräsident (schrieb im Dezember vorigen Jahres, daß die Abgabe von Speisefarstoffen bei den augenblicklichen Preisen einen erheblichen Nachteil bedeuten würde. Er reizte also direkt zur Zurückhaltung der Kartoffeln an. Das war der Oberpräsident von Ostpreußen, Herr v. Watocki, der neue Präsident des Kriegsernährungsamtes. (Lebhafte Hört! hört!) Als dann die Verordnung kam, daß nichts zurückgehalten werden soll, hat sich natürlich kein Bauer darum gemüht, sondern einfach gesagt: Da laß ich über! Bei den neuen Höchstpreisen ist nicht einmal erst der Bundesrat gefragt worden, in der Sächsischen Kammer erklärte der Minister, der Reichskanzler habe sie allein gemacht, die sächsische Regierung könne diese Erhöhung nicht vertreten, sie sei damit überumpelt worden. (Lebhafte Hört! hört!) Der Reichskanzler ist in einem solchen Falle der preussische Landwirtschaftsminister. (Sehr richtig! links.) Ich stimme dem Dr. Heim zu, der sagte, dieses Verfahren der Regierung muß die Bauern zur Zurückhaltung und Spekulation erziehen. So sieht die Großtat aus. Prämiert wurden die Agrarier dafür, daß sie nicht das taten, was das Gesetz von ihnen verlangte. Auch jetzt haben wir wieder eine Zurückhaltung zufolge von Gerüchten, daß die Preise wieder erhöht werden sollen. Die Stadt Berlin hat zu ganz exorbitanten Preisen Kartoffeln vom Ausland holen müssen. (Hört! hört!) Und dabei sind fünf Provinzen verpflichtet, nach Berlin zu liefern. Es ist jetzt eine Ergänzungsverordnung gekommen, die die Zurückhaltung mit Strafe bedroht. Wenn sie nur nicht lediglich auf dem Papier stehen bliebe. Solche Worte, wie Herr v. Didenburg-Januschau gesprochen hat: Der preussische Landwirtschaftsminister sieht ganz auf unserm Boden; man hat mit der Beschlagnahme der Kartoffeln gedroht; aber das Papier ist gebudig. Die Ausführung liegt ja in den Händen der Provinzialverwaltung, zu der wir Vertrauen haben. (Hört! hört! links.) Dringen eben auch bis zu den Bauern, und die Wirkung dieser Worte spüren wir überall. Die Kartoffelpreise dürfen nicht noch

steigen; die Kartoffel ist heute für das Volk das einzige Nahrungsmittel, mit dem man sich sättigen kann. (Sehr wahr!) Das ist ein Jammer, denn ein kräftiger Nachwuchs und Aufwuchs kann damit bei den Menschen so wenig wie beim Vieh erzielt werden.

Bei der Fleischversorgung haben wir selber Mängel. Zunächst hat die Regierung gar nichts getan und die Preise bis zum Wahnsinn steigen lassen. Das war ja auch ein Grund, warum man soviel Kartoffeln und Getreide verfrachtete. Dann versuchte der Bundesrat, mit der Aufforderung zur Schweineabschlachtung einzugreifen. Es ist ein blamabler Irrtum, daß diese Abschlachtung den Mangel hervorgerufen hat. Am 1. Dezember 1914 gab es freilich 9 Millionen Schweine mehr als am 1. April 1915. Aber auch in Friedenszeiten werden in dieser Zeit 7 1/2 Millionen Schweine geschlachtet. Freilich fehlten die 9 Millionen, während sie in Friedenszeiten nicht fehlten. Das rührt daher, daß jetzt weniger Schweine geboren wurden, und zwar wegen der Futtermittel. Die Abschlachtung dagegen war eine durchaus richtige Maßregel, nur hätte die Durchführung nicht dem Willen der Einzelnen überlassen werden dürfen. Um den Fleischmangel der Städte zu mildern, haben diese Verträge mit den Lieferungsverbänden geschlossen. Hier hätte die Regierung eingreifen sollen, um die Produzenten und Konjumenten aneinander zu bringen. Statt dessen hat man Zwangs syndikate der Viehhändler geschaffen. Das ist der größte Fehler, der gar nicht schnell genug beseitigt werden kann. Berlin hat nur einen kleinen Teil des Viehs geliefert bekommen, der ihm vertraglich zugesichert war. Schon seit einem Jahr verlangen wir eine Reichsfleischverteilung und eine Reichs fleischkarte. Sie wird abgelehnt, weil Preußen dagegen ist. Sachsen, Bayern, Baden haben die Landeskarte mit gegenseitigem Austausch. Nur Preußen will nicht. Der Pommerische Viehhändlerverband hat von Berlin eine Million Vorkauf verlangt, und zwar zinslos unter der Bedingung, sonst auch nicht ein Stück Vieh mehr zu liefern. (Lebhafte Hört! hört! links.) Das kennzeichnet, wie man die Gemeinden an diese Verbände ausliefert und dann gibt man noch den Gemeindeverwaltungen Schuld an den Mängeln. Man sprach auch von der Auffseicherung in den Gemeinden, von den riesigen Mengen in Frankfurt. Diese Mengen sind in Frankfurt vorhanden, nur gehören sie leider nicht der Stadt, sondern der Reichsverteilungsstelle. Wiederholt hat man die preussische Regierung um eine Verordnung gebittet, eine Landverbesserung erteilt. Aber man hört nichts davon. Man sollte mit der zarten Rücksichtnahme auf die Landbevölkerung endlich aufhören und einmal nachsehen, was dort an Fleisch, Speck und Fett aufgeschichtet ist. Das ist nicht eine Verdächtigung der roten Teufel, sondern eine dringende Mahnung auch der Landwirtschaftskammer Westfalen. (Lebhafte Hört! hört!) Bei dem Abschuss des Wildes hat man die richtige Zeit veräußert, doch sollte man jetzt noch vorgehen, um den Wildschäden möglichst gering zu machen. Ein besonderes Kapitel ist die Butter- und Feinstut. Auch hier trifft keineswegs die Stadtverwaltungen die Schuld. Während der Berliner Magistrat keine Spur von Fett hatte, konnte die private Firma Wertheim den Verkauf von 22 000 Kilo anknüpfen, die sie vom Kriegsministerium bekommen hatte. (Lebhafte Hört! hört!) Das Kriegsministerium lehnte ein Eingreifen, um das Fett der Stadt zu übermitteln, ab und erst das Generalkommando tat das über den Kopf des Kriegsministeriums hinweg. (Lebhafte Hört! hört!) Wenn solch ein Wirrwarr herrscht, kann man nicht glauben, daß bloß Unfähigkeit dahinter liegt. (Zuruf rechts: Was denn?) Gewisse Kreise bemühen sich, den Unwillen der Bevölkerung von sich abzulenken und auf die Gemeindeverwaltungen zu wälzen. (Lebhafte Sehr wahr! links.) Auch die Milch will man noch verteuern. Ich hoffe, daß das Kriegsernährungsamt diesem Anfinnen nicht nachkommt. Auch an eine Regelung der Eierversorgung hat man nicht gedacht. Beim Butter haben wir eine Ueberernte, trotzdem herrscht Futtermangel und ein viel zu hoher Zuckerspreis. Der Vorkauf, das Gemische zu trocknen, hat zunächst zu einem Verschwinden des Gemisches vom Markt und zu starker Preissteigerung des Gemisches geführt. Man sollte eine Eierkarte einführen, daß nicht jeder beliebig viel Eier trinken kann und damit der, der gar kein Eier trinkt, das entsprechende Quantum Brot dafür bekommen kann. Es ist sehr bedauerlich, daß man diese wichtige Frage hier zwischen Tür und Angel besprechen muß. Das Volk dankt Ihnen das nicht und ist von einer

Mißstimmung gegen einen Reichstag ergriffen,

der sich das gefallen läßt. (Lebhafte Sehr wahr! links.) Die Spirituszentrale hat jetzt ein Projekt durchgesetzt, das sie im Frieden nicht durchsetzen konnte. Wir haben ein Monopol bekommen und zwar ein Monopol einer Privatgesellschaft. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Freilich kommandierte die Zentrale bisher schon Reumehnte aller Brennereien. Jetzt hat sie auch den Rest noch unter ihre Obhut bekommen und kann die Preise und Prämien nach Willkür bestimmen und die Kleinen kaputt machen. Soll der Reichstag dazu stillschweigen? Bei der augenblicklichen Vorkaufbestimmung wird er ja nichts sagen, aber im Herbst sehen wir uns wieder und ich rechne darauf, daß die Regierung uns dann einen Rechenschaftsbericht geben wird über die Art, wie die Spirituszentrale ihren Befugnissen nachkommt. Auf alle Fälle erwarten wir, daß nicht ein einziges Getreidekorn der nächsten Ernte zur Schnapsbrennerei hingegeben wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

An der Hand der Tatsachen habe ich Ihnen gezeigt, wie richtig die Behauptung meines Parteifreundes Hoffmann war, daß alles, was geschehen und was nicht geschehen ist, bei dieser angeleglichen Großtat der wirtschaftlichen Organisation zu den schwersten Mängeln geführt hat. Alles das ist in erster Linie in Verbindung der Interessen der landwirtschaftlichen Interessenten geschehen. Der Krieg darf aber für die Produzenten so wenig wie für die Händler eine gute Konjunktur für gute Geschäfte sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Watocki sagte, man darf die Produzenten nicht verärgern. Gewiß, aber auch die Bevölkerung darf nicht verärgert werden, und der Produzent darf doch darüber nicht verärgert sein, daß er keinen Wucherer Gewinn machen soll. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat im Gegensatz zu unseren Anträgen seit Beginn des Krieges beim Anbau in der Landwirtschaft Willkür herrschen lassen, nur geregelt durch den Anreiz zu hohen Preisen. Der Krieg hat nicht erzwungen, daß die Schugzölle gut sind, sondern daß sie nicht erzwungen läßt, was von Natur aus unmöglich ist. Höchstpreise ohne Beschlagnahme sind geradezu ein Anreiz zur Auswucherung der Bevölkerung. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Preisprüfungsstelle ist eine stumpfe Waffe, denn dort dominieren die Interessenten und die Sachverständigen, die auch Interessenten sind. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) Die Gemeinden sind machtlos, weil ihre Selbstverwaltung nicht ausreichend ist. Geben Sie den Gemeinden das allgemeine Wahlrecht (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten), dann wird es besser werden. Notwendig ist eine Regelung der Produktion nur im Interesse der Verbraucher, Vorkaufnahme in Stadt und Land durch wirklich unparteiliche Organe, nicht durch die Landräte oder Amtsdorfsleiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Regelung des Bezuges und dann erst, wenn alle diese Vorbedingungen erfüllt sind, Regelung des Verbrauchs. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Unter der jetzigen großen Teuerung leiden besonders die Arbeiter

Frauen, die mit ihren Unterführungen nicht auskommen können und schleunigst Zulagen erhalten müßten. (Sehr richtig! s. d. Sozialdemokraten.) Die Frauen sollten dem Vaterlande ihren Dank dadurch abstaten, daß sie erkennen, welche großen politischen Interessen auch sie haben und wie notwendig es ist, für die Frauen die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen.

Den Tag der großen Abrechnung, von dem der Reichskanzler gesprochen hat, ihn sehen wir herbei, denn dann wird das ganze Volk sein Urteil sprechen und dieses Urteil wird dahin gehen, daß die behördliche Organisation der Nahrungsmittelversorgung nicht eine Höchstzahl, sondern eine Kette von Fehlern und Mißgriffen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) So wie bisher, kann das nicht weitergehen. (Weiß! Weisfall bei den Soz.)

Ein Schlußantrag wird angenommen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Abg. Haase (Soz. Arb. [zur Geschäftsordnung]):

Nach den Ausführungen des Berichterstatters müßte man annehmen, daß auch noch die Rohstoffversorgung behandelt werden würde. Die Frage ist zu wichtig, als daß der Reichstag nicht ausführliche Kritik übt, bevor er auseinandergeht.

Präsident Dr. Kaempf:

Der Schluß der Debatte ist aber bereits angenommen.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Auch ich hatte den Eindruck, daß die Rohstoffversorgung besonders vorgenommen werden sollte. Ich bitte deshalb, die Debatte über diese Frage von neuem zu eröffnen.

Präsident Dr. Kaempf:

Dann muß ich das Haus befragen.

Abg. Spahn (Z.):

Aus sachlichen Gründen wäre die Besprechung der Lederfrage zweckmäßig.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Man ist wohl im guten Glauben gewesen, daß die Frage erledigt sei. Ich stelle den Antrag, die Aussprache wieder zu eröffnen und zwar über die Rohstoffe.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Eine Entschließung über die Versorgung der Schuhmacher mit Leder ist auf meinen Antrag ausdrücklich zurückgestellt worden. Das beweist, daß man eine besondere Förderung dieser hochwichtigen Materie für erforderlich ansah. Nach der Rede unseres Genossen Simon kann ja von neuem beschloffen werden.

Nach weiteren Bemerkungen von Vertel, Paasche, Wiemer, Ledebour, Werner bemerkt der Präsident

Dr. Kaempf:

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus nunmehr mit Wiederaufnahme der Aussprache einverstanden ist. Wir kommen zunächst zu den persönlichen Bemerkungen.

Abg. Dr. Wendorf (Wp.):

Der Abgeordnete Dr. Koeside hat behauptet, ich hätte im Hauptauslaß ausgesprochen, die deutsche Landwirtschaft habe bei der Versorgung des deutschen Volkes während des Krieges verlagert. Unverständlich ist mir, wie man mir Worte unterstellen kann, die ich nicht gesprochen habe. Ich muß die Behauptung als objektiv unwahr zurückweisen.

Abg. Fegter (Wp.):

Als ich dem Abg. Koeside auf die Wiederholung seiner Behauptung zurück: Das ist nicht wahr!, habe ich nicht ohne weiteres behauptet wollen, daß er bewußt eine unechte Behauptung aufrecht erhalten wolle.

Abg. Dr. Böhme (natf.):

Bei meinen Ausführungen über die Kartoffelproduktion durch Kleinbetriebe habe ich mich auf den Wortlaut der Verordnung gestützt.

Abg. Hoffmann-Kaiserlautern (Soz.):

Meine Ausführungen über die Versteuerverwertungs-Gesellschaft fügte ich auf den auch in der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegebenen Bericht des konservativen Abgeordneten Goeßel im Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses vom 2. Juni. Nachdem mir heute vor der Sitzung mitgeteilt worden ist, daß der Bericht auf unrichtigen Voraussetzungen beruht, nehme ich meine daraus gezogenen irrtümlichen Schlussfolgerungen zurück. (Zuruf: Den Agrariern darf niemand trauen! Heiterkeit.) Im übrigen habe ich im Einverständnis mit meiner Fraktion gesprochen. Dr. Koeside, der mir das Wort unterbrochen, ich wäre des trocknen Landes satt, sage ich, der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen. (Weiterkeit und Weisfall.)

Abg. Dr. Koeside (L.):

Dann brauchen wir nicht so lange Reden zu halten. (Weiterkeit.) Die Landwirte haben genug Taten ausgeführt. Die Not der Städte wirdigen wir. Die vom Abgeordneten Böhme erwähnte Verordnung fasse ich anders auf. Es tut mir leid, daß ich eine so bedeutungsvolle Persönlichkeit wie den Abgeordneten Fegter im Ausschuß übersehen konnte. (Abgeordneter Fegter: Alte Wege!) Ich verstehe nicht recht, warum der Abgeordnete Dr. Wendorf so verlegt ist. Der „Vorwärts“ nennt in den Berichten über die Ausschüsse den Namen. Unter dem 25. Mai 1918 steht dort als Aufschriftung des Abg. Dr. Wendorf: Die Bestimmung wäre nicht so groß, wenn man nicht immer erzählt hätte, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Jetzt zeigt sich, wie falsch diese Behauptung ist. Das habe ich so aufgefaßt, als ob die deutsche Landwirtschaft bei den ihr gestellten Aufgaben verlagert habe. (Widerspruch bei den Fortschrittlichen.) Ich habe auch im Ausschuß damals sofort richtig gestellt, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht getan hat.

Abg. Dr. Dove (Wp.):

Den Abg. Fegter habe ich nicht wegen des Ausdrucks Unwahr! zur Ordnung gerufen, da es objektive Unwahrheit gibt, die hier der Anlaß war, sondern wegen der Quantität der Worte. (Große Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen von Wendorf, Koeside und Böhme erklärt der

Präsident Dr. Kaempf:

Der Worte sind nun genug gewechselt. (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Rohstoffversorgung (Leder)

Abg. Simon (Soz.):

Wiederholt haben wir über die mangelhafte Versorgung der Zivilbetriebe mit Leder zu klagen. Die Versteuerverwertungs-Gesellschaft hat die Verfügungen nicht nach. Die Lederkontrollstelle hat die zur Verfügung stehende Menge geteilt zwischen der Groß- und der Kleinindustrie. Die Großindustrie konnte 250 000 Hlo monatlich erhalten, ebenso die Kleinindustrie. Der Monatsverbrauch betrug aber in der Großindustrie 3 1/2 Millionen Kilogramm und in der Kleinindustrie 2 Millionen. (Hört! hört!) Das muß natürlich zu Betriebsbeschränkungen führen, und es drohen auch Arbeiterentlassungen. Dabei behaupten Paasche, daß es an Rohmaterial, an Häuten nicht fehlt. Man hat in großer Zahl Rohhäute zugrunde gehen lassen. (Hört! hört!) Ferner ist der Bedarf der Heeresverwaltung für manche Regimenter schon längst gedeckt, für die Zivilbevölkerung aber wird nicht das Leder zur Verfügung gestellt; solche Dinge sind doch unglücklich. Sie führen auch zu ungeheuren Wucher. So hat ein kleiner Berliner Schuhmacher altes Treibriemenleder, das im Frieden mit 40-50 Pf. bezahlt wurde, mit 10,50 M. das Pfund bezahlen müssen. Ein Großfabrikant, der in vier Monaten an 88 000 Häuten vier Millionen Mark verbiente, wurde bestraft mit 1500 M. (Lebhafte Heiterkeit)

Sehr vielen Klagen könnte abgeholfen werden, wenn die Heeresverwaltung nur die für sie geeigneten Qualitäten und nicht übertriebene Mengen aufkaufte. Die Schweizer Höchstpreise sind 88 bis 40 Proz. niedriger als bei uns. In dem Vorstand der Kriegslebensmittellieferanten-Gesellschaft sitzen ausschließlich Interessenten. Diese Wirtschaften in ihre eigenen Taschen. Die Höchstpreise sind bei uns ganz verkehrt festgelegt. Und dabei genügen sie den Lederherren noch nicht einmal. Bei verminderten Aufträgen erzielen die großen Lederfabriken ungeheure Gewinne, so hat eine in Pirmasens im ersten Kriegsjahre das Sechsfache, im zweiten das Sechszehnfache des Friedensgewinnes erzielt. (Hört! hört!) Nach dem Krieg wird die Ledernot nicht aufhören. Deshalb muß die Regierung schon jetzt alle mögliche Vorkehrungen treffen, daß nach dem Krieg die notwendige Zufuhr von Rohmaterialien einsetzt.

Wegen der notwendigen Maßnahmen läumt sich die ganze Deutweise der kapitalistischen Gesellschaft auf. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat selbst anerkannt, daß alle vom Krieg Ihnen abgezwungenen Maßnahmen den Widerstand der allgewohnten Deutweise zu überwinden hatten. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung beruht auf der Ausbeutung der großen Masse durch die kleine Minderheit der Kapitalisten. Das tritt während des Krieges noch viel schlimmer in die Erscheinung als im Frieden, und darum gilt unser Kampf mehr als je der Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner-Gießen (Deutsche Fr.):

tabelt die Auslieferung der Lederindustrie an einige Großherren, die mit ihren Geschäftspraktiken die Interessen der Schuhmacher und des Publikums aufs schwerste schädigen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums:

Gutes Schuhwerk ist für den Soldaten ebenso wichtig wie eine gute Mütze. Unsere Soldaten sind mit Schuhwerk gut versorgt, weil unsere Bekleidungsämter schon im Frieden gut vorgearbeitet haben. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung sind die Bestände soweit reduziert, wie es mit den Bedürfnissen des Heeres nur irgend verträglich ist.

Major Rött:

Die Entrüstung über wucherische und betrügerische Maßnahmen im Lederhandel werden vom Kriegsministerium selbstverständlich geteilt. Die Kriegslebensmittellieferanten-Gesellschaft muß ich aber doch in Schutz nehmen. Ihr verdanken wir, daß die Versorgung des Heeres glatt verlaufen ist und daß im großen und ganzen auch die Versorgung der Zivilbevölkerung gut vonstatten gegangen ist. Ohne Schwierigkeiten hat sich natürlich die Friedenswirtschaft nicht in die Kriegswirtschaft überführen lassen. Die Gewinne der Kriegslebensmittellieferanten-Gesellschaft kommen ja auch dem Reiche zugute. Sie sind keinesfalls indirekte Steuern. — Bei denen die sich über wucherische Gewinne enträsten, laufen manche „Biederleute“ mit unter. Zuweilen glimmt in ihren Augen auch etwas recht Niederträchtiges auf, sobald sie als Leute erscheinen, die neidisch sind, weil sie das nicht haben konnten, was die anderen haben konnten.

Die Debatte schließt. Die Resolutionen der Kommission werden angenommen, diejenige, welche den im Januar 1918 erhöhten Hagerpreisen rückwirkende Kraft verleihen will, gegen die Stimmen der Linken.

Die Abstimmung über die Resolutionen zum Vereinsgesetz werden abgesetzt.

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß von dem Präsidenten des ungarischen Abgeordnetens- und ungarischen Magnatenhauses Glückwünsche zum Seesieg eingelaufen sind. (Bravo!) Er wirft einen kurzen Rückblick auf die Tagung, der in einem Dank an das Heer und die Flotte gipfelt.

Abg. Dr. Spahn (Z.) spricht den üblichen Dank des Hauses an den Präsidenten aus.

Staatssekretär Dr. Helfferich verliest die Order über die Vertagung des Reichstages.

Präsident Dr. Kaempf erklärt die Tagung für geschlossen und bringt ein dreifaches Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland aus.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Nachtrag zum gefirgen Bericht.

Da die von uns benutzten Berichte des parlamentarischen Bureaus B a a k e unzweifelhaft eine „burgfriedliche“ Tendenz tragen, haben wir uns wiederholt gezwungen gesehen, die Reden einzelner Abgeordneter nach den Berichten anderer Zeitungen oder auf Grund persönlicher Informationen zu ergänzen. Erst vor einigen Tagen wieder war das nötig bei einem Bericht über die Rede Wasser-manns, wo das Bureau B a a k e den wichtigen Teil der Ausführungen Wasser-manns über die Kriegsziele des Kanzlers überhaupt nicht gebracht hatte. Heute sehen wir uns veranlaßt, die Rede des Staatssekretärs Helfferich in der Ernährungsdebatte nach dem „Berliner Tageblatt“ in ausführlicherer Form nachzutragen. Die Redaktion des „Vorwärts“.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Auch wenn ich mich wieder dem Vorwurf aussetze, mich mit meiner Rede irgendwo persona grata zu machen, muß ich auf diese Rede doch antworten. Wenn dem Vorredner am Herzen liegt, daß die Ruhe im Lande aufrechterhalten bleibt, so war seine Rede dafür nicht das beste Mittel. (Sehr richtig! — Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Präsident v. Batschi ist mit meiner Genehmigung zu einer dringenden und wichtigen Sitzung weggegangen. Er wird sofort wieder erscheinen. Ich behauere nicht, diese Genehmigung erteilt zu haben, weil ich glaube, daß praktische Arbeit für diesen Mann wichtiger ist, als die beste Parlamentsrede. (Sehr richtig! — Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Womit ich übrigens nicht gesagt haben will, daß wir eben eine solche „beste Rede“ gehört haben. (Lärmende Zurufe bei den Soz.: Wir lassen uns diese jortgesetzte Zensurerteilung nicht gefallen! — Vizepräsident Dr. Paasche versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen.) Ich kann ja warten, bis die Herren ruhig sind. (Neue lärmende Unterbrechungen bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe die Herren nun schon mehrfach vergeblich gebeten, die Ruhe zu bewahren. (Zurufe bei den Soz.: Wir lassen uns diesen überhebenden Ton nicht mehr gefallen! — Erst nach geraumer Zeit tritt Ruhe ein.)

Staatssekretär Dr. Helfferich (fortfahrend): Der Vorredner hat von unserer Ernährungssituation ein Bild entworfen, das lediglich die Schattenseiten in den düstersten Farben malte, während das Licht ganz fehlte. Niemand wird bestreiten, daß bei der Organisation unserer Volksernährung Fehler gemacht worden seien. Eine Schule war für diese Dinge nicht vorhanden, die Schule war das Leben selbst. Niemand wird auch bestreiten, daß im einzelnen Mißbräuche, Exzesse und Wucherungen vorgekommen sind. Von den Verbündeten Regierungen ist aber alles geschieden, um solche Auswüchse hintanzuhalten oder zu beseitigen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich muß es zurückweisen, daß irgendeine Rachlässigkeit oder Fahrlässigkeit unsererseits befangen ist. (Festiger Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es wird doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Schwierigkeiten und Entbehrungen keineswegs ausschließlich auf Mängel in der Organisation beruhen. Es ist auch nicht wahr, daß der Wohlhabende und Reiche heute noch genau so lebt wie vor dem Kriege. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Es ist wahr!) Nein, es ist nicht richtig. Es gibt keinen wohlhabenden Mann, der ein dicken Hebe hat (Lachen bei den Sozialdemokraten) und der heute noch genau so lebt wie vor dem Kriege. (Sehr richtig! rechts.) Von meinem Tisch zum Beispiel ist die Butter schon seit Wochen verschwunden. (Hört! hört!) Die Brotkarte, die Butterkarte, die Fleischkarte und all die anderen Karten

treffen den Wohlhabenden genau so wie den Armen.

(Sehr richtig!) Noch nie in der Weltgeschichte hat in einem Kriege ein Volk solche Entbehrungen durchgemacht wie unser Volk, und noch niemals waren diese Entbehrungen in dieser Weise auf die Wohlhabenden verteilt wie bei uns. (Sehr richtig! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Widersprechen muß ich auch den Hebertreibungen über die Verhältnisse auf dem Lande. Es ist sicher richtig, daß die Dinge auf dem Lande vielfach günstiger liegen als in den Großstädten. Das liegt aber in der Natur der Dinge. Wenn man dem Landwirt, der diese Dinge herstellt, alles wegnimmt, so hört er einfach auf, zu produzieren, und die Großstädte müssen verhungern. (Sehr richtig! rechts.) Das sind Rücksichten auf die Produzenten, die wir nehmen müssen, nicht weil uns die Produzenten als Klasse näher stehen, sondern im Interesse der Konsumenten. Wir können die Produktion nicht einfach totschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Nahrungungsplan Englands ist endgültig gescheitert. Wir können jetzt freier sprechen als vor einigen Monaten, wo wir mit Rücksicht auf das Ausland unserem Volke noch nicht sagen konnten, wie es um unsere Ernährung stand. Gätten wir das tun können, manche Erbitterung wäre nicht aufgetommen. Wir gebrauchen an Brotgetreide jährlich rund 18 Millionen Tonnen, von denen wir 18 Millionen Tonnen im eigenen Lande herstellen. Die vorjährige Ernte hat noch keine zwölf Millionen Tonnen betragen. (Hört! hört!) So etwas muß natürlich schärfste Wirkungen auslösen. Ähnlich liegt es mit den Futtermitteln. Die Gaserente betrug 1913 etwas über 9 1/2 Millionen Tonnen, 1914 etwa 9 Millionen Tonnen und im vorigen Jahr noch keine 6 Millionen Tonnen. Dazu kommt der Wegfall des Imports von Futtergerste aus Ausland und der fast völlige Wegfall der Einfuhr von Mais und ölhaltigen Futtermitteln. Wer will ungefähr diese Zahlen behaupten, daß die Entbehrungen, die das deutsche Volk heute durchmachen muß, vermeidlich sind? Auch die Herren auf der Linken werden, wenn sie einmal an die Regierung gelangen — ich möchte es meinerseits nicht erleben (Heiterkeit) — an diesen Dingen nichts ändern können, denn

das Wetter wird auch in Zukunft nicht geändert werden können.

Nach meiner festen Ueberzeugung wird die Geschichte einst anerkennen, daß das, was wir jetzt geleistet haben, trotz mancher Mängel und Fehler zu den Großtaten zu rechnen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Sehen Sie (zu den Sozialdemokraten), jetzt schweigen Sie! (Stürmische Heiterkeit.) Ich kann nur den dringenden Appell an Sie richten, daß Sie auf diese, durch keine menschliche Macht zu ändernden Verhältnisse bei der Darstellung der Dinge draußen im Lande Rücksicht nehmen. Das ist das einzige Mittel, um der Bevölkerung ein objektives und zutreffendes Bild von der Sachlage zu geben. Die Bevölkerung wird dann in Geduld tragen, was nicht abzuwenden ist. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob Sie es besser machen werden. Aber daß wir unser Bestes daran setzen, um die Ernährung sicherzustellen, davon sollten Sie überzeugt sein. Solche Reden erreichen das Gegenteil von dem, was das Interesse des Vaterlandes erfordert. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Beseitigen Sie den Wucher!) Die Ausführungen des Vorredners über die Wucherergerne zeugten von einem geradezu elementaren Mangel an Kenntnis der wirklichen Verhältnisse. Er hat zum Beispiel von dem Wuchergewinn der Vereinigten Pommerischen Meiereien gesprochen. Bei solchen Gesellschaften kommt es aber nicht auf die Höhe des Kapitals an, so wenig wie bei Ihren Konsumvereinen, sondern auf die Höhe des Umsatzes. Vergleichen Sie dann einmal den Umsatz mit dem Gewinn, und Sie werden sehen, daß ein Wuchergewinn von 200 Prozent zwar eine nach außen recht schon klingende, aber innerlich unwahre und hohle Behauptung ist. Hoffen Sie alle diese Dinge mit Ruhe und Objektivität auf, dann werden Sie zu einem gerechten Urteil kommen. (Weisfall.)

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung. Donnerstag, den 8. Juni, Mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten B i e r e d (H.) durch Erheben von den Plätzen.

Zunächst wird der Antrag der Regierung auf Vertagung des Landtags bis zum 14. November angenommen.

Es folgt der Bericht der Staatshaushalts-Kommission über die Lebensmittelfragen.

Nach der ausführlichen Berichterstattung der Abg. Hösch (L.) und Lippmann (Wp.) erhält das Wort

Abg. Hofer (Soz.):

Die Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung haben sich immer mehr verschlechtert. Die Organisation ist mangelhaft, die Maßnahmen erfolgen langsam und mit Laune. Die von der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften bei Kriegsbeginn geforderten Schritte sind heute noch nicht getan. Auf die Großagrarien wird alle Rücksicht genommen. Nun hat man einen Lebensmittelinspektor in der Person des Präsidenten des neuen Kriegsernährungsamtes geschaffen. Er hat versprochen, daß er zunächst einmal die Interessen der Konsumenten wahrnehmen werde, die Produzenten müßten für einige Zeit zurücktreten. Nach seiner durchaus agrarischen Vergangenheit wird er auf dies Versprechen sehr bald die Tat folgen lassen müssen, sonst wird das Volk zu der Meinung kommen, daß durch die neue Einrichtung nur die Hoffnung neu belebt werden soll. Er wird ein reiches Feld in seiner neuen Tätigkeit zu beackern finden. Dabei wird er sich nicht darauf beschränken dürfen, das vielfach ins Kraut gewachsene Unkraut auszurotten, sondern er wird ein von Grund aus neues System durchführen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Grenzen, die die einzelnen Bundesstaaten zwischen einander gezogen haben, müssen beseitigt werden. Das Volk versteht es nicht, daß der eine Bundesstaat von seinem verhältnismäßigen Ueberfluß dem anderen nichts abgibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es klafft auch ein großer Unterschied in der Ernährung auf dem Lande und in den Städten. Auf dem Lande lebt man zum Teil noch im Ueberfluß, während man in den Städten darbt. Hier muß eine bessere Verteilung stattfinden. Bei der Kartoffelversorgung haben die berufenen Stellen vollkommen versagt. Es ist unerhört, daß wir trotz der Rekord-Kartoffelernte diese hohen Kartoffelpreise und vor allem diese

Kartoffelknappheit

haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei könnte die Kartoffelfrage genau so leicht geregelt werden, wie die Brotverteilung. Unsere Vorklärung sind aber in den Wind geschlagen worden, weil man den Agrariern nicht wehe tun wollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will sie wiederholen. Werden sie dann wieder nicht befohlen, so weiß das Volk, wo es die Schuldigen zu suchen hat. Sofort nach der Kartoffelernte muß eine genaue Bestandsaufnahme der geernteten Mengen erfolgen. Im Ofen ist das sehr leicht auf Grund der Lohnlisten möglich, weil die Kartoffeln im Affordbystem gerundet werden. Aber auch dort, wo das nicht der Fall ist, weiß doch jeder Weiser, was er getan und geerntet hat. Auch können die geernteten Kartoffeln mit Leichtigkeit durchgemessen werden. Die Landräte lassen sich genau den Bestand angeben, die Zahlen der einzelnen Kreise laufen zusammen in der Reichskartoffelstelle. Diese kann dann genau bestimmen, wieviel Kartoffeln zu beschlagnahmen sind für die menschliche Ernährung. Die beschlagnahmten Kartoffeln

müssen von den Produzenten aufbewahrt werden, damit nicht wieder Hunderttausende der geernteten Kartoffeln verderben. Die Reichs-kartoffelstelle läßt sich jeden Monat oder zweiten Monat von den Kommunen deren Bedarf angeben und weist die einzelnen Kreise an, wohin sie zu liefern haben. Der Landrat kennt die Verhältnisse und kann von jedem Einzelnen Rechenschaft verlangen, wo seine Kartoffeln geblieben sind. Von dem Ausfall der Ernte wird es abhängen, welche Höchstpreise festzusetzen sind, und zwar für sämtliche Sorten von Kartoffeln. Wird die genügende Menge beschlagnahmt, so kann keine Zurückhaltung von Kartoffeln vornehmen wie im Vorjahre. Eine weniger ruhige, temperamentvollere Bevölkerung als die deutsche, hätte sich solche Zustände wie in der Kartoffelverfälschung bei uns nicht gefallen lassen. Es hätte eine solche Regierung zum Teufel gejagt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber auch beim Brotgetreide ist durchaus nicht alles einwandfrei geregelt. Ein großer Teil des Brotgetreides ist einfach verschwunden. (Eigentlich hätte nach der Ernte ein Fund Brot ohne Kartoffelzusatz auf den Tag und Kopf kommen müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Aber die Agrarier haben große Mengen Brotgetreide veräußert. Der Preis für Futtergetreide muß reduziert werden, um die Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern. — Die brennendste Frage ist jetzt die Versorgung des Volkes mit Fleisch und Fett. Der Jucker kann das Fett nie erziehen. Dazu müßte man Riesmengen Zucker konsumieren, die kein Mensch vertragen könnte. Zur Versorgung des Volkes mit Fleisch und Fett müssen ganz radikale Maßnahmen ergriffen werden. Der Vorschlag freilich, die Viehschlachtungen auf ein paar Monate ganz zu verbieten, ist undurchführbar und würde dazu führen, daß das Volk dem Hunger überliefert wird. Das Volk muß größere Fleischrationen bekommen. Bei den Schlachtungen müssen natürlich die Milchläse nach Möglichkeit geschont werden und auch die Kälberschlachtungen können fast ganz verboten werden, um einem späteren Viehmangel vorzubeugen. Gerade jetzt müßten wir eigentlich Ueberfluß an Milch haben, müßte Butter und Käse massenhaft in Reserve aufspeichern. Was soll werden, wenn nach wenigen Wochen die Milchproduktion schwächer wird.

So können wir die Dinge nicht weiter treiben.

Die Weiden werden in diesem Sommer wegen Viehnappheit nicht voll ausgenutzt, trotzdem dürften wir für den kommenden Winter zu viel Vieh haben. Das hat auch Abg. Hoff in „Berliner Tageblatt“ ausgeführt. Es fehlt aber an dem nötigen Kraftfutter, infolgedessen sehen die Tiere kein Fett an, so daß sich das Interesse der Landwirtschaft mit den Interessen des Volkes an größerer Fleischration deckt. Die Gemeinden müssen baldmöglichst festlegen, wie der Mindestbedarf an Fleischmahlung für die Bevölkerung ist, und wir verlangen, daß mehr Vieh enteignet, geschlachtet und zum Konsum gestellt wird. Das Volk hat den Krieg nicht gewollt, es hat nicht nötig, neben anderen Leibern auch noch den Hunger für die Interessen anderer auf sich zu nehmen. Die Agrarier wollen ihre Viehbestände retten, um nach dem Kriege wieder die Grenzen gegen die Fleisch-einfuhr überrennen zu können. Das Volk aber hat ein Interesse an der Einfuhr billigen Fleisches. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für Ferkel müssen Höchstpreise festgelegt werden. Auch die Landwirte dürfen nicht mehr Fleisch zur Verfügung haben als die übrige Bevölkerung. Das Federzucht muß darauf angerechnet werden. Viele Wohlhabende in der Stadt lassen sich Butter schicken. Die ärmere Bevölkerung kann das nicht. Der Höchstpreis wird massenhaft überschritten. Einheitsliche Butterverteilung wäre durch-aus möglich.

Alpisch ist von 30 Pf. auf 1,25 M. gestiegen, trotz des gewaltigen Preisrückgangs kostet eine Tonne Herings 180 M. und darüber gehen 38—45 M. vor dem Kriege. Der Lohn der Arbeiter ist zwar teilweise gestiegen, aber doch nicht um das Fünffache. Es wird hier ein unerhörtes Wucher getrieben und die Regierung duldet ihn. Wo bleiben die Höchstpreise für Herings? Trotz der Gemüseteuerung verlangt der Landwirtschaftsrat, daß keine Höchstpreise eingeführt werden und der Minister sich hat dem angeschlossen. Will die Regierung wieder zusehen, bis die Preise unerträglich hoch getrieben sind, so muß schließlich die Geduld des Volkes ein Ende haben. Es wird für Erhöhung der Milchpreise agitiert. Der Landwirtschaftsrat nimmt alle diese Treibereien in Schutz. Die Preise müßten reduziert werden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaftsläden können die Hälfte der Gelder kaum mehr bergen, die Volks-masse aber muß sich den Hungertrieben immer enger schließen. Trotzdem treiben die Agrarier die Preise immer weiter, was durch die Verteuerung der Produktion längst nicht gerechtfertigt wird. Die Sommerzeit hat den Arbeitstag der Landarbeiter um eine Stunde verlängert, die Regierung sollte dagegen einschreiten. Die riesen-profiten landwirtschaftlicher Betriebe könnten dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes Gelegenheit geben, im Interesse der Konsumenten seinen Diktatorgelüsten die Zügel schießen zu lassen. Bei der Kriegsteuer hat man

den Wucher mit Samthandschuhen angefaßt, die Bewucherer aber durch indirekte Steuern bestraft.

Werden Höchstpreise eingeführt, so ist alle Ware sogleich Auslandsware. Wegen den Ertragsmittelschwund und den Kettenhandel müßte viel energischer vorgegangen werden. Das Wort Wucher aber hatte die Zensur bis vor kurzer Zeit in Gewahrsam genommen. Heute darf es gebraucht werden, aber Versammlungen gegen den Lebensmittelschwund werden verboten. Immerhin scheint es erlaubt zu sein, die Mut des Volkes über die Teuerung und die Nappheit auf den Wucher abzuladen. Man scheint das deutsche Volk darüber täuschen zu wollen, daß die deutsche Landwirtschaft eben nicht in der Lage ist, das Volk zu ernähren, trotzdem weit befestigte Gebiete, der Wallon, ostfrieschen und aus Skandinavien eingeführt wird. Das agrarische Schutzollsystem, das seit 40 Jahren das deutsche Volk ausgeplündert und die industrielle Entwicklung gehemmt hat, hat Fiasco gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Seit Kriegsbeginn doktort man mit „sozialistischen“ Medikamenten herum, verfaßt jetzt schon auf Einführung der allgemeinen Volksspeisung und erzielt doch nichts Rechtes, weil nichts vorbereitet war. Konsequenterweise müßten die Agrarier und die Regierung mit aller Kraft für die Zukunft den Sozialismus einzuführen suchen. (Lachen rechts.) Wir werden natürlich unsere Ideen verbreiten unter Hinblick auf die Verständigung der Völker und den Völkerfrieden und sie werden in dem Boden, den der

Wahnsinn des Krieges

gefurcht hat und der gedüngt ist mit Strömen von Blut und Tränen, ein aufnahmefähiges Saatfeld finden. Das Volk wird einsehen, welche Leiden es unnötig infolge falscher und halber Regierungsmassnahmen hat erdulden müssen. Von den Reden und Verordnungen wird das Volk nicht satt. Jetzt soll die neue Ernte alles werden. Wir können nur wünschen und hoffen, daß es keine Jata Morgana ist. Hoffentlich soll nicht auch der neue Ernährungs-diktator nur ein psychologisches Moment sein. Herr v. Batocki hat sich schon für die kommunizistische Volksspeisung ausgesprochen. Wir verlangen, daß sie für alle durchgeföhrt wird, und daß alle aufgehäuferten Privatvorräte beschlagnahmt werden. Die herrschenden Kreise sind wohl selber über die Geduld des Volkes über-rascht gewesen. Es fängt an, in den Massen zu gären. Der Minister des Innern will ja energisch gegen die Ansammlungen vor den Läden vorgehen. Als im Winter die Menschen sich in Kälte und Kälte ansammelten, hat man sich damit abgefunden, jetzt will man durch Einführung von Kundenverzeichnissen Abhilfe schaffen. Allmählich hat sich die Milch der kommenden Denkart bei diesen Schlangen, den Buttern, Fleisch, Brottschlangen usw., in gärenden Drachengift verwandelt. Hören Sie nur die Gespräche dieser Leute an: „Wenn die Russen nach Berlin gekommen wären, hätte es uns nicht schlechter geben können!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt fürchten Sie, aus dem glimmenden Funken der Erkenntnis der Ursachen und Zwecke dieses Völkergemeckels könnte die Flamme der Empörung, der Re-

volution schlagen. Sie wollen dagegen vorgehen, kommen aber mit allem zu spät. Das Volk weiß, daß es hier hungern muß und draußen abgeschlachtet wird für die Interessen einer kleinen Clique von Kapitalisten. (Lebhafte Rufe: Zur Ordnung! — Präsi. Graf v. Schwerin-Löwit: Wegen dieser durchaus unangehörigen Ausführungen, die geeignet sind, die patriotischen Empfindungen des Hauses zu verletzen, rufe ich Sie zur Ordnung. — Beifall rechts. — Abg. Hoffmann: Geldfachs-empfindungen!) Das Volk hier und in den Schützengräben will endlich Frieden, Freiheit und Brot. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. (Abg. Adolf Hoffmann ruft der Rechten zu, daß sie nichts zu antworten wisse.)

Die Berichterstatter Abg. Hofer und Lippmann weisen die Ausführungen des Abg. Hofer als unpatriotisch, dem Auslande Material bietend und als längst widerlegt zurück.

Abg. Hofer (Soz.)

vertahrt sich entschieden dagegen, daß Abg. Hofer die von Hofer zitierte Äußerung aus dem Publikum darüber, wie es wäre, wenn die Russen nach Berlin gekommen sein würden, ihm (Hofer) in den Mund gelegt hat. Dadurch, daß ich meinen menschlichen Auf-fassungen Ausdruck gegeben habe, habe ich die Würde des Hauses nicht verletzt, sondern die Würde des Hauses gewahrt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Die Angriffe der Berichterstatter auf den Abg. Hofer waren ein Mißbrauch der Geschäftsordnung und verletzten die Gebräuche des Hauses bei Schlussworten von Berichterstattern. Wir verwahren uns gegen ein solches Vorgehen.

Präsident:

Die Geschäftsordnung beschränkt die Berichterstatter nicht in der Benutzung des Schlusswortes.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Die Schlussworte wurden nicht deshalb so gestaltet, weil Sie die Würde des Hauses verletzt glauben, sondern weil Sie sich da getroffen fühlen, wo Sie sterblich sind: an Ihrem Profit!

Die Ausschüsseanträge zu den Ernährungsfragen werden einstimmig angenommen. Ohne Erörterung stimmt das Haus der Denkschrift über Ostpreußen zu.

Freitag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr: Anträge betreffend Kriegszulagen usw.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Zensur und Demokratie.

Der freisinnige Abgeordnete Georg Gothein fordert im „Berliner Tageblatt“ vom 3. Juni ein Reichszensur-act. Die Mängel der Zensur, die den Anlaß zu so mancher ergebnislosen Debatte im Reichstag gaben, führt er darauf zurück, daß die Zensur von so vielen Stellen geleitet wird, die unabhängig voneinander und von einer zentralen Behörde, ihr Handwerk ohne allgemeinbindende Direktiven betreiben. Da sein Vorschlag und noch mehr seine Begründung kennzeichnend ist für die Methode der liberalen Politik, lassende Schäden der politischen Zustände durch harmlose Pflasterchen zu verdecken, lohnt es, mit einigen Worten auf die Darlegungen des Herrn Gothein einzugehen. Nebenbei haben politische Sturen dieser Art den Wohl nicht ganz ungewollten Erfolg, den harmlosen Leser vom Kernpunkt der vorliegenden Frage abzulenken.

Die Zensur sei niemals gut, meint Herr Gothein. So alt die Zensur sei, so alt seien die Klagen über sie. Aber im Kriege ist sie unerlässlich. Freilich fühlen, meint er weiter, gerade in kritischen Zeiten allerlei Leute das Bedürfnis, „die Richtlinien der auswärtigen Politik vorschreiben zu wollen. Sie übersehen dabei, daß es ihnen unmöglich ist, die wahren, inneren Zusammenhänge zu erkennen, die die Regierung nun einmal der Öffentlichkeit nicht preisgeben darf, ohne die Interessen des Vaterlandes aufs tiefste zu schädigen“. Und weil alle diese Leute die geheimnisvollen Zusammenhänge der auswärtigen Politik nicht zu sehen vermögen, müssen sie schweigen und abwarten. „Es zeugt“, erklärt Herr Gothein, „von einem bedauerlichen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, wenn Verbände, Professoren, Zeitungredakteure, Parteivorstände und Abgeordnete jetzt der auswärtigen Politik der Regierung Knüttel zwischen die Beine werfen“. Die Regierung steht, wie alle Kenner der wirklichen Zusammenhänge einer mimosenhaften Auslandspolitik wußten, solchen Anrempelungen plumper Vurschen hilflos gegenüber, denn sie darf die Geheimnisse nicht preisgeben, welche zur Widerlegung solcher Angriffe vorzubringen notwendig wäre.“

Wir möchten zunächst von neuem betonen, daß wir in diesem geheimnisvollen Wesen der Diplomatie keine Notwendigkeit, sondern einen Schaden sehen. Von den Demokraten — nicht von den Sozialdemokraten — der ganzen Welt wird gerade im Anschluß an die diplomatischen Erscheinungen, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgingen, die Unterordnung der Diplomatie unter demokratische Kontrolle gefordert. Wie ist sie aber möglich, wenn die Regierung allezeit das Recht haben sollen, unter Berufung auf die Sicherheit des Vaterlandes den Fragen aus dem Wege zu gehen, die in das Gebiet der Auslandspolitik greifen? Gothein spricht allerdings immer nur von kritischen Zeiten. Nach ihm ist das Schweige-gebot gegenüber allen Handlungen der Diplomatie gerade dann am heiligsten, wenn die Gefahr am brennendsten ist, daß durch eine fehlerhafte Politik Gut und Leben eines ganzen Volkes geopfert werden können. Und selbst für die Personen soll es bestehen, die vom Volke selbst zur Kontrolle der Regierung bestellt sind, für die Abgeordneten.

Aber obgleich wir als Demokraten grundsätzlich verlangen müssen, daß auch die Diplomaten der Volksvertretung Rechenschaft über alle ihre Handlungen abzulegen haben, wollen wir Herrn Gothein zugestehen, daß es Zeiten geben kann, in denen das Parlament selbst die Regierung von der Pflicht, unumwunden auszusprechen was ist, entbinden darf, vielleicht sogar entbinden muß. Ähnliche Situationen kommen im kleinen selbst innerhalb unserer Bewegung vor. Unsere Gewerkschaftsführer sind schon oft gezwungen gewesen, die Arbeiter in heissen Situationen aufzufordern, den Direktiven ihrer Vorstände zu folgen, ohne nach den Motiven zu fragen. Die Gewerkschaftsleitungen können sich aber in solchen Fällen Kritikern gegenüber darauf berufen, daß sie ihre Plätze vermöge des Vertrauens der Mitglieder innehaben. Und sie erhielten in den weitaus meisten Fällen durch Mehrheitsbeschluß der dazu berufenen Körperschaften das Recht zum Handeln nach eigenem Ermessen.

Das gleiche Entgegenkommen kann eine Volksvertretung einer Regierung erweisen, die durch das Vertrauen der Volksvertreter Regierung geworden ist, einer demokratischen Regierung. Eine bürokratische Regierung, deren Auftraggeber nicht das Parlament ist, kann dagegen

niemals damit rechnen, so weitgehende Befugnisse in die Hand zu bekommen.

Hier sehen wir des Pudels Kern. Kann uns Herr Gothein vielleicht sagen, welche Parteien oder Parteigruppen heute bereit wären, die Politik der Regierung ohne wesentliche Einschränkungen als parlamentarische Mehrheit zu decken? Wir glauben es nicht, und wir glauben nicht einmal, daß die Regierung selbst uns diese Frage beantworten kann.

Und daraus entspringt die allgem. eine Mißstimmung über die Zensur. Sie hat ihre Ursache nicht in den mehr oder minder äußeren Erscheinungen, die Herr Gothein sieht: Unverständnis der zensurgesessenen Militärs, Fehlen einer zentralen Leitung und Verschwendung usw. Niemand weiß genau, wohin der politische Wagen des Reiches gefahren werden soll. Daher fürchtet jeder, eines schönen Tages vor unabwendbaren Tatsachen zu stehen, die seinen eigenen politischen Wünschen zuwider sind. Darum haben alle politisch Denkenden das Verlangen, ihrer Meinung Ausdruck zu geben und ihre politischen Anhänger über ihre Stellung zu den wirklich nicht gleichgültigen Fragen der Zeit zu unterrichten. Und dabei müssen sie die Zensur der Bureaukratie als unerträglichen Hemmschuh empfinden.

Die Regierung glaubt aber, auf die Zensur nicht verzichten zu können, da sie bei ihrer Aufhebung den Ausbruch eines sinnverwirrenden und ohrenbetäubenden Lohwobohus erwartet. In einem wahrhaft demokratisch organisierten Staatswesen brauchte die Regierung die Kritik einer Minderheit niemals zu fürchten und zu unterbinden, da sie sich jederzeit, auch dem Auslande gegenüber, darauf berufen kann, daß ihr Amt das Vertrauensamt einer Mehrheit ist.

Das tägliche Brot.

Arbeiten des Kriegsernährungsamtes.

Das Kriegsernährungsamt hat am Montag und Dienstag die orientierenden Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen zum Abschluß gebracht. Mit Vertretern der Industrie wurde neben der Förderung der Schweinefleischmahlungen die schnelle Fürsorge für Schwerarbeiter durch Sonderzuweisungen von Nahrungsmitteln und die Förderung der Massenspeisung beraten, mit den Vertretern des Großhandels dessen Verhältnis zur Einfuhrfähigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft, mit denen des Kleinhandels dessen Heranziehung zur Nahrungsmittelverteilung durch die Kommunalverbände, seine Mitwirkung bei den Preisprüfungsstellen und die Maßnahmen gegen den Handel durch unlaute Elemente, vor allem den Letztenhandel. Scharfes Eingreifen zur Ausmerzungen unlaute Händler wurde dabei von den Handelsvertretern gefordert. — Mit Vertretern der Landwirtschaft, kleineren und größeren Landwirten aus den verschiedenen Teilen des Reiches wurden Fragen der Milch- und Butterlieferung, der Schlachtviehbeschaffung, der Hauschlachtungen, der Kartoffelverfälschung, der Ernterhebungen und des verfallenen Anbaues von Delstrüchen erörtert. Den Schluß bildete am Dienstag nachmittags eine eingehende Beratung mit Vertretern der Konsumvereine und sonstiger Konsumentenorganisationen, über Fleisch- und Fettversorgung und das Verhältnis der genannten Organisationen zu den Gemeinden und der Zentraleinkaufsgesellschaft, sowie über sonstige, das Konsumenteninteresse besonders berührende Fragen. Die Vorstandsmitglieder, Ministerialdirektor von Braun und Dr. Müller, hatten vorher über ihre Teilnahme an der Konsumentenversammlung am letzten Sonntag berichtet. — Sobald die Zeit es erlaubt, sollen noch Besprechungen mit den Vertretern anderer Kreise, insbesondere denen des Nahrungsmittelgewerbes folgen.

Auf Grund des durch die Besprechungen gewonnenen Ueberblicks hat der Vorstand eine Reihe von Maßregeln beschlossen oder ihrem Abschluß nahe gebracht, so neben der schon früher erwähnten Neuregelung der Butterverfälschung eine Verordnung wegen sofortigen Verbotes der Verfälschung zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln, eine Vermehrung der für den menschlichen Verbrauch und das Einmachen zur Verfügung gestellten Zuckermengen, die Zuweisung besonderer Brot- und Fettmengen an die unter Tage und vor dem Feuer arbeitenden Personen.

Im wesentlichen abgeschlossen sind die Beratungen über eingreifende Maßnahmen gegen den unlaute Handel. Weitere Arbeiten, die schon in Angriff genommen sind, werden in neuen Vorstandssitzungen, die in der Woche nach Pfingsten stattfinden, zum Abschluß gebracht werden. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes begibt sich heute zu Verhandlungen auf einen Tag nach München. Die anderen Hauptstädte der größeren Bundesstaaten sollen, sobald es die Geschäftslage zuläßt, gleichfalls besucht werden. Nach Pfingsten will der Vorstand eine Vereisung der rheinisch-westfälischen Reviere vornehmen, während die anderen besonders wichtigen gewerblichen Mittelpunkte durch einzelne Vorstandsmitglieder aufgesucht werden sollen. (W. T. D.)

Lokale Ausführverbote.

Eine Bekanntmachung des Bundesrats ordnet an, daß bei örtlichen Ausführverboten und Ausführbeschränkungen oder Maßnahmen, die in ihrer Wirkung Ausführverboten und Ausführbeschränkungen gleichkommen, der Reichszensur ein Einspruchsrecht erhält. Das Einspruchsrecht, das vom Reichszensur im Interesse der Gesamtversorgung geltend gemacht wird, erstreckt sich auch auf die schon bestehenden Ausführverbote usw. Sie sind dem Reichszensur vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Der Reichszensur hat sich jedoch, ehe er das Verlangen stellt, mit der beteiligten Landesregierung ins Benehmen zu setzen.

Die tatsächliche Ausübung der neuen Befugnis wird nicht in den Händen des Reichszensur selbst, sondern in denen des neuen Kriegsernährungsamtes liegen.

Manche lokale Ausführbeschränkungen haben die Versorgung der städtischen Verbraucher, andere (z. B. die für Zuchtvieh und Futtermittel) die Nahrungsmittelproduktion selbst gestört und geschädigt. Nach dem amtlichen Nachrichtendienst kann eine unterschiedslose Aufhebung aller örtlichen Ausführbeschränkungen nicht in Frage kommen, nicht wenige von ihnen sind nötig, um die erforderliche und berechnete Bedarfsdeckung der lokalen Bevölkerung sicherzustellen.

Herabsetzung der Kälberpreise.

Zur Hebung unserer durch den Krieg beeinträchtigten Viehbestände hatte vor einiger Zeit die Reichsregierung die Zahl der Kälberschlachtungen auf die Hälfte herabgesetzt. Mit dieser Maßnahme sollte einmal eine Steigerung der Milchzeugung durch Aus-zucht von Milchkühen und ferner eine größere Zuführung von Fleisch in unsere Lebensmittelversorgung erreicht werden. Der Zentralviehhändlerverband hat neuerdings noch eine weitere Maßregel zur Einschränkung der Kälberschlachtungen getroffen, indem er die ihm

Aus dem Briefe einer Zurückgebliebenen.

Ihr fragt in Euerem letzten Briefe an, wie es uns „Stroh- witten“ hier geht, was wir treiben, und wie wir uns am besten über das Alleinsein hinwegsetzen. Man merkt aus allen Euren Schreiben, daß Ihr niemand, der Euren Herzen nahesteht, drauhen habt, daß Ihr um keines Menschen Gesundheit und Wohlergehen bangt, daß Euch dieser furchtbare Weltkrieg noch keine schloßlosen Nächte verursacht hat, sonst könntet Ihr nicht mit solchem lächelnden Behagen all eure kleinstädtischen Geschäfte aufzählen und diesen furchtbaren aller Kriege nur so nebenbei erwähnen, so, als ob es nun einmal zum guten Ton gehört, etwas wie Herz und Gemüt zu zeigen. Wenn Ihr Söhne hättet, würde es vermutlich anders sein, dann würdet Ihr all das Grausige gewissermaßen am eigenen Leibe erfahren, so aber stehen Euch die Männer Eurer Entstellungen fern, es ist nicht Fleisch von Euren Fleisch. Man sagt, wenn Menschen in vorgerücktem Alter zu einer anderen Ansicht belehrt werden sollen, so muß etwas geschehen, das sie von Grund auf aufrührt. Demnach muß dieser Krieg noch nicht grausig genug sein, daß er bei Euch alles beim alten gelassen hat. Und hat er gänzlich gewandelt. Doch ich will mit Euch nicht rechten.

Schon von Beginn des Krieges an habe ich mich mit dem Gedanken vertraut gemacht, auch meinen Mann, trotzdem er ungedienter Landsturm und hochgradig kurzfristig ist, diesem furchtbaren Kriege zum Opfer bringen zu müssen. Und richtig, eines Tages flog das ominöse Schriftstück, die Bestellungsbefehle, uns ins Haus. Was man solange als geheime Hoffnung tief im Innern genährt hatte, daß der Krieg zu Ende sei, ehe der betreffende Jahrgang an die Reihe kommt, war verfliegen. Vorbei auch die allabendliche geheime Anrede beim Nachhausekommen, die Erfüllung war da. Wohl Euch, daß Ihr es nie durchmachen müht, dieses letzte Kofferpacken, jedes Stück von Tränen beneht, ehe es in ihm seinen richtigen Platz fand. Und wieviel Annuhes machte die Reise nach der Garnison mit. Wieviel Bedürfnisse hat nicht ein Kulturmensch und mag er in noch so primitiven Verhältnissen leben. Ich machte zwar meinen Mann auf verschiedene Unmöglichkeiten aufmerksam, gewichtig durch Gespräche mit Soldaten, doch blieb er meinem Zureden gegenüber taub, da er noch weniger als ich vom preussischen Kasernenleben wußte. Natürlich schickte er mir den größten Teil zurück, als er ins Feld rückte.

Trotz vielen Abtrats begleitete ich meinen Mann nach Schöneberg; sogar auf dem Kasernenhof war ich, wir waren also tatsächlich bis zum letzten Augenblick zusammen. Schon hier bekam man einen Vorgeschmack vom Soldatenleben.

Nach sechsständigem Warten auf dem Kasernenhof marschierten wir alle nach dem Ostbahnhof, wo die Eingezogenen nach Königsberg verladen wurden. War man vorher noch einigermaßen bei Stimmung, soweit man sich in der Gewalt hatte, hier schlug es um, denn die Trennungsstunde war da. Es gehört wohl mit zu dem Erschütterndsten, was es gibt, Männer weinen zu sehen, hier sah man es — und dazu die Frauen und Kinder. Ein letzter Händedruck, ein letztes „Auf Wiedersehen“ und fort waren sie.

Wir Zurückgebliebenen wanderten nun nach den einsamen Heimstätten. Wohl den Frauen, die Kinder haben, sie kommen leichter über das Alleinsein fort, aber wir Alleinlebenden, die wir ganz ineinander aufgingen, vermissen den Abwesenden um so mehr. Unheimlich fühlt man sich in seiner eigenen Wohnung, und es dauert geraume Zeit, bis man das Schlimmste überstanden hat. Und doch braucht man sich noch keine Sorgen zu machen, noch steht der Mann nicht täglich, fründlich sein Leben aufs Spiel. Bis man sich aber zu dieser Ansicht durchgerungen, hat es einem schon viel Nervenkraft gekostet. Schnell, viel zu schnell ist die Ausbildungszeit herum, und eines Tages überbrachte mir der Telegraph die Nachricht, daß mein Mann ins Feld gerückt ist.

Ich ist das erste Lebenszeichen aus Feindesland von ihm erhielt, war ich mehr tot als lebendig, nur der Arbeit habe ich es zu danken, daß ich über alles hinwegkam. Nun setzte auch das gegenseitige Schreiben wieder ein, das auch zur Veruhigung beiträgt. Glücklich schätz man sich, wenn man für den Mann sorgen, ihm Pakete schicken, etwas zu seinem Wohlbestehen beitragen kann.

Ich weiß nicht, ob Ihr Euch in Verhältnisse denken könnt, wo man vier Wochen und länger ohne Nachricht vom Mann ist, und wenn ein Brief kommt, so liegen schon mehrere Tage dem Schreiben an gerechnet dazwischen; was kann inzwischen nicht alles schon passiert sein, trohaldem ist man froh.

Da kam die Nachricht von der Verwundung meines Mannes. Als ich las, daß sie nicht allzu schlimm sei, war meine Freude groß, wußte ich ihn doch für eine Weile geborgen. Gleich gibt man wieder der Hoffnung Raum, daß der Krieg bis zur Teilung vorüber sei. Sofort setzte ich alle Hebel in Bewegung, fuhr nach Mainz und hatte das Glück, wie meinen Mann nach Berlin mitnehmen zu können. Ueber das Wiederleben löst mich hinweggedenken. Nun aber geht der Teilungsprozeß mit riesigen Schritten vorwärts und es ist noch kein Ende dieses mörderischen Ringens abzusehen. Zum zweitenmal werde ich ihn hergeben müssen und wie, oder wird er überhaupt wiederkommen? Das letztere ist aber mahobend, wird er wiederkommen, das Wie ist mir gleich. Wir Arbeiter stehen fest auf eigenen Füßen; habe ich solange mein Teil dazu beigetragen, Rot und Glend von uns fern zu halten, werde ich es noch länger tun.

Ihr seht also, daß ich mich noch immer nicht, oder besser, noch nicht wieder zu Euren Anschauungen bekehrt habe. Nach habe Euch nun einen kurzen Wehrbild gegeben, da Ihr dem Anschein nach das Märchen von den Schlagabne essen und in den Erfrischungsräumen stehenden Kriegerfrauen geglaubt habt. Wir haben hier andere Sorgen und diese mehren sich von Tag zu Tag. So wie es mir geht, geht es Tausenden. Verwahren mühte ich mich aber gegen die Art, wie Ihr dort in der engen Heimat über uns Kriegerfrauen in den Städten herfallt, Ihr, die Ihr es unsern Männern mit zu verdanken habt, daß Ihr ruhig auf Eurer Scholle sitzen könnt. . . .

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet ihr Abonnenten S. 17, Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wuchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Pfingstsonnabend, 1. und 2. Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

G. R. 3. 1. Ein rechtlicher Anspruch darauf besteht nicht. 2. Der Abwender des Vaters möge Anspruch auf Schadenersatz bei der Waise stellen. — G. R. 3. 1. Wenn einer der Eltern zum Unterhalt der Eltern beigetragen hat, können die Eltern Unterstützung beantragen. 2. Bis zum Tage der Einziehung müssen Steuern gezahlt werden. 3. Darüber ist uns nichts bekannt. — Hermann 47. Wenden Sie sich an den amerikanischen Konsul. — C. W. 100. Rein. — Sichel. Verlangen Sie von der Polizei die Herausgabe Ihres Verzeichnisses. — C. R. 2. 1. Eine bestimmte Einkommensgrenze ist dafür nicht vorgesehen, das richtet sich nach Ihren persönlichen Verhältnissen. Der Verbleib der Frau wird dem Einkommen zugerechnet. Sie können zur Unterstützung der Mutter verpflichtet werden. 2. Ferner mühte die Unterstützung zahlen. 3. Die Sache ist noch nicht geregelt. — G. R. 32. Sie müssen die Steuern bis März 1915 zahlen. Die Einschätzung erfolgt nach Ihrem jetzigen Einkommen. — D. 96. 1. Ja. 2. Wenn mit Ihrem und der Waise Einkommensverhältnis der Vertrag zum 1. Oktober gelöst wird, können Sie zu diesem Termin ziehen, sonst sind Sie an den Vertrag gebunden. 3. Die Polizei befehlt sich mit dieser Sache nicht. — M. 99. Sie müssen zur Einleitung der Ehe-scheidungsangelegenheit einen Anwalt haben, da die Klage beim Landgericht zuständig ist.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittig. Zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt und unbeständig mit öfter wiederholten Regenfällen; Temperaturen ziemlich mild.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reußh. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

angeschlossenen Viehhändlerverbände ersucht hat, die Preise für Kälber vom 1. Juni ab um 10—20 M. für den Zentner herabzusetzen. Diese neuen Höchstpreise sollen betragen für den Zentner 60 M. für Kälber bis zu 100 Pfund, 80 M. bis zu 150 Pfund, 100 M. bis zu 200 Pfund und darüber hinaus 120 M. Für schwerste Ware (Kastkälber und Doppelländer über 200 Pfund Lebendgewicht) dürfen also von jetzt ab nur noch 120 M., statt wie bisher 140 M. für den Zentner gezahlt werden. Durch die Festsetzung der neuen Höchstpreise für das ganze Reichsgebiet, die erheblich niedriger sind als die früher von dem Viehhändlerverbänden bezahlten, wird der Züchter verfolgt, der in der letzten Zeit sehr stark hervorgetretenen Neigung zur Abstoßung der Kälber, die der Aufzucht gefährlich zu werden drohten, entgegenzutreten. Durch die erhebliche Preisherabsetzung soll namentlich der Anreiz zur Kastkälberaufzucht, zu der auch viel Milch und Eier verbraucht werden, vermindert und die Verwendung von Milch bei der Kälberzucht eingeschränkt werden.

Von einer großen Anzahl von Gemeinden sind nun Höchstpreise für den Kleinhandel mit Kalbfleisch festgesetzt, die nach den früher gezahlten Stallpreisen für Kälber bemessen waren. Diese Stallpreise sind aber seit dem 1. d. M. außer Geltung gesetzt und an ihre Stelle ist der erheblich niedrigere Stallpreis des Zentral-Viehhändlerverbandes getreten. Es darf erwartet werden, daß in aller nächster Zeit auch die Kleinhandels-Höchstpreise für Kalbfleisch gemäß dem neu festgesetzten Stallpreis von den Gemeinden entsprechend herabgesetzt werden.

Kommen wir durch?

Der amtliche Nachrichten dienst für Ernährungsfragen schreibt: Schon jetzt läßt sich übersehen, daß die Bevölkerung bei gleichmäßiger Rationierung ungenügend und ausreichend ernährt werden kann und daß mit der neuen, voraussichtlich guten Ernte bessere Zeiten kommen.

Die Brotkarte überweist jedem Verbraucher der auf rund 70 Millionen zu schätzenden Bevölkerung wöchentlich 1900 Gramm Brot, das mit 20 Proz. Kartoffelzusatz hergestellt wird. Unter Einrechnung der Mahlverluste, des Ausmaßes der Getreide von 80 Proz., der Verluste an Kartoffeln durch Schäl-, Schwund und Fäulnis und unter Einrechnung des benötigten Saatgutes würden rund 7 Millionen Tonnen an Getreide, Roggen und Weizen benötigt werden. Da der Verbrauch der Armee einen stärkeren Durchschnitt als den hier angenommenen aufweist, außerdem die Korn- und Mehlverwendung für andere Zwecke — Kaffeesatz, Kuchenherstellung usw. — in Frage kommt, so erhebt sich ohne weiteres, daß selbst die Rüberrnte des Jahres 1915 mit rund 13 Millionen Tonnen ausreichte und daß die für 1916 zu erwartenden höheren Ernteerträge keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die Brotationen unbedingt gedeckt sind.

Der Kartoffelbedarf für die Bevölkerung — nimmt man sehr reichlich 8—10 Pfund für die Woche und den Kopf der Bevölkerung an — würde sich einschließlich des Bedarfs an Kartoffeln für die Brotherstellung und einschließlich von vornherein zu veranschlagender Verluste durch Schwund und Fäulnis auf rund 15 bis 18 Millionen Tonnen stellen. Tatsächlich werden in Deutschland rund 50 Millionen Tonnen erntet, so daß unter Abzug des Saatgutes und der unausbleiblichen Verluste noch eine gewaltige Reserve für die Verfeinerung verbleibt.

Nimmt man auf den Kopf der Bevölkerung wöchentlich einen Butterverbrauch von 125 Gramm und einen Milchverbrauch von täglich 1/2 Liter Milch an, so läßt sich berechnen — unter Zugrundelegung einer täglichen Erzeugungsmenge von acht Litern Milch für die Kuh — daß für die Erzeugung der Molkereierzeugnisse (Butter und Milch) ein Bestand von 4 250 000 Kühen notwendig ist. Da nun zur Zeit ein großer Teil der Kühe den angenommenen Ertrag nicht erreicht, die Zahl der vorhandenen Kühe aber wesentlich größer ist, wird es darauf ankommen, den Milch-ertrag durch bessere Futteraufzucht zu heben, um jeder Sorge für die Aufrechterhaltung der Milch- und Butterration entbunden zu sein.

Zu ähnlichem Ergebnis kommt man für den Fleischverbrauch. Bei einer Zuteilung von wöchentlich 1/2 Pfund Schweinefleisch, Wurst oder Speck auf den Kopf der Bevölkerung und wöchentlich 1/2 Pfund Rindfleisch und an Stelle dessen in jeder 7. Woche 1/2 Pfund Hammelfleisch würden unter Einrechnung von 40 Proz. Schlachtverlust rund 15,8 Millionen Schweine — ausgemästet 2 Zentner schwer —, 8 500 000 Rindvieh und rund 4,67 Millionen Hammel benötigt werden. An Milchvieh und Fleischvieh würden also rund 7 1/2 Millionen ausgemästete und vollen Milch-ertrag liefernde Kühe benötigt werden.

Alle diese Zahlen finden in den vorhandenen Viehbestandszahlen ausreichende Deckung. Nur die Mastungs- und Molkereierzeugung genügt noch nicht. Sie muß möglichst herbeigeführt werden. Es wird alles darauf ankommen, dieses Ziel zu erreichen. Die Rationen sind dann zweifellos gesichert.

In dieser Berechnung liegt die Gewissheit, daß wir durchkommen, aber auch die Erkenntnis, daß noch einige Zeit der Einschränkung überwunden werden muß, um zu besseren Verhältnissen zu kommen.

Die Rechnung mag schon stimmen; aber wie sieht's in Wirklichkeit aus?

Zur Massenspeisung.

In Köln sprachen sich elf öffentliche Frauen- versammlungen, die von unseren Genossinnen einberufen waren, für die Speisegemeinschaft für alle aus. In einer Entschliebung erklären die Frauen, bei den heutigen Schwierigkeiten gern auf die Einzelspeisung verzichten zu wollen. Auch mache die jetzige Jagd auf Lebensmittel und das Stehen vor den Läden das Familienleben und die Erziehung der Kinder unmöglich. Die Beschaffung der Nahrungsmittel dürfe nicht mehr von der Güte des Geldbeutels abhängen.

Zur Frage des Gemüsepreises wurde folgendes Telegramm an Herrn von Batocki abgefaßt: „11 Frauenversammlungen im Kölner Stadtgebiet teilen mit:

Gemüsepreise in Köln trotz reichster Ernte in benachbarten großen Erzeugungsgeländen wiederholt auf das Drei- bis Fünffache der Friedenspreise hinausgetrieben. Einmütige scharfe Kritik der Presse aller Richtungen und alle Eingaben an Behörden erfolglos geblieben. Bei gleichzeitigem Zeitmangel schwebende Unterernährung weiter Bevölkerungsschichten. Wachsende Erregung in der Arbeiterklasse und im Mittelstande, beunruhigende Auftritte auf den Märkten. Preisregelndes Einschreiten unverzüglich geboten.“

Aus der Partei.

Gründung einer Sonderorganisation.

Wie die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ (Duisburg) mitteilt, hatten die entlassenen Redakteure Schoch und Winstler zu vergangenen Sonntag eine Sitzung einberufen, die sich mit der Gründung eines neuen sozialdemokratischen Vereins beschäftigten sollte. Etwa 15 bis 20 Personen waren erschienen. Schoch hatte das Referat übernommen. Der Einberufer der Sitzung, ein früherer Genosse Kampfer fordert zum Schluß die Versammelten auf, aus der Partei auszutreten, die „Arbeiterzeitung“ abzubeziehen und in den neuen sozialdemokratischen Verein einzutreten. Etwa 6 oder 7 Personen meldeten sich zur Aufnahme.

Wir halten das Vorgehen der Genossen für völlig verfehlt, ihnen sollte doch klar sein, daß sie sich selbst damit schaden und sich außerhalb des Rahmens der Partei stellen.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In einer Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Dresden-Neustadt (Abgeordneter Wilhelm Bud)

wurde im Geschäftsbericht dargelegt, daß der Mitgliederbestand von 14 228 in 1914 auf 8898 in 1915 und 5414 in 1916 gesunken ist. Diesen Zahlen entspricht der finanzielle Abschluß. Die Abonnenten der „Dresdener Volkszeitung“ sind von 15 904 in 1914 auf 12 889 in 1915 und 9888 in 1916 gesunken. In vierstündiger Debatte wurde vornehmlich der Parteistreit behandelt. Es sprachen fünf Redner der Opposition, gegen die sich die Genossen S i n d e r m a n n und Bud wandten. Die Verhandlungen wurden schließlich vertagt, nachdem die Resolutions für den Vorstand vorgenommen worden waren. Die Genossen der Opposition hatten für die wichtigsten Posten aus ihren Reihen Kandidaten vorgebracht, die aber nur wenige Stimmen erhielten. Für die Fortsetzung der Verhandlungen liegen drei Resolutionen vor. Eine davon verurteilt die „Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit“ und die „Gewaltspolitik des Parteivorstandes“. Sie protestiert auch gegen die Schreibweise der „Dresdener Volkszeitung“, die „mit den Forderungen des Sozialismus nichts gemein“ habe und macht diese für den weiteren Abonnentenschwund verantwortlich. Eine andere Resolution stellt sich auf den Boden der Landesverteidigung, fordert aber, da die Regierung der Ausbeutung des Volkes nicht entgegengetreten sei und den Belagerungszustand nicht aufgehoben habe, zur Verweigerung aller weiteren Kriegskredite auf. Die dritte Resolution ist vom Genossen Bud eingebracht. Sie bekämpft eine Verlesung programmatisch festgelegter Grundsätze oder internationaler Beziehungen durch die Kreditbewilligung, bedauert die Gründung der Arbeitsgemeinschaft und verurteilt jeden Versuch einer Zerstückelung oder Betätigung in Sondervereinigungen. In 14 Tagen soll die Versammlung fortgesetzt werden.

Merklblatt.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat nachstehendes Merklblatt herausgegeben, das vielen Angestellten und deren Verwandten als guter Führer dienen kann:

- A) über die Anrechnung der Kriegsdienstzeiten als Beitragszeiten für die Angestelltenversicherung und B) die Rückzahlung der für Kriegsdienstzeiten entrichteten Beiträge.

A.

1. Nach der Verordnung des Bundesrats vom 26. August 1915 werden die Zeiten, in denen Versicherte im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder der österreichisch-ungarischen Monarchie Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben, soweit sie in vollen Kalendermonaten bestehen, auf die Wartezeiten und bei Berechnung der Versicherungsleistungen an Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten nach dem Versicherungsgeetze für Angestellte als Beitragszeiten angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen.

2. Sind Beiträge für die Zeit der Kriegsdienstleistung entrichtet und auf dem Konto des Angestellten verblieben (vergleiche unten Nr. 14), so findet eine Anrechnung dieser Kriegsdienstmonate als Beitragszeiten nach Nr. 1 nicht statt; die vorhandenen Beiträge kommen aber als freiwillige Beiträge zur Anrechnung.

3. Angerechnet werden ohne Beitragsleistung nur die vollen Kalendermonate des Kriegsdienstes; die Anrechnung des Monats August 1914 ist daher in der Regel ausgeschlossen, da der erste Mobilmachungstag auf den 2. August 1914 fiel.

4. Für die Anrechnung ist die Gehaltsklasse des letzten, dem 1. August 1914 vorhergehenden Monats maßgebend, für den ein Pflichtbeitrag oder von freiwillig Versicherten ein freiwilliger Beitrag entrichtet ist. Für Angestellte, die erst nach dem 31. Juli 1914 versicherungspflichtig geworden sind, ist die Gehaltsklasse des letzten Pflichtbeitrags maßgebend, der vor Eintritt des Kriegsdienstes geleistet worden ist. Sind in dem in Betracht kommenden Monat Beiträge nach einer Gehaltsklasse und nach § 172 a. a. O. gezahlt worden, so kommt nur der Beitrag nach der Gehaltsklasse in Ansatz. Sind in dem in Betracht kommenden Monat nur Beiträge nach § 177 a. a. O. geleistet, so ist die Gehaltsklasse E maßgebend.

5. In den Fällen des § 800 a. a. O. wird nur die von den Arbeitgebern nach § 802 Abs. 1 a. a. O. gezahlte Beitragshälfte (Arbeitgeberbeitrag) angerechnet.

6. Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit kommt in Betracht für das Ruhegeld und die Hinterbliebenenrenten, nicht aber für andere Leistungen des Versicherungsgeetzes für Angestellte.

7. Die Kriegsdienstzeit wird durch die Militärpapiere (z. B. die Militärpässe) nachgewiesen, aus denen auch die Dauer des Kriegsdienstes genau zu ersehen ist.

8. Die für die Kriegsdienstzeit anzurechnenden Beiträge auf den nach § 182 a. a. O. zu führenden Versicherungskonten zu vermerken sind, ist nicht vorgeschrieben, es würde an sich ausreichen, wenn bei dem Antrag auf Ruhegeld oder Hinterbliebenenrenten die Militärpapiere mitingereicht würden. Im Interesse der Klarheit der Konten werden jedoch nach Beendigung des Krieges nach und nach die Konten der Kriegsteilnehmer um die anzurechnende Kriegsdienstzeit vervollständigt werden. Zu diesem Zwecke werden die Militärpapiere der Kriegsteilnehmer von hier aus gelegentlich der Verendung der Kontoauszüge eingefordert werden.

9. Den versicherten Kriegsteilnehmern wird daher empfohlen, ihre Militärpapiere zum Zwecke der Eintragung der für die Kriegsdienstzeit anzurechnenden Beiträge vorläufig unaufgefordert an die Reichsversicherungsanstalt nicht einzusenden, sondern abzuwarten, bis die Aufforderung zur Einsendung an sie ergeht.

10. In die Versicherungsart werden die für die Kriegsdienstzeit anzurechnenden Beiträge von der Reichsversicherungsanstalt nicht eingetragen, so daß von Einsendung der Versicherungsart an die Reichsversicherungsanstalt abzusehen ist. Es steht dem Angestellten frei, die Eintragung selbst zu machen.

B.

11. Beiträge, die für die vollen Monate der Kriegsdienstzeit (siehe oben Nr. 1, 3) entrichtet worden sind, werden, soweit sie nicht nach § 398 a. a. O. schon zurückerstattet sind, dem Arbeitgeber auf seinen an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollern-damm 188/189 portofrei zu richtenden Antrag ohne Zinsen zurückerstattet. Der Arbeitgeber hat dem Angestellten den von ihm eingezogenen Beitragsteil zu erstatten.

12. Der Angestellte ist nur dann zur Stellung eines solchen Rückzahlungsantrages berechtigt, wenn er die Beiträge als freiwillige Versicherungsbeiträge selbst an die Reichsversicherungsanstalt eingezahlt hat.

13. In dem Rückzahlungsantrag sind Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsort der in Frage kommenden Versicherten, die vollen Kriegsdienstmonate, für die auf das Konto des einzelnen Versicherten Beiträge gezahlt worden sind, diese Beiträge selbst und ihre Zahlungstage im einzelnen genau anzugeben. Dem Antrag müssen die Militärpapiere der Versicherten oder besondere Bescheinigungen der Militärbehörden beigelegt werden, aus denen der Tag des Eintritts in den Kriegsdienst und die ununterbrochene Dauer des Kriegsdienstes für die Zeiten, für welche die Rückerstattung von Beiträgen beantragt wird, ersichtlich ist. Für die Ausstellung dieser Bescheinigungen kommen allein die Truppenteile in Frage, nicht etwa das Zentralnachweiskureau des Kriegsministeriums.

14. Der Antrag auf Rückerstattung von Beiträgen kann schon jetzt und muß spätestens 6 Monate nach Ablauf des Monats gestellt werden, in welchem der Frieden geschlossen worden ist. Beim Fehlen eines Friedensschlusses beginnt der Lauf der Frist mit dem Schlusse desjenigen Jahres, in welchem der Krieg beendet ist.

15. Für die Entscheidung über die Rückerstattung von Beiträgen gelten die §§ 210 folg. a. a. O. entsprechend.

16. Für solche Versicherte, welche in dem nach Nr. 4 maßgebenden Monat bei einer zugelassenen Gehaltsklasse (§§ 802 folg. a. a. O.) versichert waren, gelten die vorstehenden Bestimmungen aus der Verordnung des Bundesrats vom 26. August 1915 nicht.

Die Erhaltung der diesjährigen Obsterte.

Die preussischen Reformminister haben vor einigen Tagen folgende Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsterte bekanntgegeben:

Die in diesem Jahre der Bevölkerung zur Verfügung stehenden geringen Zudermengen zwingen unbedingt dazu, die Obsterte in weitestgehendem Umfange ohne Zucker zu erhalten...

Da Zucker eingemachtes Obst einerseits nicht nur süßt, sondern auch haltbar macht, und da andererseits zuckerarmes, eingemachtes, aber nicht sterilisiertes Obst leicht verderbt (gärt, essigsaftig wird usw.), ist in den Fällen, wo Zucker angewendet wird, nicht etwa an Zucker zu sparen, sondern nach bewährten bisherigen Vorschriften zu verfahren.

Kepfel und Birnen werden, soweit sie im natürlichen Zustande längere Zeit haltbar sind, zweckmäßig in dieser Form in geeigneten Räumen aufbewahrt und erst allmählich unmittelbar bearbeitet oder verzehrt.

Im übrigen empfiehlt es sich, Äpfel, Birnen und Pflaumen in möglichst großem Umfange zu trocknen (in Backöfen, Bratöfen usw.), da getrocknetes Obst im Laufe des Jahres noch verschiedenen Richtungen hin Verwendung finden kann.

Unreife Stachelbeeren, reife (aber nicht überreife) saure Kirichen (mit einem Tuch sauber abgewischt) und Rhabarberstengel (in kleine Stücke zerschnitten) lassen sich in gut verschlossenen Flaschen ohne zudorige Erhitzung längere Zeit in sehr kühlen Räumen aufbewahren (die fest eingefüllten Rhabarberstängel und unreifen Stachelbeeren können auch zunächst mit abgekochtem und dann erkaltem Wasser übergossen werden).

In den sonstigen Fällen kommt Erhitzung und, soweit Sterilisation nicht durchführbar ist, Anwendung eines chemischen Konservierungsmittels in Betracht, um eine haltbare Dauerware zu bekommen.

Die Sterilisierung bezweckt die Vernichtung der vorhandenen Fermenterzeuger (Bakterien und Pilze) sowie die Verhinderung des Eindringens weiterer derartiger Kleinlebewesen. Infolgedessen kommen für die Sterilisierung im Haushalte Gebälge mit entsprechendem Verschluss (Weckgläser, Glasflaschen mit gut schließenden Verschlüssen oder verschraubten Korke sowie mit Gummiverchlüssen — sogenannte Patentflaschen) in Betracht. Als Korke können auch alte, zunächst in kaltem Wasser eingeweicht und alsdann kurze Zeit (eventuell unter Aufsicht von etwas Salzsäure) gelochte Korke Verwendung finden; lange Korke — z. B. von Weinsäure — können in mehrere dicke Scheiben zerlegt werden und so zum gleichzeitigen Verarbeiten mehrerer Flaschen dienen. Zum Verladen ist nicht nur Flaschenlad, sondern auch Pack- und Harz geeignet.

Als chemische Konservierungsmittel kommen nur solche in Betracht, deren Genuß in den zur Haltbarkeit erforderlichen Mengen die menschliche Gesundheit zu gefährden nicht geeignet ist.

Es sind dies Benzoesäure und auch Ameisensäure. Benzoesäure wird am zweckmäßigsten als Benzoesäures Natron benutzt, ein weißes Pulver, das sich leicht dosieren läßt, und von dem 1 Gramm auf 1 Kilogramm Früchtmasse, eingedickter Fruchtstoff und dergleichen zur Haltbarmachung genügt. Mehr als 15 Gramm auf 1 Kilogramm Masse usw. sollten jedenfalls vermieden werden. Es ist zweckmäßig, sich die von Fall zu Fall erforderlichen Mengen an Benzoesäures Natron in der Apotheke beim Einkauf abwiegen zu lassen, weil hierfür im allgemeinen im Haushalte geeignete Waagen nicht zur Verfügung stehen.

An Ameisensäure ist mehr erforderlich als an Benzoesäure, und zwar etwa 0,25 Proz. Hierbei ist zu beachten, daß die Ameisensäure des Handels eine wässrige Lösung von Ameisensäure darstellt. Die in den Apotheken erhältliche Arzneibuchware ist 20prozentig. Von dieser ist demnach 1 Proz. erforderlich. Es kommen mithin auf 1 Pfund Masse, ungezuckerten Fruchtstoff usw. 5 Gramm, auf 1 Kilogramm 10 Gramm der Arzneibuchware. Auch bei diesem Mittel ist es das Zweckmäßigste, sich die von Fall zu Fall erforderliche Menge in der Apotheke genau abwiegen zu lassen.

Die chemische Haltbarmachung ist allerdings nur da zu empfehlen, wo die üblichen Verfahren aus Mangel an geeigneten Gefäßen oder aus anderen Gründen nicht anwendbar sind, weil es erstrebenswert ist, Obstdauerwaren möglichst naturrein herzustellen.

Zum Sterilisieren dürfen nur sehr sorgfältig gereinigte Flaschen und Flaschenverschlüsse Verwendung finden. Die Korke werden wie bei Weckgläsern fest verschraubt, und das Erhitzen der Flaschen mit Inhalt erfolgt in einem Wasserbade. Zu dem Zweck werden die Flaschen mit Papier, etwas Holzwole oder Stroh umwickelt, fest nebeneinander in einen Kochtopf gestellt, der soviel Wasser enthält, daß die Flaschen etwa zu drei Vierteln im Wasser stehen und dann der Topf zugebückt und auf Feuer gebracht. Sobald das Wasser kocht und auch der Flascheninhalt entsprechend erhitzt ist, läßt man noch etwa 10 Minuten kochen, stellt alsdann den Topf beiseite, bis Abkühlung erfolgt ist. Bei säurearmen Früchten (z. B. Himbeeren) ist es zweckmäßig, die angegebene Erhitzung noch zwei Tagen nochmals für kurze Zeit zu wiederholen. Unmittelbar nach der endgültigen Sterilisierung werden die Flaschenköpfe sorgfältig getrocknet und verpackt.

In der angegebenen Weise lassen sich verschiedene Früchte, Fruchtstücke, Fruchtstücke, Rhabarber und dergleichen haltbar machen. Die Flaschen müssen demnach möglichst kühl, also tunlichst in einem Keller oder in einem anderen kühlen Raum aufbewahrt werden.

Pflaumenmasse, Birnenmasse und Apfelsauce aus reifem Obst läßt sich z. B. kurz einfachen (so fest, bis es sich schneiden läßt) und in gut mit dickem Papier überbundenen Zentöpfen aufbewahren, wenn diese unmittelbar nach dem Einfüllen des heißen Pflaumen- oder Birnenmassen in einen Zentopf gestellt werden, bis sich auf der Oberfläche durch Eintrocknung eine Kruste gebildet hat. Zweckmäßig ist es allerdings, diese Kruste mit einer dünnen Harzschicht zu überziehen.

Bemerkt wird noch, daß die Bevölkerung in der Lage ist, sich ungezuckerte Obstkonserven demnach beim Genuß nach Belieben mit den ihr regelmäßig zur Verfügung stehenden Zudermengen nachzuführen, und daß sich insbesondere auch gemischte Konserven ohne jeglichen Zudersatz recht schmackhaft herstellen lassen.

Stadtverordnetenversammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Juni 1916, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteherstellvertreter Cassel eröffnet. Zur Vertiefung steht zunächst die Vorlage betr. die Einrichtung von Armenämtern im ganzen Stadtbezirk. Den Ausschussbericht erstattet Stadtd. Selland (Linke). Die Vorlage ist mit einigen mehr formalen Änderungen vom Ausschuss zur Annahme empfohlen. Ohne Diskussion genehmigt die Versammlung den Entwurf in der Fassung des Ausschusses.

Danach wird dem Plan, 14 Armenämter mit örtlich annähernd gleichen Grenzen gleichzeitig zu errichten, grundsätzlich zugestimmt; die Bestimmung des Zeitpunktes für die Durchführung und die Bewilligung der Kosten unterliegt späterer Beschlußfassung. — In

einer Resolution wird der Magistrat ersucht, zu erwägen, ob und in welcher Weise es möglich ist, bei der Umgestaltung der öffentlichen Armenpflege eine engere Beziehung mit der privaten Armenpflege herbeizuführen.

Zu den Kosten der vom Ruthe-Schauberband geplanten Neuregulierung des Großbeerener Grabens bewilligt die Versammlung einen Beitrag in Höhe des vierten Teils der tatsächlich entstehenden Kosten bis zum Höchstbetrage von 130 000 M.

Der Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg wurden für 1916 als Zuschuß 4250 M. bewilligt.

Von Frau Direktor Winden sind infolge einer Anregung bei der Kriegstagung der deutschen Blindenanstalten 10 000 M. als Grundstock für eine Blindenbibliothek nach Hamburger Muster im Anschluß an die städtische Blindenanstalt gestiftet worden.

Die Versammlung erklärte sich mit der Annahme der Stiftung, die als Grundstock einer Bibliothek für akademische Blinde Verwendung finden soll, einverstanden.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Massenmahlzeit in Berlin.

In den nächsten Tagen werden zur Feststellung, in welchem Umfange das Bedürfnis und die Beteiligung an der Massenmahlzeit durch die Stadt Berlin besteht, in allen Berliner Häusern Hauslisten verteilt werden, in denen diejenigen Hausbewohner, die an der Massenmahlzeit teilnehmen wollen, sich einzutragen haben. Die Listen sind in der Zeit vom 15.—17. Juni auszufüllen, die ausgefüllten Listen bis spätestens 19. Juni bei der zuständigen Provkommision abzugeben. Sie tragen an ihrem Kopf folgenden Aufdruck:

Städtische Speisungen.

Der Magistrat beabsichtigt, im gesamten Stadtgebiet von Berlin Volksmahlzeiten einzurichten. Anfang Juli soll für einen Stadtteil die 1. Zentralmahlzeit mit Speiseausgabestellen eröffnet werden. Gleiche Einrichtungen für die anderen Stadtteile sollen nach Maßgabe der uns überwiegenen Nahrungsmittel baldigt folgen. Das Essen wird in Zentralmahlzeiten unter Aufsicht der Stadt zubereitet und in Ausgabestellen an alle Schichten der Berliner Bevölkerung zum Selbstkostenpreis verabreicht werden. Es ist bei den Ausgabestellen in der Zeit von 12—2 Uhr abzuholen; ausnahmsweise kann es dort verzehrt werden. Als Preis sind 40 Pf. für die ganze Portion von etwa einem Liter und 20 Pf. für die halbe Portion in Aussicht genommen.

Den Personen, welchen das Essen (Eintopfgericht) verabreicht wird, werden zum Ausgleich jeweils für eine Woche bis auf weiteres $\frac{1}{2}$ von der Fleischkarte und $\frac{1}{2}$ von der Kartoffelkarte (berechnet auf die Dauer der Fleischkarte) in Rechnung gebracht, wodurch eine Bindung an die Volksmahlzeit für diesen Zeitraum bedingt ist. Die übrigen Nahrungsmittelkarten sollen vorläufig unberührt bleiben; jedoch behält sich der Magistrat eine Nachprüfung der Anrechnung der einzelnen Karten vor. Für den Bezug der Speisen werden am Anfang jeder Woche Marken ausgegeben, welche für eine bestimmte Ausgabestelle und einen bestimmten Tag, jedoch nicht für eine bestimmte Person Gültigkeit haben.

Zunächst ist es nötig, den Umfang der Nachfrage nach den Volksmahlzeiten festzustellen, um danach die ins Leben zu rufenden Einrichtungen abmessen zu können.

Wer die Absicht hat, von der Einrichtung Gebrauch zu machen, wird deshalb ersucht, die Liste auszufüllen. Auf das Erscheinen der angemeldeten Personen bei den Speisungen wird gerechnet.

Zur Fleischentnahme.

Der Magistrat teilt mit: Es hat sich herausgestellt, daß zahlreiche Fleischhändler in Verletzung der Anordnungen des Magistrats die Nummern ihres Kundenverzeichnisses stundenweise aufrufen, d. h. belangen, daß von 7 bis 8 die Nummer soundso, von 8—9 eine weitere Nummerreihe usw. zum Kaufe kommt. Dieses Verfahren ist unzulässig. Die Bestimmung des Magistrats geht dahin, daß der Fleischhändler durch Aushang am Abend vor jedem Verkaufstage die Nummern des Kundenverzeichnisses bekannt zu geben hat, für welche an diesem Verkaufstage Ware vorhanden ist. Die Inhaber dieser Nummern aber sind dann an diesem Verkaufstage nicht an bestimmte Stunden gebunden, können vielmehr in der Zeit von 7 bis 1 Uhr vormittags und von 8 bis 8 Uhr abends einkaufen. Dadurch soll verhindert werden, daß die Kunden in bestimmter kurze Zeiträume zusammengedrängt werden; sie sollen vielmehr Kaufzeit während eines längeren Zeitraumes haben. Zugleich wird den Bevölkerungskreisen, welche vormittags nicht kaufen können, Gelegenheit gegeben, am Nachmittag den Bedarf zu decken.

Die Vermittel für den Handarbeitsunterricht der Mädchen.

In den Volksschulen werden die Vermittel bedürftigen Kindern auf Kosten der Gemeinde unentgeltlich gegeben. Das ist ein Vorrecht gegenüber der von den Vertretern der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen immer wieder aufgestellten Forderung, allen Volksschulkindern ohne Unterschied die Vermittel unentgeltlich zu liefern. So lange diese herabsetzt, dem Gedanken der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts nur entsprechende Forderung noch nicht erfüllt ist, sollte man wenigstens den Kreis der als bedürftig anzusehenden Kinder möglichst weit ziehen. Selbstverständlich gilt das ebenso bei den Handarbeitsunterricht der Mädchen erforderlichen Vermitteln, also auch bei allen Stoffen, die zur Unterweisung in der Näherei gebraucht werden. Die Ausgabe z. B. für ein paar Meter Hemdentuch, das im Handarbeitsunterricht als Vermittel nötig ist und von den Kindern mitgebracht werden soll, kann für manche Familie in Zeiten der Geldknappheit noch drückender sein als die Kosten eines Buches oder einiger Geste. Tatsächlich sind denn auch in Anerkennung der Wichtigkeit des Grundstoffes, daß Handarbeitsmaterial zu den Vermitteln gehört, bedürftigen Kindern hier ebenso wie bei den anderen Vermitteln das Erforderliche auf Gemeinkosten geliefert. Aber wenn man schon bei der Lieferung von Büchern und Geste bemüht ist, den Kreis der Bedürftigen nicht „zu weit“ zu ziehen, so wird bei Handarbeitsmaterial noch sorgfältiger darauf geachtet, nicht etwa diesem „Fehler“ zu verfallen.

Die Stadt Berlin hatte noch für 1914 nicht mehr als 3000 Mark für den Handarbeitsbedarf armer Kinder angelegt. Dieser Betrag mußte dann durch die Ausgaben überschritten werden — der

größte Teil des Schuljahres fiel ja in die Kriegszeit — und die Aufwendungen stellten sich schließlich für das ganze Jahr auf 4400 Mark. Für 1915 wurden 5000 M. angelegt, wobei der Magistrat die Erhöhung begründete mit den „ungünstigen Erwerbsverhältnissen“ und außerdem damit, daß der neue Lehrplan des Handarbeitsunterrichts im wesentlichen die Anfertigung von Gebrauchsgegenständen verlangt. (Daß so ein im Handarbeitsunterricht angefertigter „Gebrauchsgegenstand“ manchmal beim besten Willen nicht zu „gebrauchen“ ist, so daß die Eltern das dafür hingebene Geld einfach wegwerfen haben, wollen wir hier nur nebenbei erwähnen.) Ob für 1915 der erhöhte Betrag gerecht hat oder (wie wir vermuten) wieder noch überschritten werden mußte, ist bisher nicht bekannt geworden. Für 1916 hat man eine weitere Erhöhung des Voranschlags auf diesmal 7000 M. nicht umgehen zu können geglaubt, wobei wieder der Hinweis auf die besonderen Verhältnisse, auf die „andauernd ungünstigen Erwerbsverhältnisse“, die Begründung abgab. Uns ist nicht zweifelhaft, daß jetzt bei der Teuerung nicht nur der Lebensmittel, sondern auch aller anderen Waren, der Wunsch nach kostenloser Lieferung von Handarbeitsbedarf sehr viel lebhafter als sonst sein wird. Wir fürchten, daß da leicht auch die 7000 M. noch zu wenig sein könnten, um alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Damit dem Stadtsäckel die Hergabe dieses Vermittels möglichst erspart werden kann, auch wenn bei den Eltern nicht sofort das Geld bereit liegt, es selber zu kaufen, scheinen in Berlin manche Lehrerinnen ein Abzahlungsverfahren anzuwenden. Eine Kriegsfrau sagt uns, daß sie keine Eingabe um unentgeltliche Lieferung des Handarbeitsmaterials zu machen wage, weil sie die Kosten ja doch hinterher abzahlen müsse. Das ist eine durchaus irrige Annahme. Wo den Eltern eine Abzahlung auferlegt wird, kann es sich nur darum handeln, daß die Lehrerin den Bedarf im großen gekauft hat und von den einzelnen Kindern das Geld nach und nach in Abzahlungsbeiträgen eingiebt. Vielen Eltern dürfte das als eine Erleichterung sehr willkommen sein, und dadurch ermächtigt sich ja auch der Preis etwas. Wer aber auf Kosten der Stadt das Handarbeitsmaterial erhalten soll, braucht nichts zu zahlen, auch nicht in Abzahlungsbeiträgen. Das wollen wir, um einem vielleicht weiter verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, hier ausdrücklich feststellen. Niemand soll aus solchem Grunde zögern, den ihm zustehenden Anspruch zu erheben.

Daß Kinder ohne das erforderliche Handarbeitsmaterial bleiben, sollte eigentlich nicht zugelassen werden, kommt aber doch vor. Wenn das nach dem Stand des Unterrichts jeweils nötige Vermittel fehlt, befristet man sich auch mal billiger. Man läßt die betreffenden Kinder andere Handarbeiten ausführen, beispielsweise müssen, wenn Hemdentücher gelehrt wird, aber einigen Kindern das Hemdentuch fehlt, diese an mitzubringender alter Wäsche kleine Näharbeiten machen. Jene Kriegsfrau sagt uns auch, daß ihr Mädel, weil die mitgebrachte Näharbeit nicht mehr für die ganze Stunde ausreichte, Prügel erhalten habe. Das Kind hätte rechtzeitig dafür sorgen müssen, daß weiteres Arbeitsmaterial zur Stelle war, meinte der prägende Rektor. Nicht immer dürfte das so ganz einfach sein wie der Herr Rektor sich das zu denken scheint.

Ja, die „hohen“ Löhne —!

Ueber die Höhe der Arbeitslöhne, die jetzt verdient werden, regen manche Leute sich nicht wenig auf. Eine Arbeiterin erzählt uns, wie ihr zu Mute war, als sie auf einer Straßenbahnfahrt ein diesbezügliches Gespräch zweier Herren mitanhören mußte. Sie selber hat noch nichts von dem angeblich so großartigen Lohn-einkommen gemerkt, aber das sich die beiden da den Mund zerrissen. Bei Siemens u. Halske in dem Glühlampenwerk Charlottenburg, wo sie arbeitet, hat sie es bisher zu einem Verdienst gebracht, der bei Alfordlohn zwischen 10 und 12 Mark, bei Wochenlohn zwischen 14 und 15 Mark lag. Von diesem Lohn gehen ab die Wochenbeiträge für die Krankenversicherung, für die Invalidenversicherung sowie für den gelben „Werktverein“, dem bei Siemens u. Halske jeder Arbeiter und jede Arbeiterin angehören muß und zu dessen Gunsten folglich bei den Lohnzahlungen die noch um einen Kriegszuschlag erhöhten Wochenbeiträge einbehalten werden. Bei solchem Arbeitsverdienst kann natürlich von dem üppigen Leben, das angeblich jetzt die Arbeiterinnen führen und gegen das auch jenes Straßenbahngespräch sich wandte, keine Rede sein. Mit 10—12 M. oder auch mit 14—15 M. soll mal in dieser Zeit bei der Teuerung aller Lebensmittel eine nur auf ihren Lohn angewiesene Arbeiterin versuchen, sich ein üppiges Leben zu leisten! Mag sein, daß dort andere Arbeiterinnen, die besser eingearbeitet sind, mehr verdienen. Aber selbst wenn ein Lohn doppelt so hoch wäre, möchten wir die Arbeiterin sehen, die heute dabei große Sprünge machen könnte. Wenn doch die Herrschaften, die sich über „hohe“ Löhne ereifern, sich einmal klar machen möchten, auf welche Weise die Höchstlöhne erarbeitet werden. Mit Heberstunden, mit Einschränkung der Pausen für die Mahlzeiten, mit Alfordarbeit im Hekttempo wird die Leistungsfähigkeit bis zum Äußersten angespannt, natürlich auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters und der Arbeiterin, so daß der erzielte Lohn schließlich vielleicht nicht mal den Einfluß aufwiegt.

Markenerlös der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat in den ersten fünf Monaten d. J. rund fünf Millionen Mark aus Markenerlösen vereinnahmt. Gegen 1915 sind Mindereinnahmen in Höhe von rund 280 000 M. zu verzeichnen infolge größerer Betriebsbeschränkungen in der Textilwarenbranche, Konfektion usw.

Ausflügler sollen sich mit Probiant versehen.

Das Kriegsernährungsamt weist auf folgendes hin: Die Pfingsttage werden bei günstiger Witterung in diesem Jahre einen besonders großen Ausflügerverkehr bringen. Den Ausflüglern ist die Pfingsterholung und den Gastwirten die Einnahmen in dieser schweren Zeit wohl zu gönnen. Erpiere müssen aber ernstlich darauf hingewiesen werden, daß bei den bevorstehenden Grundtagen für die Verteilung der Lebensmittel auf die Versorgung größerer Ausflüglermengen aus den am Orte vorhandenen Lebensmitteln nicht zu rechnen ist. Den Ausflüglern werden zwar zur Versorgung von Kurzbedürftigen die nötigen Lebensmittel besonders zugewiesen werden, auf den Massenausflügerverkehr kann diese Maßregel aber ohne die anläufige Bevölkerung, insbesondere die schwer arbeitenden Personen zu schädigen, unmöglich ausgedehnt werden.

Jeder Ausflügler wird deshalb gut tun, sich die Nahrungsmittel aus dem Heimatsorte mitzubringen. Die Gastwirte werden sich darauf einrichten müssen, gegen Ablieferung der entsprechenden Mengen die Speisen herzustellen und zu liefern. Die Regelung der Bezugszahl wird bei beiderseitigem guten Willen keine Schwierigkeiten bieten. Der alsbewährte Brauch „Familien dürfen ihren Kaffee kochen“ muß in jetziger Zeit auch auf andere Lebensmittel sinngemäß ausgedehnt werden.

Pfingstsonnabend, 1. und 2. Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

Zwei neue Spielplätze in Groß-Berlin. In der weiteren Umgebung von Berlin werden demnächst zwei neue Spielplätze angelegt werden. In der Königsheide läßt der Zweckverband Groß-Berlin auf dem Gelände zwischen Baumfuhlenweg und Johannisthal einen großen Spielplatz errichten und in der Wuhlheide wird die Stadt Berlin in der Nähe des neuen städtischen Wasserwerkes eine derartige Anlage schaffen. Der Spielplatz der Stadt Berlin in der Wuhlheide soll so zeitig fertiggestellt werden, daß er noch in den kommenden großen Schulfesttagen vom Publikum benutzt werden kann.

Wegen Verabnung von Kindern wurde gestern ein 18jähriges Mädchen in der Uckerstraße festgenommen.

Bezug von Hängematten. Zur bevorstehenden Reisezeit sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch in diesem Jahre von den Jünglingen der städtischen Blindenanstalt eine große Anzahl Hängematten in allen Größen und zu allen Preisen aus bestem Rohstoff gefertigt worden sind und in der Anstalt Dranienstraße 26 I werktäglich von 8-12 Uhr zum Verkauf stehen. Gleichzeitig wird auf die in allen Größen vorrätigen Nordwaren, insbesondere auf verschiedene Reisekörbe hinweisen, wie auch auf die umfangreiche und leistungsfähige Stuhlreiherei der Anstalt. Auf schriftliches oder telephonisches Erfragen (Amt Magistrat 286) werden Stühle aus der Wohnung abgeholt und wieder zugestellt.

Unterlagte Handelsbetriebe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin der Firma Albers u. Gerlt, hier, Großbeerenstr. 86, sowie deren Mitinhaber Wilhelm Albers, ebendort wohnhaft, den Kaufmann Franz Juchmann, Berlin-Weißensee, Elsfahstraße 11, und Ernst Joseph, Berlin-Weißensee, Trarbacher Str. 6, wohnhaft, den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt. Das Geschäftslokal des Letzteren befindet sich hier, Burgstr. 20 (Wierhaus Börse).

Eine Diebin in Schweiertracht treibt gegenwärtig im Westen Berlins und in Schöneberg ihr Unwesen. Sie hat es hauptsächlich auf Gastwirtschaften abgesehen, in denen nur eine Person zur Bedienung der Gäste vorhanden ist. Dort erscheint die Krankenschwester, die einen sehr guten Eindruck macht, immer zu einer Zeit, wenn die Schankräume leer sind. Sie bestellt dann irgend ein Gericht, das augenblicklich nicht vorrätig ist und erst zubereitet werden muß oder sie bittet den Wirt oder die Wirtin, ihr doch aus einer benachbarten Bäckerei Stets zu besorgen, welcher Wirtin natürlich der Krankenschwester gegenüber, die sich nur auf der Durchreise befinden will, gern entsprochen wird. Die Abwesenheit des Geschäftsinhabers benützt die falkische Schwester dann, um alle erreichbaren Lebensmittel, Getränke usw. zu stehlen und die Ladenkasse zu plündern. Selbst Zigaretten und Zigaretten verschmäht die Diebin nicht, mitzunehmen. Die Gastwirte seien also vor dieser Diebin in Schweiertracht dringend gewarnt.

Ershoffen aufgefunden wurde in der Forst bei Friedrichshagen ein unbekannter junger Mann von etwa 18-20 Jahren. Er ist kaum mittelgroß, hat langes blondes Haar und trug einen grau-blauen Anzug, schwarze Knöpfstiefel, ein weißes Hemd und eine schwarze karierte Sportmütze mit den Abzeichen der Fahrradwerke Brennabor und des Turnvereins Jahn. Bei ihm fand man eine Browningpistole, ein Portemonnaie mit 35 Pf., ein Taschentuch mit dem Zeichen H und Rembrandtkarten. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Friedrichshagen gebracht.

Wegen die Darlehndarlehner gehen Kriminalpolizei und Strafgericht scharf vor. Erst kürzlich zeigten ja auch die Verhandlungen gegen die Vermittler Binkler und Steinbock, die zu schweren Strafen verurteilt wurden, wie gemeingefährlich das Treiben dieser Blut-sauger ist. Jetzt wurde wieder ein „Geldvermittler“ verhaftet, ein Kaufmann Schneewogel, der in der Rosenthaler Straße seit drei Jahren wohnte. Dem in mittleren Jahren stehenden Manne werden ähnliche Geschäfte zur Last gelegt. Auch ihm war es im wesentlichen um die „Informationsgebühren“ zu tun, wenn er auch um den Schein zu wahren, hin und wieder einmal wirklich Geld gab. Er wird auch beschuldigt, Wertpapiere, die ihm als Sicherheitsunterlagen gegeben wurden, für seine eigene Kasse verkauft zu haben. Als der Vermittler auf Grund mehrerer Anzeigen verhaftet werden sollte, war er verschwunden. Gestern gelang es jedoch, ihn zu ermitteln und zu festzunehmen. Er wurde wegen fortgesetzten Betruges dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Donat Herrnsfeld, Mitbegründer des Gebrüder-Herrnsfeld-Theaters ist gestorben. Mit seinem älteren Bruder Anton hatte er einen besonderen Typ in dem Gebrüder-Herrnsfeld-Theater geschaffen. Die beiden Herrnsfelds waren nicht nur Theaterdirektoren, sie verfaßten vielmehr ihre Stücke selbst und was die Hauptsache war, sie gaben ihnen durch Uebernahme der Hauptrollen erst das richtige Gepräge. Kann auch der literarische Wert der Komödien „Endlich allein“, „Die Partie Mabius“, „Haustier Jodel“, „Der Blumentopf“ und wie sie alle noch heißen, nicht hoch eingeschätzt werden, die Hauptsache war und blieb, daß das Publikum über die komischen Situationen und Verwickelungen sich vor Lachen den Bauch hielt, zumal die Fädelerei und Mauselei der beiden Herrnsfelds ihre besondere komische Seite hatte. Begonnen haben die Herrnsfelds ihre Laufbahn unter dem Namen „Budapester Possentheater“, das sie in einem im Alexanderplatz-Hotel gemieteten Saale untergebracht hatten. Später mimten sie lange Zeit in Kaufmanns Varietés in den Königs-solonaden, bis sie in der Kommandantenstraße sich ein eigenes Theater schufen.

Die Dampfschiffreederei Kahnt u. Herzer, Berlin O 2, veranstaltet an den drei Pfingstfeiertagen Extrafahrten ab Waisenbrücke nach Teupitz, Krampnitz, Neue Mühle und Siegenhals.

Die Fahrten durch den Hohenzollernkanal ab Reichstagsufer-Bahnhof Friedrichstraße werden in diesem Jahre, außer nach Schleuse Niederfinow und Werbellinsee, auch nach Neu-Ruppin Sonntags, Donnerstags und in den Ferien auch Dienstags stattfinden. Die Fahrten beginnen am Sonntag, den 18. Juni, abwechselnd nach den drei Richtungen. Näheres über die ersten Fahrten besagt das heutige Inserat. Pläne für den Sommer gibt die Reederei, Stralauer Brücke 4, Fernspr. Königsstadt 2062, gratis.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter und Beamte in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beriet am Mittwoch einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den der Magistrat ersucht wird

1. behufs Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an die städtischen Beamten, Arbeiter und sonstigen Angestellten mit weniger als 3000 M. Jahreseinkommen ihr mit möglicher Beschleunigung eine Vorlage zu unterbreiten;
 2. behufs Gewährung eines Sommerurlaubs für die in städtischen Diensten stehenden nichtständigen Arbeiter der Versammlung so zeitig eine Vorlage zu machen, daß der Urlaub noch in diesem Sommer gewährt werden kann.
- Der Antrag fand bei allen Fraktionen lebendige Aufnahme, wenn die Redner auch in Einzelheiten von einander abwichen. So wurde u. a. die Heraushebung der Grenze für die Teuerungszulagen auf 5000 M. und ein Zusammengehen mit den übrigen Groß-Berliner Gemeinden angeregt. Die Gewährung eines Urlaubs an solche Arbeiter, die infolge des Krieges ausbilsweise eingestellt und schon längere Zeit in städtischen Betrieben tätig sind, wurde allseitig begrüßt und der Erwartung Ausdruck verliehen, daß der Magistrat dem Antrage Folge leistet. Ob das der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Die Antwort des Bürgermeisters Dr. Raier, daß die

Lebensverhältnisse seit dem Oktober vorigen Jahres, wo die letzten Teuerungszulagen bewilligt sind, keine wesentlichen Veränderungen erfahren hätten, berechtigt gerade nicht zu besonders weit gesteckten Hoffnungen.

Beschränkung des Kartoffelbezugs für Charlottenburger Einwohner.

Charlottenburg war bekanntlich eine der wenigen Groß-Berliner Gemeinden, die sich weigerten, die Groß-Berliner Kartoffelkarten einzuführen. Dort konnte bisher noch jeder Einwohner so viel Kartoffeln beziehen, wie es sein Geldbeutel erlaubte. Dieser Zustand ist jedoch auf die Dauer unhaltbar geworden, und besonders in den letzten Tagen, als im Orte das Gerücht verbreitet wurde, die Kartoffeln würden bis zum Preise von 90 Pf. für 10 Pfund steigen. Die Folge davon war eine starke Nachfrage nach Kartoffeln, die sich jetzt zu einer Kartoffelknappheit entwickelt hat. Infolge dessen hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, anzuordnen, daß für diese Woche Speisekartoffeln nur noch gegen Vorlegung der Brotkarten (68. Woche) abgegeben werden dürfen. Neben der Brotkarte muß auch die städtische Lebensmittelkarte vorgezeigt werden. Auf jeder Brotkarte werden nur 3 Pfund, auf einmal aber nicht mehr wie 18 Pfund abgegeben, die Brotkarten werden entwertet.

Die Eröffnung der B. Volksküche in Schöneberg.

Monumentenstr. 35, findet am heutigen Tage statt. Die Verabfolgung der Speisen, die in der Küche eingenommen werden, geschieht vormittags von 11 bis 1 1/2. Das Abholen der Speisen für die außerhalb der Küche Essenden von 11 bis 1 Uhr. Die halbe Portion kostet 25, die ganze 35 Pfennige.

Die 2. Mittelstandsküche in der Wiltonstr. 2 ist ebenfalls fertiggestellt. Dort werden die Speisen von 12 bis 2 1/2 Uhr zum Preise von 60 Pf. pro Portion verabfolgt. Speisen, die außerhalb der Küche eingenommen werden, müssen in der Zeit von 12 bis 2 Uhr abgeholt werden.

Die Abholer sind verpflichtet, die Karte für die Entnahme der Speisen schon am Tage vorher zu lösen.

Eiermarken in Potsdam.

Die Kriegsfürsorgeabteilung des Potsdamer Magistrats hat sich für die Einführung von Eiermarken entschieden, um eine gleichmäßige Verteilung dieses leider immer seltener werdenden Nahrungsmittels verbürgen zu können. Die bisher in Geltung befindliche Eintragung der bezogenen Anzahl von Eiern auf dem Lebensmittelausweis scheint sich also nicht bewährt zu haben. Der Markenzwang soll hauptsächlich das Einmischen verhindern.

Aus aller Welt.

Ein Amtsvorsteher als Befehlsverächter.

Vor dem Landgericht Stendal hat der Amtsvorsteher Friedrich Schulze aus Zethlingen angeklagt, etwa 35 Zentner Rogtzeireide (Roggen) trotz Verbot veräußert und verschrotet sowie mindestens 100 Zentner Getreide bei der Bestandsaufnahme zu wenig angegeben zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen des ersten Teils der Anklage zu 1000 Mark Geldstrafe, während es wegen des zweiten ungenügenden Beweises halber auf Freisprechung erkannte. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. Sein Amt als Amtsvorsteher hat der Angeklagte wiederbelegt. Wenn schon Leute, die als Befehlshüter bestellt sind, sich um die behördlichen Verfügungen nicht kümmern, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß sich andere Landwirte erst recht keine Beweismittel machen.

Umfangreiche Postübererehen hatte die Witwe Claher bezogen, die im Postamt von Hirschberg seit längerer Zeit als Aufsichterin beschäftigt ist. Einem diensttuenden Beamten fiel die geringe Anzahl der eingelieferten Feldpostpaketen auf. Da auch sonst Verdachtsgründe vorlagen, wurde in der Wohnung der Frau C. eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, wo man eine ganze Wagenladung gestohlener Pakete, sorgsam aufgeschichtet, vorfand und weggeschaffen ließ. Die Diebin gestand ein, schon seit April vorigen Jahres die Diebstähle betrieben zu haben.

Große Hundernfänge in der Danziger Bucht. So riesig, wie vor einigen Monaten die Freilingefänge in der Danziger Bucht waren, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, so gewaltig lassen sich auch die Hundernfänge an. Vor etwa vier Wochen hat der Hundernfang in der Danziger Bucht begonnen, während die Hundern zunächst spärlich waren, gefalten sich jetzt die Fänge immer größer. — In Danzig, wo ein erheblicher Teil der Fänge verbleibt, beträgt jetzt der Höchstpreis für das Pfund Hundern 30 Pf. In den Großstädten wie überhaupt im Binnenlande merkt man allerdings nichts von dem reichen Fischreichtum. Dort ist der Fisch jetzt ein ebenso teures Nahrungsmittel wie das Fleisch.

Brantweinverbot in Norwegen. Jeglicher Verkauf und Ausschank von Brantwein ist, wie aus Kristiania despatcht wird, in ganz Norwegen verboten worden. Gleichzeitig wurde die Einfuhr von Brantwein, Wein, Bier und anderen alkoholischen Getränken untersagt. Die Verbote treten sofort in Kraft.

Lippa ist nicht Riv. Das Landwehrdivisionsgericht in Bilfen, bei dem sich der Landsturmmann Lippa in Untersuchungshaft befindet, hat, wie die „Karadni Listy“ melden, aus Budapest die Bestätigung erhalten, daß Lippa mit dem Frauenmörder Riv nicht identisch ist.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 112: Fortsetzung der Generalversammlung vom 6. d. Mts. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rassenbericht des Vorstandes sowie Bericht der Kommissionen. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen zu der am 18. Juni cr. stattfindenden Urwahl. 3. Wahl des Kreis-Bildungsausschusses sowie des Zentral-Wahlkomitees und Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Verschiedenes.

Magazine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg (H. a. G.). Filiale Baumfuhlenweg. Den in Rezepten wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 10. Juni, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokale von Borck, Elfenstr. 101 (Gde Kiehlstraße), stattfindet wird.

Eingegangene Druckschriften.

Die Gche. Vierteljahrschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Herausgeber: R. E. Schulze. 4. Jahrg. Nr. 2 und 3. Jährlich 3 M. — Geschäftsstelle: Berlin, Friedrichstr. 64.
Auslese der Tüchtigen. Von Dr. Hartmann. Geb. 1,20 M. — Tiere der Vorzeit. Von E. Haase. Leinenband 1,80 M. — Wissenschaft und Bildung. Bd. 54: Das Christentum im Weltanschauungskampfe der Gegenwart. Von H. Gungl. — Bd. 111: Gesundheitspflege des Weibes. Von Prof. Dr. F. Straßmann. Einzelb. geb. 1,25 M. — Quelle u. Meyer, Leipzig.
Anleitung zur Erhaltung der diebjährigen Obsternte. Bearbeitet von Elise Hannemann. 20 Pf. — C. Heymanns Verlag, Berlin W. 8.
Semper der Mann. Eine Künstler- und Kämpfergeschichte von D. Ernst. 5 M., geb. 6 M. — 2. Stadmann, Leipzig.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
18. Abt. Bez. 812.
Am Mittwoch, den 7. Juni, verstarb unser Genosse, der Wasserbrenner
Friedrich Kullick
Badstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gorchowstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
927/11 Der Vorstand.

Am 7. Juni starb unser langjähriger Kollege, der Schriftsetzer
Hermann Schultz.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Buchdruckerei Rosenthal u. Co.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Elisabeth-Friedhof, Brinzenallee, statt. [9022]

Als Opfer des Weltkrieges starb am 3. Juni im Lazarett infolge seiner Verwundung unser lieber Sohn und Bruder, der Musikleiter
Erich Brandt
Zuf.-Reg. Nr. 20.
Familie Brandt
Margarete Brandt geb. Ziehlir
nebst Tochter.

Rester-Handlung.
Kammgarn, Tuche, Chevots, blau und farbig.
Covercoats, Staub- und Regenmanteilstoffe.
Moderne Kostüm- u. Rockstoffe.
Taffete, Seiden, in schwarz und farbig, zu Kostümen, Mänteln, Kleidern u. Blusen.
Riesenauswahl i. Stoffen für Herren- und Knaben-Anzüge.
Damen-Konfektion.
Kostüme, Mäntel, Röcke usw. in großer Auswahl, ohne Preis-Erhöhung.
Gediegene Maßanfertigung.
Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Neue fertige Herren-
Ueberzieher u. Mäntel 30, 36, 39, 45-90 m. | Röcke und Westen 35⁰⁰, 42⁰⁰, 54⁰⁰ m.
Elegante Anzüge 33, 39, 45, 54-65 m. | Beinkleider 8⁵⁰, 8⁵⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 15-21⁰⁰ m.
Moderne Regenmäntel in Lodenstoffen von M. 22⁵⁰ an, in impr. Stoffen
von M. 28⁵⁰ an, Gummi-Mäntel von M. 33⁰⁰ an.
Alle Weiten vorrätig. Gute Abarbeitung, vorzügliche Paßformen.
Leichte Sommerkleidung.
Neu aufgenommen: Fesche Jünglings-Anzüge
moderne Sportformen, erstklassiger Sitz und Ausführung
ganz außergewöhnlich preiswert
R. Landsberger G. m. b. H., Friedrichstraße 108
Ecke Johannstraße, gegenüber der Karlstraße. — Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Volkslieder
für Heim und Wanderung
im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von
Hermann Böse
Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachen Harmoniegeängen. Klavier- und Lautenspieler wird diese Einrichtung willkommen sein.
Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark
Bei Partiebezug durch Vereine 60 Pfennig
Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Andenstraße 3

Pflanzen
für Garten- u. Balkonschmuck
Gemüsepflanzen,
Zäunereien und
Gartengeräte
empfehlen in bester Qualität
E. Boyse & Co. G. m. b. H. Berlin C. 25
b. H. Landsberger Str. 66.

Möbelfabrik „Hoffnung“
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin, Krausstraße 52.
Bilanz am 31. Dezember 1915.

Aktiva.	W.
Kassenbestand	117,29
Barenbestand	21 923,—
Materialien	11 739,71
Rohstoffe	13 077,—
Werkzeuge	6 408,25
Utenilien	1 484,—
Fuhr- und Wagen	800,—
Rüster und Modelle	900,—
Debitoren	19 394,38
Bankkonto	2 038,—
Postkonten	88,68
Bankdepotkonten	1 000,—
Konto Dubio	4 000,—
Gewinn- und Verlustkonto 13 622,90	
	96 563,61
Passiva.	W.
Kreditorenkonto	13 140,92
Reservekonto	903,50
Darlehenskonto	81 325,19
Anteilkonto	1 200,—
	96 569,61

Am Jahre 1915 ist ein Genosse gestorben und ein Genosse ausgetreten. Am Schluß des Jahres waren 24 Genossen mit einem Gesamtguthaben und einer Gesamtsumme von 1200 W. vorhanden. Die Gesamtguthaben und die Gesamtsumme haben sich um 100 W. vermindert.
Der Vorstand.
G. Sengler. W. Zaiger.
Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.